

9



Juli bis September 2023

RECHTS.GESCHEHEN



**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus

Die interaktive Kartenansicht: www.rechts-geschehen.de



Inhaltsverzeichnis

Editorial	Seite 5
Stenzel	Seite 6
Themenschwerpunkt: »Medien und Rechtsextremismus«	
Tagungsbericht	Seite 7
Timo Büchner / Linda Roth: Medienschaffende am Limit	Seite 12
Portrait: Linda Roth: Im Weitwinkel	Seite 15
Linda Roth »Welchen Nutzen hat die Melderegistersperre im Fall der Fälle?«.....	Seite 18
Aus dem Ländle	
Paul Mai: Der Mieter- und Bauverein Karlsruhe eG im Nationalsozialismus	Seite 19
Inland	
Timo Büchner: »Meister des musikalischen Widerstandes«.....	Seite 21
Anton Maegerle: Ku-Klux-Klan (KKK): Rassisten in Kapuzen	Seite 23
Anton Maegerle: Der AfD-Bundesparteitag in Magdeburg und der EU-Spitzenkandidat Maximilian Krah	Seite 26
Ausland	
Hans Stutz: Schweizerische Volkspartei: Wahlgewinnerin, aber selten mehrheitsfähig	Seite 31
RECHTS.GESCHEHEN im Gespräch	
mit Len Schmid (Fachstelle mobirex) über Antifeminismus	Seite 33
Rezension	
Mark Gevisser: Die pinke Linie. Weltweite Kämpfe um sexuelle Selbstbestimmung und Geschlechtsidentität (Gebhard Schultz).....	Seite 35
Chronik	
Juli bis September 2023	Seite 37
Index	Seite 78

Wir gedenken Ruth Fink.

Die Frau des ehemaligen leitenden Kriminaltechnikers, der in der „Soko Parkplatz“ den Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter untersuchte, durften wir bei der Entstehung des Porträts über ihn für RECHTS.GESCHEHEN Ausgabe 7 kennenlernen. Ruth Fink war eine warmherzige, kluge Frau, die ihren Mann über Jahre durch ein dunkles Tal trug, immer Licht sah, wo er nicht mehr die Kraft hatte, welches zu sehen. Für sie, hatten wir den Eindruck, war es immer eine Selbstverständlichkeit. Wir bewundern Ruth Fink. Wir bedanken uns bei ihrem Mann dafür, dass wir mit ihm, der Familie und den engsten Vertrauten Abschied nehmen durften und er uns erlaubte, an dieser Stelle nochmal seiner Frau zu gedenken.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Vierte Gewalt ist ein mächtiges Schwert mit scharfer Klinge, das unsere Demokratie schützt. Die extreme Rechte würde dieses gerne in ihren Händen halten. Journalistinnen und Journalisten im ganzen Land halten dagegen und nehmen dafür Diffamierung, Hass, Hetze und Klagen in Kauf. Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe ist deshalb »Medien und Rechtsextremismus«: Unter dieser Überschrift kamen im Oktober 2023 Medienschaffende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Interessierte aus der ganzen Bundesrepublik zur Tagung im Generallandesarchiv in Karlsruhe zusammen. Alle waren sich einig: Der AfD und deren politischen Vorfeld müssen wir uns mit aller Macht, die wir als wehrhafte Demokratie haben, entgegenstellen.

In diesem Jahr wird es Kommunalwahlen in acht Flächenländern geben, eine Europawahl, Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. In allen drei Bundesländern liegt die AfD zurzeit nach Umfragen auf Platz eins. Doch – das gesellschaftspolitische Klima hat sich verändert, seit die Rechercheplattform Correctiv ein konspiratives Treffen im Potsdamer Landhaus Adlon enthüllte, bei dem AfD-Politiker und Rechtsextremisten offen über Pläne zur sogenannten Remigration, sprich Deportation, redeten. Diese Veröffentlichung führte zu einer Welle von Berichterstattungen quer durch die gesamte Medienlandschaft und löste die größten andauernden Protesttage in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aus. Eine breite Allianz formiert sich – für den demokratischen Rechtsstaat und für gesellschaftliche Vielfalt.

Aus der Erfahrung der deutschen Geschichte ist die Erkenntnis erwachsen, dass unser demokratisches Gemeinwesen „wehrhaft“ sein muss, dass es den Gegnern der offenen und liberalen Gesellschaft Grenzen aufzeigen kann und muss. Die aktuellen Entwicklungen in vielen europäischen Nachbarländern zeigen, wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung ausgehöhlt werden können. Politik und Zivilgesellschaft diskutierten die Möglichkeiten eines Parteienverbots. Der Zugriff auf die Finanztransaktionen von Extremisten soll künftig einfacher möglich sein. Die Form der Ernennung von Richterinnen und Richtern am Bundesverfassungsgericht ist auf dem Prüfstand.

Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass die eingespielten Abläufe politischer Entscheidungsfindung durch den Konsens der in den Parlamenten vertretenen Parteien abgesichert sind. Der gesellschaftliche Diskurs darüber, wie stark die wehrhafte Demokratie die Handlungsspielräume von extremistischen Parteien, Institutionen und Personen begrenzen darf, steht erst am Anfang.

In den letzten Wochen haben zahlreiche Betreiber von Bahnhofsbuchhandlungen das rechts-extreme Magazin Compact aus ihrem Sortiment entfernt. Sie stellen sich mit dieser Entscheidung gegen fremdenfeindliche und antisemitische Hetze und vor die demokratische Grundordnung und nehmen eine Klage der Compact-Magazin GmbH in Kauf.

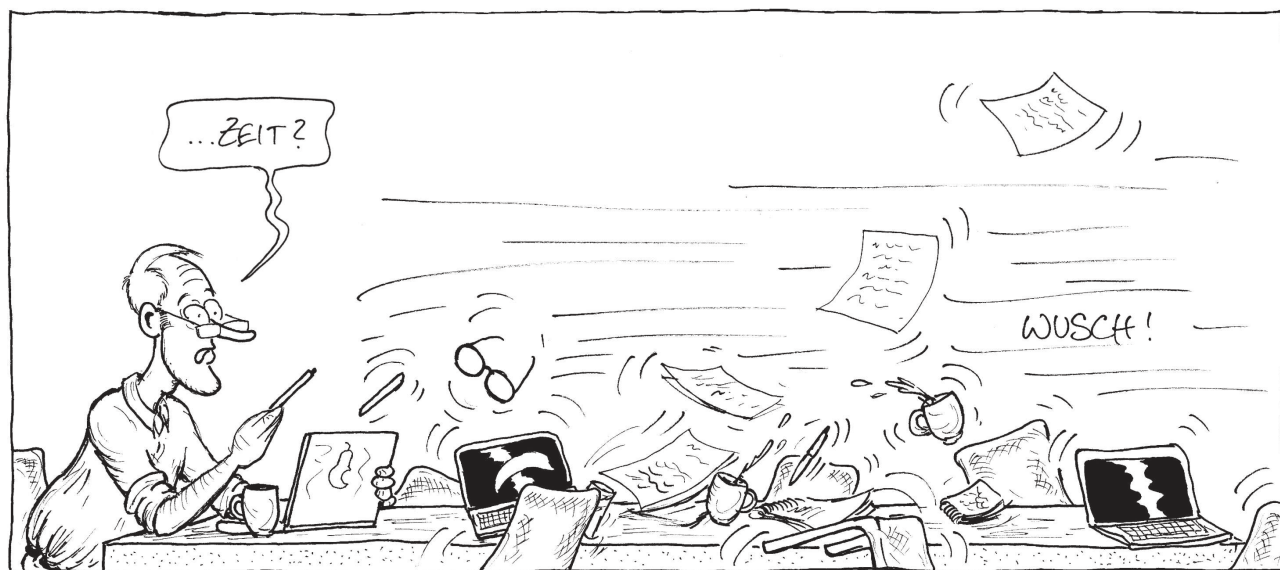
Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) wird sich weiterhin engagiert an diesem gesellschaftlichen Diskurs beteiligen: durch sachliche Informationen und aktuelle Analysen, im Gespräch mit den Akteuren der Zivilgesellschaft und Verantwortlichen aus der Politik.

Karlsruhe, im Februar 2024

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Stenzel

Oliver Stenzel ist Redakteur bei der KONTEXT: WOCHENZEITUNG, seit 1997 arbeitet er als Journalist und Karikaturist. Für RECHTS.GESCHEHEN hat er zum Titelthema »Medien und Rechtsextremismus« eine Karikatur gezeichnet:

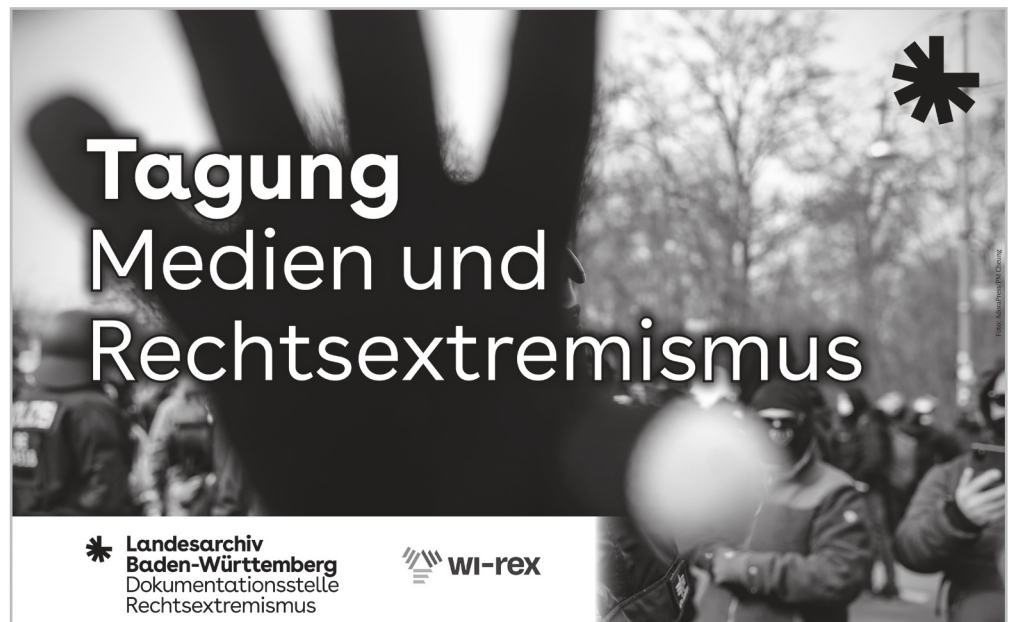


Themen- schwerpunkt:

»Medien und Rechtsextremismus«

Tagungsbericht vom Tagungsteam Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) / Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-Rex)

Am 20. Oktober 2023 fand im Generallandesarchiv Karlsruhe die Tagung »Medien und Rechtsextremismus« statt. Journalist*innen und Wissenschaftler*innen sowie Vertreter*innen aus Politik und Zivilgesellschaft diskutierten über die extreme Rechte in Deutschland, deren Medienstrategien und wie die Medienlandschaft über sie berichtet. Außerdem wurde sich über Strategien ausgetauscht, wie sich gegen autoritäre, menschenfeindliche und antidemokratische Tendenzen in der Gesellschaft zur Wehr gesetzt werden kann. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin Caroline Walter.



Prof. Dr. Gerald Maier, Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg, begrüßte die über 100 Teilnehmer*innen und leitete den Tag mit den Worten ein: »Eine offene Gesellschaft braucht kritische, unabhängige Medien; sie sind nicht etwa das ‚Sahnehäubchen‘ unserer parlamentarischen Demokratie, sondern ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaftsordnung.«

Bedingungen für journalistische Recherchen zu Rechtsextremismus

Barbara Junge, Chefredakteurin bei der tageszeitung und der freie Journalist Lucius Teidelbaum referierten gemeinsam über das Thema »Recherchen über Rechtsextremismus«.

Junge gab in ihrem Vortrag einen Einblick in die (Team-)Strukturen, die für einen kritischen, unabhängigen Journalismus notwendig sind. Dabei betonte sie insbesondere die Rolle von redaktionellen Recherchegruppen, (länderübergreifenden) Kooperationen zwischen Journalist*innen und Medienhäusern und entsprechenden Fördermöglichkeiten für investigative Recherchen zu extrem rechten Strukturen und Aktivitäten. Junge machte jedoch auch deutlich, wie sehr sich die Arbeitsbedingungen von Journalist*innen im Bereich Rechtsextremismus verschlechtert hätten. Übergriffe, Beleidigungen und Bedrohungen seien bei vielen Teil des Arbeitsalltags geworden. Einige Medienhäuser haben inzwischen auf diese Entwicklung reagiert und bieten Unterstützung an. Redakteur*innen und Journalist*innen, die für die taz arbeiten, könnten zum Beispiel kostenlos psychologische Beratung in Anspruch nehmen, so Junge.

Auch Teidelbaum betonte, wie wichtig der Austausch zwischen Journalist*innen und weiteren Expert*innen bei investigativen Recherchen zur extremen Rechten ist. Dies sei besonders relevant, da es sich dabei immer um Puzzle-Arbeit handle, bei der es darum ginge, Netzwerke zwischen verschiedenen Akteur*innen hervorzarbeiten und Informationen zusammensetzen. Was man dabei genau beachten muss – dazu gab er viele praktische Tipps, sei es zu Recherchen auf Online-Messengerdiensten, auf Demonstrationen, bei Szene-Veranstaltungen, Gerichtsprozessen oder auch in Archiven.

In den beiden ersten Vorträgen war bereits angeklungen, dass Recherchen zum Thema Rechts-extremismus mit großen Risiken einhergehen und Journalist*innen oftmals von Bedrohungen und tätlichen Angriffen betroffen sind. Wie Betroffene es erleben, davon erzählte Ann-Katrin Müller, Redakteurin beim Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL. Anhand von konkreten Beispielen zeigte sie, wie Hass und Hetze in den Sozialen Medien inzwischen den Arbeitsalltag von Journalist*innen prägen. Auch Müller machte deutlich, wie wichtig es für Journalist*innen sei, von den Medienhäusern strukturell bei der Prävention und Reaktion auf solche Anfeindungen unterstützt zu werden. Trotz der Verschärfung der Situation sei ein starkes Einstehen gegen rechts auf institutioneller wie gesamtgesellschaftlicher Ebene und eine breite Solidarisierung mit Betroffenen rechter Angriffe unabdingbar.



Akrobatische Meisterleistung: Journalist*innen zwischen gesellschaftlichem Anspruch, Diversifizierung der Medienlandschaft und staatlichem Handeln

Der Politikwissenschaftler Prof. Hans-Gerd Jaschke erklärte in seinem Vortrag, mit welchen Medienstrategien die Partei AfD arbeitet und wie der mediale Umgang mit ihr ist. Dabei zog Jaschke Parallelen zur Geschichte der Partei Die Republikaner. Beide Parteien wären aus einem bürgerlich-konservativen Spektrum heraus entstanden und versuch(t)en gerade auch über mediale Berichterstattung ihre Ideologie zu verbreiten. Während die Republikaner in den 1980er Jahren noch vor der Herausforderung gestanden hätten, mit ihren Positionen in die deutschen Leitmedien vorzudringen, könne die AfD heute von den vielfältigen Möglichkeiten des Internets profitieren und sei nicht mehr in gleicher Weise auf große Zeitungen und Verlage angewiesen. Zudem hätte der Begriff »rechtsextrem« mit Hinweis auf die deutsche Vergangenheit Ende des 20. Jahrhunderts noch stärker abschreckend gewirkt, während die Benennung der AfD als rechtsextrem heute (potenzielle) AfD-Wähler*innen kaum noch zu beeindrucken scheine. Versuche der »Entlarvung« (zum Beispiel in Interviews mit AfD-Spitzenfunktionär*innen) oder der Skandalisierung würden dementsprechend heute nicht mehr so gut wirken; es bräuhete neue Strategien gegen eine professionell agierende extreme Rechte, sagte Jaschke.

Bei Recherchen zum Thema Rechtsextremismus kommen Journalist*innen immer wieder mit

Sicherheitsbehörden in Kontakt. Das Verhältnis zueinander ist nicht unbelastet. Was beim »Umgang mit dem Sicherheitsapparat bei Recherchen« nicht vergessen werden sollte, darüber referierte Tanjev Schultz, Journalist und Professor für Journalismus an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Im Kampf gegen Rechtsextremismus würden die Sicherheitsbehörden neben der journalistischen Berichterstattung, wissenschaftlichen Einordnungen und zivilgesellschaftlicher Positionierung eine entscheidende Rolle einnehmen. Gleichzeitig seien sie aus journalistischer Sicht »schwierige Akteure«. Jahrelang hat sich Schultz intensiv mit dem NSU beschäftigt und sich in seinem Buch »NSU: der Terror von rechts und das Versagen des Staates« auch die Strukturen der Sicherheitsbehörden vorgenommen. Aus seinen Erfahrungen heraus gibt er zu bedenken, dass es im Sicherheitsapparat teilweise Unwissenheit zu extrem rechten Netzwerken und Ideologien gäbe. Journalist*innen sollten immer eine kritische Distanz zu Verlautbarungen von Sicherheitsbehörden wahren, diese fair, aber differenziert einordnen, Unsicherheiten transparent machen und vor allem auf eine Quellenvielfalt über die Behörden hinaus achten, sagte Schultz.

Hand in Hand: Wissenschaft und Journalismus

Rechte Medienstrategien stellen eine Herausforderung für Journalismus und Wissenschaft dar. Eine enge Zusammenarbeit sollte daher im Interesse beider sein, zumal beide Akteure immer mal wieder auf das Wissen des jeweils anderen für ihre eigene Arbeit zurückgreifen. Wie eine gut und in Zukunft vielleicht sogar bessere Kooperation gelingen könnte, darüber diskutierten Simone Rafael, Chefredakteurin des journalistischen Online-Portals Belltower.News der Amadeu Antonio Stiftung und der Politikwissenschaftler Paul Bey, der in seiner Dissertation zum Umgang mit der AfD in deutschen Leitmedien forscht. Moderiert wurde das Gespräch von Jessica Hoyer, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX) am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena. Die Podiumsteilnehmer*innen kamen zu dem Ergebnis, dass mehr Hintergrundgespräche zu einer besseren Zusammenarbeit führen könnten. Denn Journalist*innen und Wissenschaftler*innen würden zwar das Wissen des jeweils anderen nutzen, oftmals fehle es aber am direkten Austausch, sagte Rafael. Die Gründe dafür sahen beide in den unterschiedlichen Arbeitsweisen und den sehr verschiedenen zeitlichen Abläufen. Regelmäßige Gespräche zwischen den Akteur*innen würden zu mehr gegenseitigem Einblick führen, da waren sich beide Expert*innen einig.

Journalistische Handlungsstrategien im Kampf gegen Rechtsextremismus

Zum Abschluss der Tagung diskutierten auf dem Podium: Georg Restle, Redaktionsleiter des ARD-Politikmagazins Monitor, Holger Stark, stellvertretender Chefredakteur der ZEIT, Susanne Stiefel, ehemalige Chefredakteurin der KONTEXT: Wochenzeitung und Ann-Katrin Müller (DER SPIEGEL).

Im Mittelpunkt stand die Frage: Welche konkreten Handlungsstrategien gibt es im Umgang mit Rechtsextremismus für Medienmacher*innen? Das Gespräch moderierte die Journalistin Caroline Walter. Restle, Redaktionsleiter bei der öffentlich-rechtlichen Medienanstalt ARD, sieht gerade dort Entwicklungsbedarf. Die öffentlichen Medien müssten sich von ritualisierten Prozessen der Wahlberichterstattung lösen und gerade an Wahlabenden stärker auf die Einordnung der AfD als rechtsextreme Partei setzen, sagte der Monitor-Chef. Wichtig sei außerdem, immer zu erklären, warum und wie der Begriff des Rechtsextremismus verwendet wird, anstatt ihn dazu zu nutzen, Debatten zu emotionalisieren.

Holger Stark berichtete über Strategiewechsel bei der ZEIT: Die AfD-Berichterstattung habe man bewusst reduziert, um der Partei keine Plattform zu geben. Dies sei besonders wichtig, da es Teil der Parteistrategie ist, durch gezielte Provokationen mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Auch der SPIEGEL habe entschieden, der AfD keine Wortlaut-Interviews mehr zu ermöglichen, ergänzte Ann-Kathrin Müller. Gleichzeitig liege das Problem nicht allein bei der AfD: »Wenn Politiker*innen aus dem demokratischen Spektrum teilweise die Themen, Positionierungen und Sprache rechter Akteur*innen annehmen, wie beispielsweise aktuell bei den Themen Migration, Flucht und Asyl, führt das schlussendlich zu einer Verharmlosung und Stärkung der AfD.«

»Stattdessen sollten Medien stärker über diejenigen berichten, die sich der extremen Rechten entgegenstellen durch Proteste, Kampagnen, alltägliches zivilgesellschaftliches Engagement«, sagte Susanne Stiefel. Für einen Perspektivwechsel in der Berichterstattung sei insbesondere »die Solidarisierung mit Betroffenen rechter Angriffe und Gewalt« wichtig.

Die Tagung wurde von der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus des Generallandesarchivs Karlsruhe gemeinsam mit dem Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX) veranstaltet.

»Wir haben bei fast jedem größeren Anschlag, der aus dem rechten Bereich verübt wird, irgendeinen AfD-Bezug. Und es ist vollständig egal. Du berichtest es [...] und es juckt überhaupt niemanden [...] Wir haben für uns die Erkenntnis daraus gezogen, dass wir unsere AfD-Berichterstattung sehr viel ausgewählter machen. Wir versuchen, nicht mehr über jedes Stöckchen zu springen, insbesondere wenn es als rhetorischer Aufreger von der AfD aggressiv adressiert wird [...] Da leisten wir uns den Luxus, es dann tagesaktuell auch mal zu ignorieren und es dann lieber mal zu bündeln.«

Holger Stark, stellv. Chefredakteur DIE ZEIT

»Beschimpft, bespuckt, geschubst, getreten, mit Fahnenstock Richtung Auge attackiert. [...] Es wird schwieriger, sich zu schützen. [...] Es geht um Diskursverschiebung insgesamt. [...] Sie wollen die Schere im Kopf bei uns. [...] Sicherheitsstandards kosten mentale Energie.«

Ann-Katrin Müller, Politikredakteurin DER SPIEGEL

»Aufklärung ist wichtig. [...] Müssen wir über jede Umfrage berichten? Nein. [...] Und Haltung finde ich auch nach wie vor wichtig.«

Susanne Stiefel, ehemalige Chefredakteurin
KONTEXT: Wochenzeitung

»Wir müssen als öffentlich-rechtlicher Rundfunk diese Gesellschaft in ihrer Breite abbilden und auch zu Wort kommen lassen. Aber das Vielfaltsgebot findet da seine Grenze, wo rechte Personen, Parteien das Wort ergreifen, die die demokratischen Grundfreiheiten der Verfassung attackieren, ablehnen oder ihr feindlich gegenüberstehen. [...] Das Vielfaltsgebot ist nicht gedacht für Feinde dieser Verfassung.«

Georg Restle, Chef von Monitor (ARD)

»Eine offene Gesellschaft braucht kritische, unabhängige Medien; sie sind nicht etwa das „Sahnehäubchen“ unserer parlamentarischen Demokratie, sondern ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaftsordnung. Deshalb ist unsere Tagung heute wichtig: Sie leuchtet die Möglichkeiten eines kritischen Journalismus aus und benennt auch dessen Gefährdungen.«

Gerald Maier, Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg

Medienschaffende am Limit

Von Timo Büchner und unserem Redaktionsmitglied Linda Roth

Die Bedrohungslage für Journalistinnen und Journalisten hat sich verschärft. Übergriffe in Form von Gewalt, Hass und Hetze auf der Straße und im Netz steigen. In Studien und Berichten warnen Autorinnen und Autoren seit Jahren vor einer Zuspitzung der Situation für Medienschaffende im Bereich ihrer Sicherheit. Die Organisation Reporter ohne Grenzen verzeichnet in ihrem aktuellen Bericht 2022 ein Rekordjahr an Übergriffen in Deutschland auf Journalistinnen und Journalisten. Insgesamt wurden 103 Fälle dokumentiert. Die Zahlen für 2023 wurden bis Redaktionsschluss Mitte Januar 2024 noch nicht veröffentlicht.

Die neue Realität

Welche Erfahrungen sich hinter den Zahlen verbergen können, lässt sich unter dem Hashtag #AusgebranntePresse nachlesen. Mit diesem haben Journalistinnen und Journalisten Meldungen zu Übergriffen auf sie in den sozialen Medien veröffentlicht. Besonders häufig ist dort von Gefährdungen im Zusammenhang mit Demonstrationen zu lesen. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Studie »Feindbild Journalist:in 7: Berufsrisiko Nähe« vom Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF), die im vergangenen Jahr veröffentlicht wurde. 80 Prozent aller registrierten Übergriffe ereigneten sich laut dieser auf Demonstrationen. Auch in der »Nahaufnahme Deutschland«-Studie 2023 von Reporter ohne Grenzen ist dieses Fazit nachzulesen. Daher gelten Demonstrationen als gefährlichster Arbeitsplatz für Journalistinnen und Journalisten.

Die Herausgeber der Studie »Feindbild Journalist:in 7: Berufsrisiko Nähe« sehen für den gesamten Berufsstand eine drastische Verschlechterung ihrer Sicherheitslage, denn: »Ihr Risiko, allein wegen ihrer Profession angegriffen zu werden, ist seit 2020 drastisch gestiegen«, heißt es dort, auch wenn die Autorinnen und Autoren einen Rückgang in den absoluten Zahlen der tätlichen Angriffe feststellen (2022: 56, 2021: 83). Das unterscheidet diese Studie von der Veröffentlichung der Organisation Reporter ohne Grenzen. Dass beide Herausgeber unterschiedliche Fallzahlen vorliegen haben, liegt daran, dass diese immer auf die Meldungen der Personen, der Journalistenverbände oder auch auf die mediale Berichterstattung angewiesen sind. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann daher nicht gewährleistet werden. Über die Dunkelziffer kann, wie bei anderen Erhebungen auch, nur spekuliert werden.



Foto: PM Cheung

Ein Foto der neuen Realität

PM Cheung ist seit 2006 Fotojournalist und auf Demonstrationen und Proteste spezialisiert. Das Bild dieses Artikels – das auch Titelbild der Tagung »Medien und Rechtsextremismus« war – ist auf einer Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen 2021 in Berlin entstanden. Dazu aufgerufen hatten vor allem rechte Kleinstgruppierungen. Der Journalist beobachtete auf dieser Demonstration eine Gruppe von Vermummten, auf deren Schlauchschals unter anderem das Logo der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg zu sehen war. Cheung machte ein Foto von der Gruppe, woraufhin sich einer aus dieser löste, ihn angriff und versuchte, seine Kamera an sich zu nehmen. In diesem Moment betätigte der Journalist den Auslöser und hielt diesen Moment fest. »Obwohl um mich herum uniformierte Polizistinnen und Polizisten standen, griff zunächst keiner von ihnen ein. Letztendlich waren es zivile Einsatzkräfte, die rechtzeitig intervenierten, die Gruppe von mir wegdrängten und mein Recht auf Berichterstattung durchsetzten«, sagt Cheung.

Between the Lines – Wie die Zivilgesellschaft hilft, die Pressefreiheit zu schützen

»Between the Lines« nennt sich ein zivilgesellschaftliches Projekt, das aus demoerfahrenen ehrenamtlichen Begleitschützerinnen und Begleitbeschützern besteht. Auf Demonstrationen oder Protesten schirmen sie Journalistinnen und Journalisten in Bedrohungssituationen ab. Aktuell beschränkt sich das Angebot des zivilen Begleitschutzes auf Sachsen, wo die Situation besonders angespannt ist. Das beobachtet auch PM Cheung. »Vor allem Kolleginnen und Kollegen in den östlichen Bundesländern haben sehr stark mit Bedrohung, Übergriffen und behördlicher Ignoranz zu kämpfen«, sagt er.

Schutzkodex – Medienhäuser stärken Journalistinnen und Journalisten

Auch Medienhäuser und Verbände sehen eine Zunahme an Gewalt gegenüber Medienschaffenden in Deutschland. Deshalb haben sich Funke Mediengruppe, Weser Kurier, die Zeit, taz, Der Spiegel, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung und die Südwestdeutsche Medienholding sowie die Agentur dpa freiwillig verpflichtet, den »Kodex für Medienhäuser zum Schutz von Journalist*innen« umzusetzen. Der Kodex umfasst zehn Maßnahmen, mit denen auf die Bedürfnisse der Journalistinnen und Journalisten in ihrer veränderten Arbeitswelt reagiert wird. Darin enthalten sind sowohl juristische als auch psychologische Unterstützung, aber zum Beispiel auch die Hilfe und Kostenübernahme für einen Wohnungswechsel, wenn die Privatadresse veröffentlicht wurde.

Die Initiatorinnen und Initiatoren des Schutzkodex sind die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju), Reporter ohne Grenzen (RSF), Neue deutsche Medienmacher (ndm) und der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG). Unterstützt werden sie vom Deutschen Journalisten-Verband (DJV) und dem Berufsverband Freischreiber.

Die Täter hinter den Angriffen

Die Autorinnen und Autoren der Studien von Reporter ohne Grenzen und der des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit sind sich einig: Die größte Gefahr droht Medienschaffenden von rechts. »Feindbild Journalist:in 7: Berufsrisiko Nähe« zählt knapp die Hälfte aller verifizierten Angriffe 2022 in dieses Spektrum. Auch Reporter ohne Grenzen schreibt in ihrer Studie, dass die große Mehrheit der Angriffe in »verschwörungsideologischen, antisemitischen und extrem rechten Kontext« stattfand, die Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen spielten auch 2022 als Orte für Übergriffe auf Medienschaffende eine große Rolle.

Auch der Fotojournalist Cheung sieht eine Zunahme der Feindseligkeit und Aggressivität auf Demonstrationen gegenüber Journalistinnen und Journalisten aus dem rechten und dem verschwörungsideologischen Spektrum.

Doch nicht nur in der wirklichen Welt müssen Journalistinnen und Journalisten mit Anfeindungen rechnen. Auch die sozialen Medien sind schon lange Schauplatz von Hass und Hetze. Deshalb passen Journalistinnen und Journalisten ihr Verhalten auch dort der Bedrohungslage an.

»Grundsätzlich ist es so, dass ich in den sozialen Medien viel vorsichtiger geworden bin. Das betrifft vor allem Informationen zu mir als Privatperson und die Anreise zu irgendwelchen Protestveranstaltungen«, sagt Cheung. Seit fast zehn Jahren beobachte der Journalist eine Veränderung:

»Mit dem zunehmenden Rechtsruck, der Gründung der AfD und den ersten 'Montagsdemonstrationen' von PEGIDA. Mit den Protesten gegen die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Coronapandemie hat sich die Lage noch einmal deutlich verschärft. Die Übergriffe gehen seitdem nicht mehr von augenscheinlich radikalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus.«

Die Gefahr vor der eigenen Haustüre

Besonders alarmierend sind die Zahlen der Übergriffe auf Lokaljournalistinnen und -journalisten. Die Studie des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit registrierte 2022 dreimal so viele Angriffe auf diese Personengruppe wie noch 2021 – in absoluten Zahlen sind es zwölf. In der Analyse der Übergriffe auf Lokaljournalistinnen und Journalisten der »Feindbild Journalist:in 7: Berufsrisiko Nähe« - Studie zeigt sich, warum die Gefahr für Pressevertreterinnen und Pressevertreter, die aus dem Lokalen berichten, besonders groß ist: Sie können sich nicht in die Anonymität zurückziehen. Ihr Wohnort ist schnell ausfindig gemacht. In ihre Privatsphäre schnell eingedrungen. »Journalisten sind Zielscheiben. Unbekannte versauen Fassade meiner Wohnadresse mit Dutzend Dreck- und Eierwürfen. [...] Wer sich über Presse ärgert, Redaktion ist gegenüber. Ins Gesicht spucken wäre weniger feige.« So wird in der »Feindbild Journalist:in 7: Berufsrisiko Nähe«-Studie ein Tweet des Herausgebers des Lokalmagazins Bürgerblick aus Passau Hubert Jakob Denk zitiert. Es ist eines von vielen Beispielen, mit denen die Studie einen Einblick in den Arbeitsalltag im Lokaljournalismus gibt. Obwohl Studien inzwischen belegen, was schon seit Längerem in Journalistenkreisen wahrgenommen wird, tauchen in der Liste der Medienhäuser, die sich dem Schutzkodex angeschlossen haben, wenige Verlage lokaler Zeitungen auf. Zur Stärkung der Journalistinnen und Journalisten vor Ort wäre dies ein wichtiges Zeichen – auch oder vielleicht sogar besonders in Richtung derjenigen, die die Pressefreiheit angreifen.

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF): »Feindbild Journalist:in 7«: Berufsrisiko Nähe, 2023: <https://www.ecpmf.eu/feindbild-journalistin-7/>

Reporter ohne Grenzen: Nahaufnahme Deutschland. Pressefreiheit im Überblick, 2023: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/nahaufnahme/2023>

*Kodex für Medienhäuser zum Schutz von Journalist*innen: <https://schutzkodex.de/>*

Portrait

Im Weitwinkel

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth



Heike Kleffner

Um zu verstehen, was die Journalistin Heike Kleffner bei ihrer Arbeit antreibt, muss man mit ihr zurückgehen. Mit der jungen Journalistin, gerade Mitte zwanzig, zu dem Haus mit den ewig blühenden Sonnenblumen gehen, die an verbrannte Erde erinnern. Sie sind nicht zu übersehen, auch nicht für die, die die Augen verschließen.

Der Hass lodert

August 1992 Rostock-Lichtenhagen. Kleffner ist dabei, als der Hass sich vor dem Sonnenblumenhaus und der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) entlädt. Tausende Menschen lassen ihre Menschlichkeit zu Hause, in den guten Stuben – den guten deutschen Stuben – und kommen auf die Straße. Als Meute kommen sie, versammeln sich auf der Mecklenburger Allee. Die Meute, sie jubelt, die Meute, sie applaudiert, feuert die Jugendlichen an, die Steine und Molotow-Cocktails durch die Scheiben ins Haus schmeißen, in dem vietnamesische ehemalige Vertragsarbeiter und ihre Familien den Flammen und den Angriffen ausgeliefert sind. »Heil Hitler«, schreien sie. »Ausländer raus«, schreien sie. Als Ausschreitungen oder Krawalle wird oft bezeichnet, was zwischen dem 22. August und dem 26. August 1992 in Rostock-Lichtenhagen geschah. Kleffner nennt in ihren Erinnerungen das Geschehene Programm.

»Das gibt es nicht, dass man dabei war und nicht nachhaltig geprägt wurde«, sagt sie, die Gedanken in der Vergangenheit, der Blick auf die Spree, die da ist und schön aussieht, mit dem blauen Himmel, der über ihr hängt und den letzten Sonnenstrahlen. Die Boote, die von links nach rechts sich wiegen und dem Berlin auf dieser und jener Seite des Ufers. Es gibt schlimmere Orte für ein Gespräch. Kaum schlimmere Gespräche gibt es für einen Ort.

Kleffner war dabei, als in der Nacht in Rostock-Lichtenhagen die Staatsgewalt versagte. Sie hat mit den Opfern gesprochen, aus dem Haus mit den Sonnenblumen, die vom Dach aus die Blüten von oben sahen, weil es unten brannte. 2002 begannen vor dem Landgericht Schwerin die Verhandlungen gegen vier Neonazis. Kleffner begleitete den Prozess für die Tageszeitung taz. Mehr als 10 Jahre nach dem Brandanschlag wurden die Angeklagten zu Bewährungsstrafen wegen versuchten Mordes verurteilt. Lediglich 36 von 408 eingeleiteten Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Brandnächten von Rostock-Lichtenhagen führten zu Hauptverhandlungen mit Verurteilungen – überwiegend wegen Landfriedensbruchdelikten. Die juristische Aufarbeitung von damals fasst Kleffner in einem Satz zusammen: »Katastrophe mit fataler Signalwirkung«.

Viel Platz für wenig Anerkennung

Katastrophen hat sie als Journalistin in den letzten drei Jahrzehnten viele begleitet und mit aufgearbeitet. Hundertsiebenundachtzig. So lang ist inzwischen die Liste der Todesopfer rechtsmotivierter Gewalt seit der Wiedervereinigung, die Kleffner und ihr Kollege Frank Jansen in einer Langzeitrecherche ermittelten. »Wir saßen immer in diesen gruseligen Verhandlungen zu rechten Tötungsdelikten. Vor Gericht jedoch spielte das Tatmotiv häufig keine große Rolle«, sagt Kleffner. Ende der 1990er Jahre fingen sie und ihre Kollegen damit an, die Hintergründe von Mordfällen nachzuerforschen, die auffällig waren, und fanden Opfer rechter Gewalt, bei denen das Gericht »den Jungen von nebenan nicht als rechten Totschläger sah«, sagt Kleffner.

Vier Sonderseiten im Tagesspiegel füllten die Rechercheergebnisse zu rechten Tötungsdelikten von Kleffner und ihren Kollegen am 13. September 2000. Auf ihrem Laptop hat sie ein Foto von der damaligen Zeitungsausgabe, eine Doppelseite. Diese auf dem Bildschirm zu sehen, verleitet zu kommentieren, ein »oh krass«-Ausruf, der auch ein genauso blöder »oh Gott«-Ausruf hätte sein können. Ein Moment, in dem sprachlos zu sein angemessen viele Worte sind. Man kann sich vorstellen, wie es damals war, eine solche Seite in Print aufzuschlagen. Beeindruckend auf eine traurige Weise.

Einen Tag nach Erscheinen der Ausgabe wurde das neonazistische Netzwerk Blood & Honour vom damaligen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) verboten. 2001 ist eine erweiterte polizeiliche Definition von politischer Kriminalität eingeführt worden: »Kriminalpolizeilicher Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität«, kurz PMK. Damit wurde erstmals das Themenfeld Hasskriminalität erfasst.

Kleffner und ihr Kollege Jansen vom Tagesspiegel führen bis heute das Langzeitforschungsprojekt für ZEIT online und den Tagesspiegel. 187 Opfer stehen auf der Liste (Stand 2020). Aktuell wird diese bearbeitet, mit Verdachtsfällen wird sich die Liste auf über 200 Namen verlängern. In über 40 recherchierten Fällen haben die Sicherheitsbehörden ihre ursprüngliche Bewertung zurückgenommen und sie im Nachhinein als rechtmotivierte Tötungsdelikte aufgenommen. Wie wichtig diese Arbeit für die Hinterbliebenen ist, zeigt ein aktueller Fall aus Niedersachsen. Dort kämpft die Mutter von Alexander Selchow seit 33 Jahren dafür, dass ihr Sohn als Opfer rechter Gewalt in die offizielle Statistik aufgenommen wird. Dieser wurde in der Silvesternacht 1991 in Rosdorf (Niedersachsen) von Neonaziskins getötet. Bis jetzt wird der Fall wegen angeblicher »Täter-Opfer-Beziehungen« nicht erfasst, von denen die Mutter des Getöteten, wie sie sagt, aber nichts weiß.

Zwischen den Zahlen, die staatliche Institutionen zu Todesopfern rechter Gewalt veröffentlichen, und denen, die Organisationen und Journalistinnen und Journalisten wie Kleffner und ihre Kollegen ermitteln, haben die Behörden sich viel Platz für wenig Anerkennung gelassen.

Jeder Name ein Leben weniger

Es sind Namen von Toten, die sich aneinanderreihen. Eine Liste, die keine sein sollte, weil jeder Name ein Leben weniger bedeutet.

Menschen brauchen Listen als Erinnerungstützen: To-dos, stehen auf einer Liste. Müsli steht dort. Abhaken. Durchstreichen. Ergänzen. Ignorieren.

Todesopfer sind Aufzählungen von Menschen, die ein Leben hatten, bevor sie auf der Liste standen. Manchmal muss man nachhelfen, dass nicht vergessen wird, wofür diese besondere Erinnerungstütze eigentlich da ist. So wie im März letzten Jahres. Als in Berlin eine Fachtagung zum Thema »20 Jahre Diskurs zu rechtmotivierten Tötungsdelikten« stattfand. Kleffner war dort als Referentin eingeladen. Ein Teilnehmer der Tagung erzählte, dass sie ihren Vortrag mit den Worten begann: »Ich möchte Sie bitten, für eine Minute zu schweigen, um der Opfer zu gedenken.« Es hätte die Leute überrumpelt, denn damit hatte keiner gerechnet, erinnert sich der Teilnehmer. Danach sei aber ein ganz anderes Bewusstsein für die Sache dagewesen, sagt er. Denn Kleffner erinnerte mit dem Moment, in dem Sprachlosigkeit genug Worte waren, daran, worum es denn überhaupt ging: um Menschen, denen gewaltsam das Leben genommen wurde, und danach erst um Konzepte, methodische Ansätze und Klassifikationen.

Die Sonne hat sich verabschiedet. Die Spree ist nun der Spiegel Berlins. Ein Zerrbild im dunklen Wasser. In Kreuzberg sind die Straßen voll. Volle Gläser. Volle Teller. Volle Touris.

Das türkische Restaurant, welches Imbiss serviert, das aber kein Imbiss ist, weil Imbiss Pommes Schranke ist und hier bestimmt keiner mit einem »Ratsch« eine TK-Tüte aufreißt, liegt in direkter Nachbarschaft zu Kleffners Büro. Sie ist Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG). Gute Lage. Kleffner lächelt. »Super Lage«, sagt sie. Recht hat sie. Gemütlich ist es in dem Nicht-Imbiss. Klein, wie ein Laden in der Winkelgasse. Das Licht nicht weiß. Eher gelb. Warm. Der Mann hinter der Theke mit Freundlichkeit im Gesicht. Es gibt schlimmere Orte für ein Gespräch.

Das Rückgrat mehr als nur eine Knochenkette

Kleffner erzählt und der Nicht-Imbiss in Kreuzberg wird zum Wohnzimmer von Barbara Reimann in ihrer kleinen Wohnung in Pankow. Eine Bullenhitze ist hier. Sie dreht selbst die Heizung voll auf, wenn für Berliner Brandenburg the place to be ist. Und da muss es schon richtig heiß sein. Auf dem Tisch stehen Avocado-Schnittchen mit Shrimps in Cocktail-Soße. Die Gastgeberin tischt auf, wenn Heike Kleffner und Franziska Bruder kommen. Die beiden haben über das beeindruckende Leben von Barbara Reimann ein Buch geschrieben. »Die Erinnerung darf nicht sterben. Barbara Reimann – eine Biografie aus acht Jahrzehnten Deutschland«. Fünf Jahre haben die drei Frauen daran gearbeitet. Im Jahr 2000 wurde es veröffentlicht. Bis zum Tod von Barbara Reimann blieben sie eng miteinander verbunden.

Alle vier bis sechs Wochen trafen sie sich. Saßen bei Bärbel. Avocado-Schnittchen mit Shrimps in Cocktailsoße. Barbara Reimann, eine Frau aus einer Familie, die widerstand. Das Rückgrat für sie mehr als nur die Knochenkette.

Barbara Reimann, damals noch Dollwetz, organisierte sich in ihrer Jugend im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Als Tochter des Hamburger KPD- Mitbegründers Max Dollwetz und der Frauenrechtlerin Clara Clasen war sie im Untergrund in einer sozialistischen Jugendorganisation in Hamburg aktiv. 1943 wurde die Gruppe von der Gestapo enttarnt. Barbara Reimann, ihre Mutter und ihre Patentante kamen ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Von der SS wurden sie im April 1945 auf den Todesmarsch geschickt. Bei Neustrelitz gelang ihr gemeinsam mit ihrer Mutter und ihrer Patentante die Flucht. 150.000 Menschen waren in Ravensbrück eingesperrt. Etwa ein Fünftel von ihnen starb. Barbara Reimann referierte später an Schulen und in der Gedenkstätte als Zeitzeugin.

Gemeinsame Erinnerungen und Anekdoten, mit denen Kleffner Barbara Reimann an den Tisch in dem Kreuzberger Nicht-Imbiss holt. Drei Frauen im klapprigen WG-Auto ohne Klimaanlage von Berlin nach Ravensbrück. 90 Kilometer – die schnellste Route eine Stunde und vierzehn Minuten. Am Ende blieben Kleffner, Bruder und das klapprige WG-Auto auf der Strecke. Das Auto wollte nicht nach Ravensbrück, blieb lieber liegen. Aber Barbara Reimann, die fuhr weiter, per Mitfahrgelegenheit und zwar mit niemand Geringerem als der Crew von Steven Spielberg, die damals dort drehte. Während Kleffners Erzählungen wird diese unerschrockene, mutige Frau, die am 21. April 2013 starb, lebendig. Ist das nicht irgendwie unsterblich sein?

Du Täter. Du Opfer.

Opfer. Wikipedia setzt direkt (Schimpfwort) dahinter. Du Polizist. Du Opfer. Je nach Kontext eine Beleidigung.

Du Polizist. Du Täter. Ist das auch eine strafbare Beleidigung?

Kleffner hat gemeinsam mit Matthias Meisner 2019 den Sammelband »Extreme Sicherheit – Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz«, veröffentlicht. Als die Idee für das Buch entstand, war Hans-Georg Maaßen noch Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und »in der deutschen Sicherheitsarchitektur galt weitläufig die Annahme, dass es keine rechten Netzwerke im Sicherheitsapparat gäbe«, sagt Kleffner. Dass das falsch ist, belegten damals die Beiträge der Autorinnen und Autoren.

Vor Kurzem ist ihr neues Buch »Staatsgewalt. Wie rechtsradikale Netzwerke die Sicherheitsbehörden unterwandern« erschienen. Damit legen die Autorinnen und Autoren nochmal nach. »Mit steigendem Selbstbewusstsein der Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten, auch in den Behörden, steigt die Gefahr für den Rechtsstaat« sagt Kleffner. Du Sicherheitsapparat. Du Täter?

Mit dem Erstarken der extremen Rechten ist nicht nur die Gefahr für den Rechtsstaat gestiegen. Auch eine weitere tragende Säule der Demokratie hat ordentliche Risse. Das Arbeitsklima für Journalistinnen und Journalisten, die im Bereich Rechtsextremismus arbeiten, hat sich deutlich verschärft. Der Ton ist rauer. Die Gangart härter. Beleidigungen, Bedrohungen, Klagen. Ein Dreiklang des täglichen Geschäfts. Auch Kleffner hat in der Vergangenheit schon »spezielle Grüße« in Naziblättern bekommen. Das, was junge Kolleginnen und Kollegen besonders im Lokalen heute an Hass und Hetze erfahren, vor allem im Netz, sei damit aber nicht zu vergleichen, sagt sie. Der »Kodex für Medienhäuser zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten«, kurz Schutzkodex, soll Journalistinnen und Journalisten helfen, mit Angriffen und Bedrohungen umzugehen – zum Beispiel durch psychologische Unterstützung, durch finanzielle bei juristischen Auseinandersetzungen, im Austausch mit anderen Betroffenen oder auch mit Schutzmaßnahmen, wenn die Bedrohungslage zu groß ist. Ein ganzes Maßnahmenpaket, damit sie ihren Job machen können. Eine Tatsache, die so nüchtern klingt, dass mancher sie nur betrunken ertragen kann. Der VBRG ist einer der Initiatoren des Schutzkodex. Als Geschäftsführerin des Verbands und als Journalistin hat Kleffner eine Doppelrolle. Diese nutzt sie, um dem Thema immer wieder Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Kleffner nimmt immer die Opferperspektive ein. Immer Weitwinkel. Ein Opfer ist mehr als das, was auf den ersten Blick von ihm zu sehen ist.

Mit ihrem aktuellen Sammelband »Staatsgewalt: Wie rechtsradikale Netzwerke die Sicherheitsbehörden unterwandern« ist die Journalistin Heike Kleffner in diesem Jahr auf Lesereise.

Im Frühjahr kommt sie nach Baden-Württemberg. Termine stehen auf der Seite des Herder Verlags: <https://www.herder.de/geschichte-politik/shop/p4/82179-staatsgewalt-klappenbroschur/>

»Welchen Nutzen hat die Melderegistersperre im Fall der Fälle?«

Ein Neonazi bittet einen befreundeten Zollbeamten, die Privatadresse des Journalisten Timo Büchner, die aufgrund seiner Recherchen zur extremen Rechten per Melderegistersperre geschützt ist, abzurufen. Der Zollbeamte ruft die Adresse ab. Ernsthaftige Konsequenzen? Fehlanzeige.

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth

Vor dem Amtsgericht Kitzingen hätte Mitte Juni 2023 ein Strafprozess gegen den Zollbeamten Tobias W. aus dem Landkreis Schweinfurt stattfinden sollen. Doch der Prozess wurde kurzfristig abgesagt. Der Grund: W. hatte einen Strafbefehl von 90 Tagessätzen akzeptiert. Die Verurteilung ist rechtskräftig. Aber die Höhe des Strafbefehls macht deutlich: Das Gericht hatte den Zollbeamten verschont. Denn: Erst ab 91 Tagessätzen taucht eine Verurteilung im Führungszeugnis auf.

Was ist passiert?

Timo Büchner recherchiert seit einigen Jahren zur extremen Rechten in Baden-Württemberg. Seine Recherchen erscheinen in Büchern, Magazinen, Zeitungen. In RECHTS.GESCHEHEN Nr. 9 (Seite 21) schreibt er über die Bedeutung neonazistischer Liederabende. Nachdem die Neonazi-Kameradschaft Nord Württemberg Sturm, damals eine Art regionaler Ableger der Jungen Revolution um Sanny Kujath, im Dezember 2020 ein Transparent mit der Aufschrift »Migration tötet!« in Osterburken (Neckar-Odenwald-Kreis) gehisst und ein Video in den Sozialen Netzwerken verbreitet hatte, schrieb der Journalist über die Aktion. Im Artikel, der Mitte Januar 2021 im Störungsmelder von ZEIT Online erschien, benannte er einen Drahtzieher der Kameradschaft: Marc R. ist seit Jahren in der regionalen Neonazi-Szene unterwegs – und wohnt in einem Teilort von Osterburken.

Zwei Wochen später, am 28. Januar 2021, wurden die Wohnungen von fünf Personen durchsucht. Eine der beschuldigten Personen: Marc R. aus Osterburken. Es wurden »zahlreiche Beweismittel, unter anderem Datenträger« beschlagnahmt. Aus der Handyauswertung des Neonazis ging hervor: Er war, ebenso wie der Zollbeamte Tobias W., in der Hooligan-Gruppierung Green Boyz Schweinfurt aktiv. In einem Threema-Chat der rechtsoffenen Gruppierung schrieb W. bereits im September 2020: »Ich habe gerade rausgefunden, dass ich zum Adresse abfragen nur Name und Vorname brauche, wenn er keinen Allerweltsnamen wie Meier, Müller, Schmidt hat.« Nach den Hausdurchsuchungen fragte Marc R. den Zollbeamten in einem Privatchat: »Könntest du für mich evtl. über eine Person in Erfahrungen bringen, wenn ich dir einen Namen gebe?« Tobias W. antwortete: »normal schon, ja«.

»Das ist ein Leck«

Daraufhin schickte R. den Namen und früheren Wohnort des Journalisten an den Zöllner – und W. nutzte seinen Behördencomputer, um das Geburtsdatum und den aktuellen Wohnort abzurufen. Zwar besitzt Timo Büchner aufgrund seiner Recherchen zur Neonazi-Szene seit Längerem eine Melderegistersperre, allerdings hatte W. die Möglichkeit, Daten der Sozialversicherung abzurufen. »Das ist ein Leck, das in der Debatte um die Sperre noch nicht thematisiert wurde«, stellte Büchner im Interview mit Belltower.News fest. Er fragte: »Welchen Nutzen hat die Melderegistersperre im Fall der Fälle?« In seinem Fall habe die Sperre »keinen Nutzen«. Büchner resümierte: »Die Sperre wiegt Journalist*innen in einer trügerischen Sicherheit.« Als die Polizei den Chatinhalt entdeckte, leitete sie ein Ermittlungsverfahren gegen Marc R. und Tobias W. ein. Deren Wohnungen wurden durchsucht.

Am Ende des Verfahrens stand der Strafbefehl von 90 Tagessätzen. »Das Urteil ist ein Skandal, ein handfester Justizskandal«, erklärte Büchner gegenüber dem Bayrischen Rundfunk. Nach Recherchen des Senders ist der Zollbeamte weiter im Dienst. ZEIT Online recherchierte derweil, dass die Staatsanwaltschaft Würzburg das Verfahren gegen den Neonazi einstellte. Marc R. war bereits im Februar 2022 wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu 90 Tagessätzen verurteilt worden. Die Strafprozessordnung erlaubt, weitere Verfahren einzustellen, wenn die Strafe, die im Verfahren droht, nicht allzu sehr ins Gewicht fällt. Das Verfahren wurde eingestellt – aber immerhin wurde vor Kurzem bekannt, dass der Schweinfurter FC, ein Fußball-Regionalligist, ein Stadionverbot gegen Marc R. ausgesprochen hat.

Aus dem Ländle

Wie das Wohnen propagandistisch ausgeschlachtet wurde: Erste Bundespreise des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten 2022/23 verliehen

Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten feierte 2023 sein 50-jähriges Jubiläum. Das Thema der Ausschreibung lautete: »Mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen hat Geschichte«. Zahlreiche der über 1600 eingereichten Arbeiten beschäftigten sich mit der Zeit des Nationalsozialismus. Dies geschah in einem Jahr, in dem die sogenannte »Flugblatt-Affäre« um den stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger (Freie Wähler) für Aufmerksamkeit sorgte. In dem Pamphlet, das nach eigenen Angaben Aiwangers älterer Bruder verfasst haben soll, werden die Opfer der NS-Diktatur verhöhnt und der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten verspottet (s. Seite 60 in dieser Ausgabe).

Einen ersten Bundespreis in der aktuellen Ausschreibung gewann die Arbeit »Der Mieter- und Bauverein Karlsruhe eG. Reichen 109 Wörter zur Aufarbeitung der eigenen NS-Geschichte?«. Die Autoren Jeremias Loghis, Paul Mai und Elias Vollmer (Abiturjahrgang 2022) recherchierten hierfür unter anderem im Generallandesarchiv Karlsruhe. Unterstützt wurden sie von ihrem Tutor und ehemaligen Geschichtslehrer am Bismarck-Gymnasium Karlsruhe Dr. Tobias Markowitsch. Die Jury der ausrichtenden Körber-Stiftung bezeichnete die Arbeit als »einen wichtigen Beitrag zur deutschen Erinnerungskultur und zur Geschichte des Wohnens«. Die zugespitzte Titelfrage der Wettbewerbsarbeit bezieht sich auf den Internetauftritt des Mieter- und Bauvereins zu Beginn der Recherche. Der folgende Text stellt deren Ergebnis kurz vor.

Der Mieter- und Bauverein Karlsruhe eG im Nationalsozialismus

Von Paul Mai

Der Mieter- und Bauverein Karlsruhe eG kann auf eine über 125 Jahre andauernde, ereignisreiche und zu großen Teilen beeindruckende Geschichte zurückblicken. Im Jahre 1897 als Produkt gesellschaftlichen Engagements gegründet, um der damals herrschenden Wohnungsnot in Karlsruhe Abhilfe zu schaffen, wurde die Genossenschaft rasch zu einem Beispiel für Solidarität und Gemeinnützigkeit. Noch bis ins Jahr 1932 hinein zeigte sie sich von ihren demokratischen Werten fest überzeugt. Anträge auf Veröffentlichung der Wohnungsausschreibungen in der nationalsozialistischen Parteizeitung »Der Führer« wurden mit der Begründung, dass »diese Partei ein grundsätzlicher Gegner der Genossenschaft sei«, abgeschmettert. Darüber hinaus kam es Mitte desselben Jahres zu Beschwerden darüber, dass das Genossenschaftsmitglied und Mieter Fritz Waffenschmidt, später NSDAP-Gaufachschäftsleiter im Gauamt für Beamte, entgegen eines ausdrücklichen Verbots Hakenkreuzfahnen an Gebäuden des Mieter- und Bauvereins hisste.

Diese Grundhaltung änderte sich ab 1933 rasant: In der Rückschau kann die Genossenschaft als Beispiel dafür angeführt werden, wie unmittelbar nach der »Machtergreifung« bestehende Wertordnungen im Sinne der NS-Ideologie umgedeutet und angepasst wurden. Gerade vor dem Hintergrund aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen lohnt es sich, diesen Prozess genauer zu betrachten. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden in schneller Folge ausgetauscht – der erwähnte Fritz Waffenschmidt übernahm im Mai 1933 das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden – und die Generalversammlung wurde durch eine Vertreterversammlung ersetzt. Satzungsänderungen führten dazu, dass beispielsweise jüdische Mitbürger keine Mitglieder der Genossenschaft mehr werden durften.

Über die geänderten gesetzlichen Bestimmungen hinaus übten sich Teile der Genossenschaft im vorausseilenden Gehorsam. Die Genossenschaft veränderte die ursprünglich sachlich gehaltenen Geschäftsberichte zu politischen Propagandawerkzeugen, ließ Hakenkreuze und Propagandasprüche in Hoftore schmieden – beispielsweise »Sozialismus der Tat« – und organisierte Massenbestellungen für Hakenkreuzfahnen. In einem Rundschreiben an die Mitglieder wird unmissverständlich klargestellt:

>>>



*Der Feldblumenweg in der Karlsruher Rheinstrandsiedlung, um 1935.
Noch heute wohnen hier Genossenschaftsmitglieder.*

»Es ist heute Pflicht eines jeden Volksgenossen [...], dass er seine Verbundenheit mit dem nationalsozialistischen Staat auch nach außen hin durch Zeigen der Hakenkreuzfahne zum Ausdruck bringt.« So verkamen auch die Gebäude zum Propagandawerkzeug.

Nach der deutschen Kapitulation 1945 wurden sämtliche Funktionäre der Genossenschaft ausgetauscht und einem Spruchkammerverfahren unterzogen. Bis auf eine Ausnahme wurden alle als »Mitläufer« eingestuft und mit vergleichsweise geringen Geldstrafen belegt. Spätestens hier wird klar: Eine umfassende, zufriedenstellende und den Geschehnissen gerecht werdende Aufarbeitung ist noch nicht geschehen. Besonders vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und politischer Veränderungen sollte das Bewusstsein für die Wandelbarkeit von Institutionen geschärft werden. Die Analyse der Anpassungsfähigkeit, wie sie der Mieter- und Bauverein Karlsruhe in seiner Geschichte gezeigt hat, bestätigt dies. Der Wandlungsprozess der Genossenschaft steht stellvertretend für zahlreiche Organisationen in der ersten Zeit der NS-Diktatur, in der Unvorstellbares zu einer neuen Normalität wurde.

Lesetipp:

Jeremias Loghis, Paul Mai und Elias Vollmer: Der Mieter- und Bauverein Karlsruhe eG 1933 bis 1945. Wenn Ideale verloren gehen: Genossenschaft unter dem Hakenkreuz, in: Blick in die Geschichte Nr. 141 (15. Dezember 2023), online: <https://stadtgeschichte.karlsruhe.de/stadtarchiv/blick-in-die-geschichte/ausgaben/blick-141/mieter-und-bauverein>

»Meister des musikalischen Widerstandes«

Regelmäßig finden Liederabende der Neonazi-Szene statt. Die Events sind einfach und schnell organisiert – und bieten Orte der Vernetzung.

Von Timo Büchner

»Liebe Landsleute«, beginnt »Frank der Barde« seine Nachricht vom 27. November 2023. Der 59-jährige klagt in seinem Telegram-Kanal darüber, dass er »wieder einmal eine Kriminalisierung und Polizeischikane erfahren durfte«.¹

»Frank der Barde« ist Frank Renniecke, neonazistischer Liedermacher und langjähriges Mitglied der NPD (inzwischen: Die Heimat). In seiner Nachricht schreibt er über einen Auftritt vom 25. November 2023 im »Flieder Volkshaus« in Eisenach (TH).

Renniecke, der seit einigen Jahren in Oberfranken (BY) lebt, spielte Lieder mit seiner Akustikgitarre und Sascha Krolzig aus Dortmund (NW), der Betreiber des neonazistischen »Sturmzeichen-Verlags« und Herausgeber der Zeitschrift »Nationaler Sozialismus Heute«, hielt einen Vortrag. Auch Krolzig ist in der Neonazi-Partei Die Heimat aktiv.

Im »Flieder Volkshaus«, 2014 vom NPD-Funktionär Jan Zimmermann gekauft,² wurde anlässlich des neunjährigen Bestehens ein Poster mit dem Titel »Die Meister des musikalischen Widerstandes geben sich die Klinke in die Hand« aufgehängt. Das Poster zeigt Auftritte mehrerer Liedermacher.³

Die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT) schrieb über die neonazistischen Musikveranstaltungen, die 2023 im Freistaat stattgefunden haben, der Großteil der Events finde in wenigen, aber zentralen Immobilien statt. Das »Flieder Volkshaus« sei inzwischen die »am meisten frequentierte Immobilie«.⁴

Ein stilprägendes Vorbild

Frank Renniecke begann Anfang der 1980er-Jahre, als er bereits mit der neonazistischen »Wiking Jugend« sympathisierte, Balladen mit seiner Gitarre am Lagerfeuer zu spielen. Renniecke gab an, seine musikalischen Vorbilder seien Wolf Biermann, Reinhard Mey und Hannes Wader gewesen.⁵

Gegen Ende der 1980er-Jahre hatte Renniecke die ersten Auftritte. Er war der erste Musiker, der die Liedermacher-Tradition, deren Ursprünge in der Bündischen Jugend und im Wandervogel liegen, aufgriff und in der Neonazi-Szene popularisierte. In den 1990er-Jahren, als Skinheads mit Bomberjacken und Springerstiefeln die Rechtsrock-Szene dominierten, machte Renniecke, der stets »mit sorgfältig gezogenem Seitenscheitel, Hemd und gebügelter Stoffhose«⁶ in Erscheinung trat, deutlich: »Ob Skin oder Hooligan, beides sind Modeerscheinungen, die aus England gekommen sind. Ich habe manchmal meine Schwierigkeiten, bei etlichen Vertretern dieser Gruppen ein Deutschtum zu entdecken.«⁷

Rechtsrock-Experte Jan Raabe nannte Renniecke den »Prototyp des Traditionalisten«.⁸ Der Musiker veröffentlichte im Laufe der Jahrzehnte mehr als 30 Tonträger. Heute schreibt Renniecke in den Sozialen Netzwerken: »Seit über 35 Jahren habe ich mich als Liedermacher bemüht, der Wahrheit, unserem Volk und unserer Heimat zu dienen. Der Lohn dafür waren Verfolgung, Diffamierung, Zerstörung meiner Familie, Rufmord, Ausgrenzung und leider auch Undank und Gleichgültigkeit von Menschen, für die man dieses alles auf sich nahm.«⁹ In der Neonazi-Szene ist Renniecke durchaus umstritten, aber seine Musik ist stilprägend und Vorbild für jüngere Liedermacher*innen der Neonazi-Szene.

1 Vgl. Telegram vom 27.11.2023 (<https://t.me/frankrennicke>)

2 Mobile Beratung in Thüringen (2018): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen (https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20H%C3%A4usern%20sehen_2018.pdf)

3 Recherche Nord (2023): 17.09.2023: Hier wird Volksverhetzung noch gross geschrieben. Rechtsrock in Eisenach, Foto 13/208 (<https://recherche-nord.com/gallery/2023.09.17.html>)

4 Mobile Beratung in Thüringen (05.11.2023): Im Blick – Quartal 3/2023 (<https://mobit.org/im-blick-3-2023/>)

5 Fahr, Margitta (1995): Frank Renniecke – Der ‚Nationale Barde‘, PopScriptum 5 – Rechte Musik

(https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/20998/pst04_fahr_02.pdf)

6 Vgl. Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (2008): ‚Protestnoten für Deutschland‘. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 159.

7 Vgl. ebd., S. 174.

8 Raabe, Jan (11.06.2010): Frank Renniecke – Vom ‚Sänger für Deutschland‘ zum Bundespräsidenten-Kandidat, Antifaschistisches Infoblatt (<https://antifainfoblatt.de/aib87/frank-rennicke-vom-saenger-fuer-deutschland-zum-bundespraesidenten-kandidat>)

9 Vgl. Telegram vom 15.11.2023 (<https://t.me/frankrennicke>)

Orte der Vernetzung

Neben Frank Rennie ist eine Vielzahl neonazistischer Liedermacher*innen in Deutschland aktiv. Beispielsweise haben »Phil« (Philipp Neumann, RP), »Lunikoff« (Michael Regener, BE) und »Hannes« (Hannes Ostendorf, NI) – die Sänger der Rechtsrock-Bands »Flak«, »Die Lunikoff Verschwörung« und »Kategorie C« – seit Jahren ihre eigenen Soloprojekte. Gleich mehrere Liedermacher*innen wohnen in Baden-Württemberg.¹⁰ Ein Liedermacher, der schon als »Infestus« und »Resistentia« auftrat, ist Wegbereiter (Patrick Blumenschein) aus dem Schwarzwald. Sein Tonträger »Europa erwache« (2023) ist im »Materialdienst« der Neonazi-Partei »Der III. Weg« erschienen.

Ein Liederabend ist einfach und schnell organisiert. Ein Liedermacher mit Akustikgitarre, eine kleine Location und zwei, drei Dutzend Neonazis reichen aus. So bleibt unklar, wie viele Liederabende der Neonazi-Szene, die häufig im Geheimen durchgeführt werden, stattfinden. Ob geheim oder öffentlich: Liederabende sind zentrale Orte der Vernetzung.¹¹ Nicht zuletzt, weil sie integrierend und identitätsstiftend/-schärfend wirken. Die Liedtexte vermitteln nationalistische, teilweise offen nationalsozialistische Botschaften und sprechen sowohl ein jüngeres als auch ein älteres Publikum an.

Meistens finden Liederabende im Rahmen neonazistischer Kameradschafts- und Parteiveranstaltungen statt. Zwei Beispiele aus dem Südwesten veranschaulichen, welchen Rahmen diese Veranstaltungen haben können: Am 29. Juli 2023 spielte »Wiesel« (Nico Roth, BW), der Gitarrist von »Kategorie C«, bei einem Boxturnier der Neonazi-Kameradschaft »Heidnischer Sturm Pforzheim« in Kieselbronn (Enzkreis). Eine Woche später, am 5. August 2023, wurde »Wiesel« für das »Sommerfest« der »Brothers of Honour« – einer mutmaßlichen Nachfolgestruktur der deutschen, im Jahr 2000 verbotenen »Blood & Honour«-Division – angekündigt. Das »Sommerfest« fand im Clubhaus des »MC Born To Be Wild« in St. Georgen (Schwarzwald-Baar-Kreis) statt.

Neonazi-Veranstaltung in Eisenach (Quelle: Telegram)

¹⁰ Landtag Baden-Württemberg (27.10.2023): Razzia gegen rechtsextremistisches Musiknetzwerk: Durchsuchungsmaßnahmen am 26. Oktober 2023 in Baden-Württemberg, Drucksache 17/5678 (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5678_D.pdf)

¹¹ Vgl. Büchner, Timo (01.04.2020): Die unterschätzte Gefahr extrem rechter Liederabende, Belltower.News (<https://www.belltower.news/rechtsextreme-musik-die-unterschaetzte-gefahr-extrem-rechter-liederabende-97823/>)

Ku-Klux-Klan (KKK): Rassisten in Kapuzen

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Zu Beginn des Monats Juli 2023 verschickte das rechtsextreme Modelabel Ansgar Aryan des bayerischen Rechtsextremisten und NPD-Funktionärs Patrick Schröder den neuesten hauseigenen Newsletter. Überschrift: »Alle Klan-Shirts reduziert!!« Zum »Schnäppchenpreis« von 23,99 Euro wird das T-Shirt »Join the Empire« angeboten. Zu sehen ist ein KKK-Aktivist in Vollmaskierung und mit einer in die Höhe gereckten Maschinenpistole.

Zahlenmäßig waren und sind Versuche von Einzelpersonen, den US-Klan nachzuahmen, ein Randphänomen im bundesdeutschen Rechtsextremismus. Die Gruppierungen verfügen im Regelfall jeweils nur über eine geringe Mitgliederzahl. Aus einer Bewunderungshaltung heraus werden jedoch von verschiedenen deutschen Rechtsextremen immer wieder Klan-Symbole benutzt.

KKK-Devotionalien unterschiedlichster Art können seit dem Frühjahr 2023 über einen neonazistischen Vertrieb in Südthüringen bezogen werden. Im Angebot finden sich unter anderem eine Fahne mit der Aufschrift »Ku Klux Klan – Invisible Empire« zum Szene-Preis von 14,88 Euro, Klan-Bekleidung »für den weißen Mann« wie Boxershorts mit Aufdrucken wie »White Power« oder »Aryan Warrior«, Bodies für das »weiße Baby« mit den Aufdrucken »Kleine Germanin« / »Kleiner Germane« und Aufkleber mit dem Schriftzug »Ku Klux Klan – White Power – Section Germany«. Für den weihnachtlichen Gabentisch des rechtsextremen Nachwuchses empfahl sich das 88 (!) cm große Kuscheltier »KKK Klansman« ebenso wie der »1 Meter hohe Kalender - KKK - WeiSse Weihnachten«. Bei diesem Szene-Vertrieb werden »in großem Umfang Artikel mit KKK-Bezügen angeboten«, so die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drs. 20/8217 vom 1. September 2023).

KKK: In den USA gegründet

Der KKK, meist offen antisemitisch, rassistisch und militant ausgerichtet, ist die älteste unter den rechtsextremen Bewegungen und Gruppierungen. Ursprünglich war der KKK ein Geheimbund, der 1865 in den Südstaaten der USA gegründet wurde, gegen die Abschaffung der Sklaverei kämpfte und auch Morde vor allem an Schwarzen, aber auch Juden, Immigranten und Homosexuellen verübte. Heutiges Ziel ist der Schutz und Erhalt der »weißen Rasse«. Erkennungszeichen waren und sind das Tragen von weißen Kutten mit weißen Spitzhauben, die das Gesicht verdecken, sowie das ritualhafte Verbrennen von Kreuzen. Seit den 1950er Jahren gibt es den Geheimbund nicht mehr als übergeordnete Organisation, vielmehr firmieren seitdem diverse und oft konkurrierende Einzelgruppen unter dem weltweit bekannten historischen Namen.

Hinter dem KKK-Devotionalien anbietenden Szene-Vertrieb steckt der Neonazi Tommy Frenck (Jg. 1987), der seit 2015 das Szene-Gasthaus Goldener Löwe in Kloster Veßra (Landkreis Hildburghausen) betreibt. Die Szene-Immobilie hat sich in den letzten Jahren als Anlaufpunkt von Rechts-extremisten aller Couleur etabliert. Frenck verfolgt mit der Durchführung verschiedenster Veranstaltungen wie Konzerte, Lieder- und Balladenabende, Vortrags- und Spendenveranstaltungen, politischer Kundgebungen, Kinderweihnachten (»KOSTENLOSES Fest für deutsche Kinder«) usw., eine intensive Vernetzungsstrategie der rechtsextremen Szene innerhalb und außerhalb Thüringens. Der umtriebige Neonazi ist Autor eines Kochbuchs mit dem Titel »Die 88 besten Fleischgerichte aus dem Reich!«. Darin nimmt Frenck kochfreudige Gleichgesinnte mit »auf eine kulinarische Rundreise durch das Deutsche Reich und seine ehemaligen Kolonien«. Die Reise geht von »Königsberg über das Holsteiner Ländchen nach Hamburg. Vom Elsaß in den Odenwald übers Vogtland nach Böhmen und Schlesien. Von Sachsen, Thüringen ins Allgäu hinüber nach Kärnten und Wien. Von dort in die Deutsch-Schweiz nach Zürich. Auch findet Ihr Leckeres von der ‚Gustav-Linie‘ sowie aus unseren Übersee-Kolonien.« Im September 2021 lieferte Frenck Schlagzeilen angesichts der anstehenden Bundestagswahl. Er gab in einem Wahlaufufruf kund: »Wir bleiben dabei: in Südthüringen soll die Erststimme an Hans-Georg Maaßen (CDU) gehen, die Zweitstimme für die Alternative für Deutschland (AfD).«

Die KKK-Homepage weist als »Jugendschutzbeauftragten« den Juristen Sascha Krolzig aus. Der rechtsextreme Kleinverleger, vormals Bundesvorsitzender der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte, ist rechtskräftig wegen Volksverhetzung und verfassungsfeindlicher Propaganda verurteilt.

National Socialist Knights of the Ku Klux Klan Deutschland

Bundesweite Schlagzeilen lieferten KKK-Strukturen zuletzt zum Jahresbeginn 2019. Damals ging die Polizei gegen Mitglieder der rechtsextremen Gruppe National Socialist Knights of the Ku Klux Klan Deutschland (NSK KKK) in zehn Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) mit Razzien vor. Im Zentrum der Ermittlungen der vornehmlich im virtuellen Raum aktiven Gruppierung standen 17 Beschuldigte im Alter von 17 bis 59 Jahren. Auffällig beim NSK KKK war »die positive Bezugnahme auf das germanische Neuheidentum als religiös-ideologische Grundlage für das propagierte nationalsozialistische Weltbild«, so der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt.

Insgesamt tummelten sich in den Reihen des NSK of the KKK 40 Personen. Teile der Gruppierung zeigten zumindest verbale Gewaltbereitschaft, planten sich zu bewaffnen und hegten Gewaltfantasien. Die Rekrutierung der Mitglieder erfolgte vorwiegend über das Internet. Kommunikation fand hauptsächlich über soziale Medien statt. So agitierten NSK of the KKK-Mitglieder auch auf VK.com, dem russischen Pendant zum sozialen Netzwerk Facebook. Fotos zeigen Klan-Aktivisten mit Waffen und NS-Devotionalien wie Tassen mit dem Konterfei Hitlers. Zur Finanzierung der Gruppierung wurden monatliche Mitgliedsbeiträge in Höhe von fünf Euro erhoben.

KKK-Kreuzverbrennung mit späteren NSU-Rechtsterroristen

Angetan von der Symbolik der Kapuzenmänner waren auch die späteren Rechtsterroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Fotos zeigen die beiden bei einer KKK-Kreuzverbrennung im Sommer 1995 in einem Waldstück unweit der so genannten »Fliegerscheune« in Oßmaritz bei Jena. Vor Ort waren Mitglieder und Sympathisanten der neonazistischen Kameradschaft Jena. Entboten wurden dabei sowohl der Hitler- als auch der so genannte Kühnengruß.

Der einstige KKK-Führer Carsten Szczepanski war der wichtigste Hinweisgeber auf die späteren NSU-Terroristen. Er lieferte bereits 1998 Informationen über das untergetauchte Jenaer Terrortrio. Am 13. Februar 1995 war Szczepanski wegen gemeinschaftlich begangenen versuchten Mordes 1992 an dem Asylbewerber Steve E. zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das Opfer war von den Neonazis zunächst angepöbelt, brutal zusammengeschlagen und dann in einen See geworfen worden. Szczepanski stimmte dabei unter anderem den Ruf »Ku-Klux-Klan!« an und wiederholte diesen, bis ihn die Meute stakkatoartig immer wieder brüllte. Szczepanski, stellte das Landgericht Frankfurt/Oder fest, habe seine Kameraden in einen »Tötungsrausch« getrieben. Fünfeinhalb Jahre, teils als Freigänger, saß Szczepanski in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg ab. Im Urteil heißt es über Szczepanskis Einstellung: »In der erhofften Tötung des Steve E. erblickte der Angeklagte überdies die Verwirklichung der von ihm tief verinnerlichten Ziele des ‚Ku-Klux-Klans‘ und die Gelegenheit, diese Methoden exemplarisch zu vollziehen.« Zum Zeitpunkt seiner Verurteilung war Szczepanski »Grand Dragon« der White Knights of the Ku-Klux-Klan.

Öffentlichkeitswirksame Kreuzverbrennung

Die bislang medienträchtigste Kreuzverbrennung in der Bundesrepublik ereignete sich 1991. Organisator war Szczepanski. Im September 1991 zelebrierte Dennis Mahon, US-amerikanischer »Imperial Dragon« der White Knights of the Ku Klux Klan – WKKKK, eine Kreuzverbrennung, die der Privatsender RTL ausstrahlte. Das Spektakel fand im brandenburgischen Halbe statt. Bei der Kreuzverbrennung wurden eine Hakenkreuzfahne gezeigt und verfassungsfeindliche Lieder gesungen. Mahon hieß in seiner Rede Gewalttaten gegen Ausländer gut. Er war derjenige, der zuvor die Idee gehabt hatte, Medien einzuladen. In einem Interview sagte Mahon später: »Das haben wir für die Presse veranstaltet [...] Unsere Show für RTL war ein großer Erfolg.«

Das Telefonat mit RTL hatte zuvor der Neonazi Norman Zühlke geführt. Der lieferte Monate später selbst Schlagzeilen. Er schlug am 29. August 1992 in Berlin-Charlottenburg mit einem Baseballschläger auf einen wohnungslosen Kunstmaler ein, der einen tödlichen Schädelbruch erlitt. Ein ebenfalls attackierter Obdachloser wurde schwer verletzt. Mahon wurde im Mai 2012 wegen eines rassistischen motivierten Brandanschlags in den USA zu 40 Jahren Haft verurteilt. Zu seiner rassistischen Überzeugung war Mahon nach eigenen Angaben nach Lektüre der »Turner Diaries« gelangt.

Klan-Polizisten im Ländle

2001/2002 gehörten zeitweise zwei baden-württembergische Polizisten einer KKK-Gruppierung an. Dies wurde jedoch erst im Jahr 2012 öffentlich. Einer der Beamten war Timo H., der für mehrere Monate der von dem damaligen NPD-Aktivisten Achim Schmid am 1. Oktober 2000 gegründeten KKK-Gruppierung European White Knights of the Ku Klux Klan (EWK KKK), Kontaktanschrift in Schwäbisch Hall, angehörte. Über ihn bestand eine theoretisch mögliche Verbindung des KKK zu dem Mord und dem Mordversuch am 25. April 2007 auf die Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter und ihren Kollegen Martin A. auf der Theresienwiese in Heilbronn. H. fungierte am Tattag als Gruppenführer der beiden Böblinger Bereitschaftspolizisten.

»Ku-Klux-Klan besteht ewiglich.«

Dem KKK wird in einschlägigen Songs gehuldigt. Im Lied »Klansmen« der Rechtsrock-Band Kraftschlag heißt es: »Wir sind Klansmen, weiße Rasse und reines Blut, wir sind Klansmen, watch out, black man und sei auf der Hut.« Die verbotene frühere Szene-Band Landser grölte in ihrem Song »Ran an den Feind«: »Jetzt predigen sie schon die Mischung der Rassen, Neger ficken weiße Frau'n, das könnte Euch so passen. Niemals, niemals, niemals sage ich, denn der Ku-Klux-Klan besteht ewiglich.«

Der AfD-Bundesparteitag in Magdeburg und der EU-Spitzenkandidat Maximilian Krah

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Nach dem Ende des AfD-Parteitages konstatierte Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang, es handle sich bei der AfD um eine in großen Teilen rechtsextreme Partei. Es gebe Anhaltspunkte dafür, dass »die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes für bestimmte Bevölkerungsgruppen infrage gestellt wird«, sagte Haldenwang dem ARD-Hauptstadtstudio. Als Beispiel nannte Haldenwang Äußerungen, in denen ein »ethnisches Volksverständnis« zum Ausdruck komme, etwa, indem der »Große Austausch« beschworen werde. Der Begriff »Großer Austausch« bezeichnet ein Narrativ der Neuen Rechten, das auf den französischen Autor und Rassisten Renaud Camus (Jg. 1946) zurückgeht (»Le Grand Remplacement« = Der große Bevölkerungsaustausch) und insbesondere die strukturelle Substitution der »autochthonen« Bevölkerung Europas durch Zuwanderer aus Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten beinhaltet. Innerhalb der Neuen Rechten wird dies sowohl als bewusst gesteuerter Prozess, oftmals einhergehend mit verschwörungstheoretischen Aufladungen, aber auch als Ergebnis demographischer Entwicklungen dargestellt. »Le Grand Remplacement« sei »geistiges Rüstzeug für den Kampf um den Erhalt Europas und seiner Völker«, notierte die NPD. Der Attentäter von Christchurch (Neuseeland) nannte sein Manifest mit Bezug auf Camus »The Great Replacement«. Bei dem Terroranschlag auf zwei Moscheen am 15. März 2019 wurden 51 Menschen von dem aus Australien stammenden Rechtsterroristen Brenton Tarrant getötet. Es war die Tat mit den meisten Todesopfern in Neuseelands Kriminalgeschichte.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz stufte die AfD im März 2021 als rechtsextremen Verdachtsfall ein, das Verwaltungsgericht Köln bestätigte die Einstufung im März 2022. Seither darf die Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwacht werden. Die AfD legte dagegen Berufung ein. Das Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster ist noch nicht abgeschlossen. In Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt gilt die AfD für die Behörden als »gesichert rechtsextrem«.

Der 14. Bundesparteitag und die Europawahlversammlung der AfD fanden an zwei Wochenenden vom 28. bis 30. Juli und 4. bis 6. August in Magdeburg statt. Vielfach offenbarten und lieferten die Delegierten neben einem ethnischen Volksverständnis demokratiefeindliche, völkische und rassistische Reden. Gewählt wurden die Kandidatinnen und Kandidaten zum Europäischen Parlament (EU) wie auch die Wahlplattform. 35 Plätze enthält die Liste, vier gingen an Frauen. Eine klare Abgrenzung zum rechtsextremen Spektrum nahm keiner der Kandidaten vor. Die auf Listenplatz vier gesetzte Europaabgeordnete Christine Anderson bezeichnete die EU als »verlotterten Sauhaufen« und forderte den sofortigen Austritt der Bundesrepublik. Die EU betrachte die Bevölkerung als »eine willenlose Masse, über die die globalitären Eliten nach freiem Willen verfügen können«, sagte Anderson in ihrer Bewerbungsrede. Auch der Bundestagsabgeordnete Petr Bystron – Listenplatz zwei –, der Schießtraining mit rechtsextremen Kameraden der rassistischen Organisation Suidlanders in Südafrika absolviert hat, griff dieses Motiv auf: »Wir kämpfen gegen die Kriegstreiber, die Globalisten, die uns zwangsimpfen wollen, enteignen wollen, versklaven wollen.« Weiter sprach Bystron vom »giftigen Atem von Claudia Roth« und kündigte einen Kampf gegen Bill Gates und George Soros an. Listenplatz drei hat Rene Aust inne. Björn Höcke hatte den Thüringer Landtagsabgeordneten am Saalmikrofon höchstpersönlich vorgeschlagen. Als Beispiel für gutes Regieren nannte Aust Ungarns Regierungschef Viktor Orban, der sein Land autoritär führt und wegen Einschränkung der Presse- und Medienfreiheit seit Jahren in der Kritik steht. Irmhild Boßdorf, die auf Rang neun landete, warb in ihrer Bewerbungsrede mit einem Schlagwort der rechtsextremen Identitären Bewegung (ID) um Stimmen. Sie forderte eine »millionenfache Remigration« und sagte, eher als den menschengemachten Klimawandel sollten die Deutschen den »menschengemachten Bevölkerungswandel« fürchten. Listenplatz elf hat der Leipziger Siegbert Droese inne. Droese machte schon mal Wahlwerbung mit einem PKW mit Kfz-Kennzeichen »L-AH 1818« (LAH = offizielle Abkürzung der 1. SS Panzerdivision – Leibstandarte Adolf Hitler), ein anderer PKW in der Aktion hatte das Kfz-Kennzeichen »L-GD 3345« (»Großdeutsches Reich 1933–1945«), aber Droese sagte, das sei ihm nicht bekannt gewesen ...

Zum AfD-Spitzenkandidaten wählten die 600 Delegierten mehrheitlich den Dresdner Juristen und Europaabgeordneten Maximilian Krah (Jg. 1977). Der Parteitag kürte das Bundesvorstandsmitglied seiner Partei mit 65,7 Prozent zum Frontmann für die Europawahl 2024. Krah, zeitweilig Pressesprecher der CDU Dresden, wechselte 2016 zur AfD. Als Grund nannte er die Grenzöffnung 2015 und »die ihr folgende Masseneinwanderung«. Für ihn Grund zur Erkenntnis, »dass die CDU

den Konservatismus nicht repräsentiert, sondern neutralisiert.« Der AfD-Politiker hat Kontakte zur Neuen Rechten und wird vom Verfassungsschutz als völkisch-nationalistisch, fremdenfeindlich und verfassungsfeindlich eingestuft. Krah ist in den sozialen Medien aktiv und versucht dort vor allem junge Wählerinnen und Wähler zu erreichen. In TikTok-Videos bezeichnet er Feministinnen als »hässliche und grässliche Menschen«, verbreitet Verschwörungsmymen über die von Rechtsextremisten gebetsmühlenartig beschworene vermeintliche Umvolkung oder eine angebliche »Woke«-Machung von Konzernen durch Finanziers. Im Stil der verfassungsfeindlichen NPD schreibt Krah, der laut FAZ den AfD-Ehrevorsitzenden Alexander Gauland als Chefintellektuellen der Partei beerben möchte: »Unsere Vorfahren waren keine Verbrecher.« Weiter geht es in dem Krah-TikTok-Filmchen mit geschichtsrevisionistischem Geschwurbel: »Wenn du wiederentdeckst, was deine Vorfahren alles getan haben, dann wirst auch du dich aufrichten können und musst keine Angst mehr haben. Deshalb: Krieg' mal raus, was Oma, Opa, Uroma und Uropa gemacht haben. Wo sie herkamen, wie sie gekämpft und gelitten haben. Sie haben gelebt und wollen jetzt, egal, wo sie sind, stolz auf dich sein. So wie du später stolz auf deine Nachfahren sein willst.« Lobende Worte erntete Krah im Blog der rechtsextremen Zeitschrift Sezession: »Das ist explizit ein Aufruf zu Stolz und Selbstbewusstsein und implizit ein Hinweis auf die Schuldkultur, die unseren Landsleuten den Rücken beugt.« In einem weiteren Clip rät Krah, ein Verfechter der traditionellen Familie, der selbst acht Kinder von drei Frauen hat, Singles beim Daten zu helfen: »Echte Männer sind rechts, echte Männer haben Ideale, echte Männer sind Patrioten, dann klappt es auch mit der Freundin«. »Russophil« sei er, erklärte Krah bei seiner Vorstellungsrede in Magdeburg. Er habe in Brüssel »gegen jede Sanktion« gestimmt. Dort gehört der Europaparlamentarier der Fraktion Identität und Demokratie (ID) an. Acht Rechtsaußen-Parteien sind in der ID-Fraktion vereinigt, darunter die österreichische FPÖ, die italienische Lega und die französische Rassemblement National (vormals: Front National). Krah ist umstritten, sowohl in der Partei wie in der ID-Fraktion. Parteimitglieder kritisierten seine unkritische Position gegenüber China. Ex-Bundespräsident Christian Wulff führte dazu in einem Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT aus: »Niemand scheint zu lesen, wenn der Spitzenkandidat der AfD zur Europawahl Ungeheuerliches schreibt, wie etwa, sein Vorbild für Internet- und Medienpolitik sei China.« In der ID-Fraktion musste Krah eine mehrmonatige Auszeit nehmen, wegen »grob fraktionsschädigenden Verhalten in Form der wiederholten Verletzung von Treue- und Loyalitätspflichten gegenüber der Fraktion«. Er hatte sich für den rechtsextremen französischen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour eingesetzt und damit gegen das rechtsradikale ID-Fraktionsmitglied Marine Le Pen.

Krah ist Autor des Buches »Politik von rechts«. Das Buch sei, so schreibt Gauland im Vorwort, »nichts weniger als eine Raison d'être der AfD«, so etwas wie die Begründung ihrer Existenz also. In seinem »Manifest« beschwört Krah zuerst wortreich konservative und rückwärtsorientierte Vorstellungen von Nation und dem traditionellen Familienbild. Völkische Siedler will er fördern, auch mit Steuergeldern. Einwanderung sieht er als »Bedrohung des kollektiven Erbes«. »Europäern« dürfte es generell leicht gelingen, »sich in die deutsche Kulturgemeinschaft zu integrieren«. Bei »Nichteuropäern« gäbe es »erhebliche Unterschiede«. Einwanderung sieht er als »Bedrohung des kollektiven Erbes«. Die Frage stelle sich, was mit »den dann im Land befindlichen Menschen mit Migrationshintergrund geschehen soll«. Dies würden »prognostisch über 25 Millionen Menschen sein, davon deutlich über 15 Millionen deutsche Staatsangehörige«. Da es weder verfassungs- noch völkerrechtlich möglich ist, die Menschen auszuweisen, will Krah durch »Anreize« bei der Sozialpolitik, konkret Leistungskürzungen, die Unerwünschten zur Abwanderung drängen. Krah folgt hierarchisierenden Vorstellungen. Bei »Nichteuropäern« gäbe es »erhebliche Unterschiede«. Der durchschnittliche Intelligenzquotient beispielsweise in Afghanistan läge bei 80, in den meisten subsahara-afrikanischen Ländern um die 70. Aufschlussreich im Übrigen, welche Themen Krah nicht erwähnt. Erstrebenswert erachtet er die »abendländische Tradition«, Juden kommen jedoch nicht vor. Nationalsozialismus und Faschismus, den brutalsten Bruch mit den aufgeklärten europäischen Werten, lässt er unerwähnt. Hingegen fordert er eine Abkehr von der Erinnerungspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Unattraktiv sei, so Krah, die »maßlose Selbstkasteiung wegen des Teils der deutschen Geschichte«, den man Vergangenheit nenne. Erschienen ist Krahs Buch im Antaios Verlag des Rechtsextremisten und Höcke-Freundes Götz Kubitschek vom Institut für Staatspolitik (IFS) in Schnellroda (Sachsen-Anhalt).

Das Buch wurde ausdrücklich als »anti-rechtsstaatlich, anti-völkerrechtlich, anti-ethisch« charakterisiert, wie von Norbert Kleinwächter, einem AfD-Bundestagsabgeordneten, festgestellt wurde. Kleinwächter wirft Krah vor, ein antiwestlicher und prochinesischer Antidemokrat zu sein. O-Ton Kleinwächter: Das Buch falle »hinter die Errungenschaften der Aufklärung zurück und erschafft nichts anderes als einen brutalen Führer- und Gewaltstaat«. Der Rechtsextremist Jürgen Elsässer,

Chefredakteur des AfD-nahen verschwörungsmythischen Monatsmagazins COMPACT, bescheinigt Krah, dass dieser mit seinem Buch »Politik von rechts« bewiesen habe, »dass sich Nationalstolz und Freundschaft mit anderen Völkern sehr wohl verbinden lassen«. Hoffnungsvoll lässt der einstige Anhänger der maoistischen Kulturrevolution seinen Gedanken freien Lauf: »Wenn Krah in Europa Einfluss gewinnt, müssen die US-Eliten und ihre EU-Vasallen zittern! ‚Politik von rechts‘ unterstreicht Krahs Ruf, einer der streitbarsten und visionärsten Politiker der AfD zu sein«, so Elsässer. Auch Kubitschek, der den Umsturz, die sogenannte konservative Revolution, herbeisehnt, findet nur lobende Worte für Krah: »Er ist kein Opportunist, sondern jemand, der ein grundsätzlich alternatives Programm vorgelegt hat. Krah hat außerdem vor und nach seiner Wahl erklärt, daß er diese Grundsätzlichkeit, also den rechten Gegenentwurf, für den Kern seiner Partei halte. Es geht ihm und denen, die denken wie er denkt, nicht um Kurskorrekturen und um eine politische Existenz als kleiner Bruder an der Seite einer Union, die wie selbstverständlich die Richtung vorgeben würde.«

Krah ist seit Jahren gern gesehener Gesprächspartner beim Institut für Staatspolitik (IfS). Über »Politik in Brüssel« referierte Krah bei der 20. IfS-Sommerakademie im September 2019. Im rechtsextremen Monatsmagazin Zuerst! diffamierte der Europaabgeordnete die EU als »ein Anti-Europa«. Der hoch dotierte Parlamentarier ätzt: »Das, was Europa im Kern ausmacht – kulturell, traditionell und in der Vielfalt seiner Völker – ist das, was die EU zerstören möchte. Durch Einwanderung, durch die Umwertung aller Werte, durch Traditionszerstörung, durch Gleichmacherei.« Verschwörungstheoretisch gibt Krah kund: »Das zentrale Projekt der Eliten in Brüssel, aber auch in Berlin ist es, die Migration auf hohem Niveau fortzusetzen. Das sagen sie ja auch ganz offen. Sie fahren nach Afrika und erzählen dort, wir brauchen mehr Migration aus Afrika.« In der Zuerst!-Ausgabe von Dezember 2023 postulierte Krah, dass er »die politische Landschaft in Deutschland grundlegend verändern« wolle. Man müsse vom transatlantischen Weg weg, da die USA »2045 mehrheitlich von Menschen ohne europäische Wurzeln« bewohnt sein werde. Politischen Gegnern unterstellt Krah eine »Agenda, die man mit vier Punkten umreißen kann: Klimaangst, Gender, Einwanderung und Krieg«. Dem setzt Krah »Wohlstand, Familie, Volk und Frieden« entgegen. Feindbild von Krah ist die CDU: »Die CDU ist die Partei der alten Bonner Republik, ein sehr wohlhabendes, aber auch unpolitisches Gemeinwesen. Sie hat dem heutigen Deutschland nichts mehr anzubieten. Deshalb muß und wird sie in der heutigen Form verschwinden.« Krah setzt darauf, dass die »noch intakten Strukturen der CDU« unter »dem Druck der politischen Entwicklungen erodieren«.

Im Juli 2021 wurde in Schnellroda ein Streitgespräch zwischen Krah und dem rheinland-pfälzischen AfD-Mitglied und Geschichtsrevisionisten Stefan Scheil veranstaltet. Hier erklärte Krah offen seine Feindschaft zum »Globalismus in den Farben des Regenbogens«. Mehrfach ist der Politiker im Gutachten des Verfassungsschutzes zur AfD aus dem Jahr 2019 erwähnt. So notierten die Verfassungsschützer, dass Krah »regelmäßig auf den Begriff ‚Umvolkung‘ zurückgreift. Demnach rechtfertigte er diesen Terminus ausdrücklich am 2. Oktober 2018 auf der Internetplattform Deutschland-Kurier. Erwähnt wird Krah auch im Kapitel »Verbindungen im Rahmen eines sogenannten neurechten bzw. rechtspopulistischen ‚Widerstandsmilieus‘«. Demnach unterstützt Krah die rechtsextreme Initiative Ein Prozent in sozialen Medien. Ebenfalls 2019 lieferte Krah bundesweite Schlagzeilen, als er einen Mitarbeiter im Europaparlament einstellte, den der französische Rassemblement National zuvor wegen Antisemitismusvorwürfen gefeuert hatte. Ein Foto zeigte den späteren Krah-Mitarbeiter Guillaume Pradoura mit Schläfenlocken und Hut verkleidet als orthodoxen Juden, das Gesicht verzerrt, die Finger wie Krallen gekrümmt. Angeblich ein Scherz, der jedoch Assoziationen an antisemitische Propaganda aus dem Hause des NS-Propagandisten Julius Streicher hervorruft.

Krah leistete über Jahre hinweg juristischen Beistand für die reaktionäre Priesterbruderschaft St. Pius X., deren Anhänger die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils für Teufelszeug erachten. Zeitweilig wirkte er als Verteidiger des britischen Piusbruder-Bischofs Richard Williamson, der in einem Interview für das schwedische Fernsehen die Existenz von Gaskammern in NS-Vernehmungslagern angezweifelt hatte. 2005 bescheinigten die katholischen Traditionalisten dem Bruderschafts-Anwalt »paulinischen Mut« (O-Ton Williamson). Krah ist wie die Piusbruderschaft Anhänger der »Alten Messe«, also des tridentinischen Ritus, bei dem der katholische Priester die Liturgie auf Latein vor einem Hochaltar mit dem Rücken zur Gemeinde feiert.

In der italienischen Hauptstadt Rom fand im Februar 2020 eine Tagung zum Thema »Nationalkonservatismus« statt. An dem Kongress unter dem Motto »God, Honor, Country« (Gott, Ehre, Vaterland) nahmen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten aus mehreren Kontinenten teil. Auch Mandatsträger der AfD, neben Krah unter anderem Beatrix von Storch und Petr Bystron, waren unter den rund 250 Besuchern. Zu den Kongress-Teilnehmern zählten Szene-Größen wie die Enkelin von Jean-Marie Le Pen, Marion Maréchal, vom französischen Rassemblement National, Giorgia Meloni, Vorsitzende der italienischen Partei Fratelli d'Italia, Santiago Abascal, Chef der spanischen Partei

VOX, und der ungarische Regierungschef und Fidesz-Vorsitzende Viktor Orbán. Kurzfristig an der Teilnahme verhindert war der ehemalige italienische Innenminister und Lega-Führer Matteo Salvini. Organisiert wurde die Veranstaltung von der 2019 gegründeten Edmund Burke Foundation (USA), die sich der Vision der Rückkehr der Staaten zur Nationalstaaterei verschrieben hat. In der Ankündigung zum Kongress war entsprechend zu lesen: »Jeder heute weiß, dass Europa am Scheideweg steht. Der Aufstieg des Nationalismus in Europa, in den Vereinigten Staaten und der gesamten demokratischen Welt wird von vielen als Bedrohung für die liberale Nachkriegsordnung gesehen. Andere aber sehen in der erneuerten Betonung des Patriotismus und der Freiheit der Nationen die Weiterführung einer der besten politischen Traditionen des letzten Jahrhunderts. Ist der neue Nationalismus also tatsächlich eine Bedrohung oder – im Gegenteil – nicht eher ein Wert?«

Im November 2021 hielt sich der russophile Krah gemeinsam mit Parteifreunden in der ukrainischen Hauptstadt Kiew auf. Krah notierte: »Die Ukraine ist ein wunderbares Land, das unter die Räuber gefallen ist. Derzeit ist es das größte Hindernis für eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland. Mit den Kollegen Petr Bystron und Uli Singer aus Bundestag und Bayrischem Landtag haben wir uns informiert: gestern als Wahlbeobachter in Charkow, heute bei einem bedrohten TV-Sender der Opposition und schließlich bei einem Solidaritätsbesuch des berühmtesten politischen Gefangenen des Landes, dem Oppositionsführer Wiktor Medvedchuk, der unter Hausarrest steht. EU und USA finanzieren ein repressives, korruptes Regime und seinen Krieg. Eine neue Ukraine-Politik ist notwendig!« Krah vergaß zu erwähnen, dass Medvedchuk ein guter Freund des russischen Autokraten Putin ist. Krah vertritt die Auffassung, dass die Aufnahme der Ukraine in die EU »komplett absurd« sei. Der russische Angriff auf die Ukraine führt seiner Ansicht nach »zu Reaktionen in der EU, die mir zunehmend mehr Angst machen als der Angriff selbst«. 2019 führte Krah in einem Interview mit Compact aus: »Die Soros-Clinton-Truppe hat die Ukraine mit falschen Versprechungen gekapert und zu einem Spaltpilz gemacht.«

Hier eine Übersicht über die 35 Kandidaten der AfD für die Europawahl 2024. Bei zwei Kandidaten, Arno Bausemer und Mary Khan-Hohloch, wurden nachweislich Falschangaben in ihren Lebensläufen aufgedeckt. Dies sei hier nur als Randnotiz vermerkt. Bei der Europawahl 2019 konnte die AfD elf Abgeordnete nach Brüssel schicken, von denen heute noch neun übrig sind.

1 Dr. Maximilian Krah	19 Julian Flak
2 Petr Bystron	20 Alexander Heppe
3 René Aust	21 Lars Haise
4 Christine Anderson	22 Erich Heidkamp
5 Alexander Jungbluth	23 Andreas Mayer
6 Dr. Marc Jongen	24 Michael Schumann
7 Markus Buchheit	25 Sascha Schlösser
8 Prof. Dr. Hans Neuhoff	26 Alexander Wiesner
9 Irmhild Boßdorf	27 Dr. Peter Ditzes
10 Arno Bausemer	28 Steffen Beckmann
11 Siegbert Droese	29 David Christopher Eckert
12 Tomasz Froelich	30 Sven Sager
13 Anja Arndt	31 Andreas Mrosek
14 Mary Khan-Hohloch	32 Mirco Hanker
15 Dr. Alexander Sell	33 Arnold Fiz
16 Volker Schnurrbusch	34 Hannes Ernst
17 Jens Kestner	35 Peter Würdig
18 Dr. Gunnar Beck	

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/haldenwang-afd-100.html> / eingesehen am 7. August 2023

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-verleugnet-laut-verfassungsschutz-die-wuerde-des-menschen-a-4d6f8f5e-6011-47cc-b837-f754c0a8e919> / eingesehen am 7. August 2023

<https://www.belltower.news/dokumentation-diese-afd-politikerinnen-feierten-auf-der-querdenken-demonstration-103619/> / eingesehen am 1. August 2023

<https://www.berliner-kurier.de/politik-wirtschaft/afd-parteitag-die-rechten-schicken-ihre-rechten-nach-bruessel-li.374387> / eingesehen am 30. Juli 2023

<https://www.rtl.de/cms/afd-mann-maximilian-krah-gibt-maennern-irre-dating-tipps-und-erntet-spott-5053528.html> / eingesehen am 31. Juli 2023

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glosareintraege/DE/G/grosser-austausch.html/> / eingesehen am 15. August 2023

<https://www.endstation-rechts.de/news/maximilian-krahs-verbindungen-das-neu-rechte-spektrum/> / eingesehen am 16. August 2023

<https://www.volksverpetzer.de/analyse/rechtsextreme-netzwerk-maximilian-krah-afd/3/> / eingesehen am 30. Dezember 2023

<https://zeitung.faz.net/faz/feuilleton/2024-01-08/e0d92bcd62370f7e4f2e554c2522927a/?GEPC=s3> / eingesehen am 9. Januar 2024

<https://sezession.de/68099/krah-im-gespraech/> / eingesehen am 13. September 2023

Thorsten Thomsen: Renaud Camus und der »Große Austausch«, in: *Deutsche Stimme*, 4/2016, S. 20

<https://afdkompakt.de/2023/07/29/maximilian-krah-zum-spitzenkandidaten-der-afd-gewaehlt/> / eingesehen am 29. Juli 2023

<https://sezession.de/67798/magdeburg-und-wien-krah-und-sellner-die-partei-und-ihre-vorfeld/> / eingesehen am 31. Juli 2023

https://www.compact-online.de/maximilian-krah-der-mann-vor-dem-die-usa-zittern/?mc_cid=84f1addc2b&mc_eid=204ddeaa91 / eingesehen am 3. August 2023

Interview mit Maximilian Krah, in: *Zuerst!*, 12/2023, S. 24-26

Maximilian Krah: *Politik von rechts. Ein Manifest*, Schnellroda 2023

rundbrief@antaios.de v. 28. Juni 2018

Jürgen Elsässer: *Ich bin Deutscher. Wie ein Linker zum Patrioten wurde*, Berlin 2022

<https://www.afd.de/listenplaetze-europawahl/> / eingesehen 9. August 2023

Ausland

Hans Stutz ist ein freier Journalist und Autor, wohnhaft in Luzern/Schweiz. Er schreibt seit Mitte der 1980er-Jahre über Rechtsextremismus in der Schweiz.

Schweizerische Volkspartei: Wahlgewinnerin, aber selten mehrheitsfähig

Bei den Schweizer Parlamentswahlen wird die SVP stärkste Partei im Nationalrat und bleibt schwach im Ständerat.

Von Hans Stutz

»Jetzt ist die Schweiz wieder normal«, behauptet am Wahlsonntag (22. Oktober 2023) Sermin Faki, »Politik-Chefin« der Deutschschweizer Boulevard-Zeitung »Blick«. Vor vier Jahren eine »grüne Flut«, daraus sei ein »Rinnsal« geworden. »Selber schuld« seien die Grünen, sie hätten den Erfolg »nicht in Realpolitik« ummünzen können. Eine zumindest ungenaue Einschätzung: Die drei großen bürgerlichen Parteien Schweizerische Volkspartei SVP, Freisinnig-Demokratische Partei FDP und Die Mitte (früher Christliche Volkspartei CVP), behielten vor vier Jahren eine deutliche absolute Mehrheit sowohl im Nationalrat (200 Sitze), wie im Ständerat (je 2 Sitze für die zwanzig Vollkantonen, je einen Sitz für die sechs Halbkantone). Sie verstärkten in der vergangenen Legislatur die Zusammenarbeit, um die rot-grünen Zugewinne von 2019 zu kontern. Langfristig bedeutungsvoller: Die Bauern sind im Parlament immer noch markant übervertreten. Kurz vor den Wahlen gingen der einflussreiche Schweizer Bauernverband und die zwei größten Wirtschaftsverbände eine »strategische Allianz« ein. Ziel: »Stärkung des bürgerlichen Blocks«, da Mehrheitsverhältnisse »instabil« seien, dies »speziell im Nationalrat«. Die Bürgerlichen unterstützen nun die Bauern gegen Umweltauflagen und gegen den Abbau der vielen Subventionen, die Bauernlobbyisten die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Wirtschaftsverbände. »Der große Kuhhandel« titelte realistisch die wirtschafts-orientierte Neue Zürcher Zeitung NZZ, einst das Sprachrohr der jahrzehntelang staatsdominierenden FDP.

Die »Grüne Welle« ist aber auch in der Schweiz vorbei. Bei den Wahlen 2019 hatte die Grüne Partei Schweiz GPS siebzehn Sitze dazugewonnen, nun verloren sie davon wieder fünf. Sie erreichten das zweitbeste Ergebnis, gelten jedoch als »die Wahlverlierer«. Ähnlich die öko-kapitalistischen Grünliberalen, nur folgenreicher. Die Partei verlor nur 0.2 Prozent Wähleranteil, jedoch sechs ihrer bisher 16 Sitze.

Eine Folge des Wahlsystems, eines vielfältigen Teppichs. Wahlberechtigt sind knapp 5.6 Millionen Personen. (Rund 25 Prozent der erwachsenen Einwohner sind ausgeschlossen, da nicht Schweizer Staatsbürger.) Wahlkreise sind die 26 Kantone unterschiedlicher Größe. Bei den Nationalratswahlen haben sechs Kantone nur einen Sitz, die anderen zwanzig verteilen die Sitze gemäß einem Proporzverfahren (Verhältnismahlrecht), – je nach Anzahl Einwohner zwischen zwei bis 36 Sitze. In kleineren Kantonen haben Kleinparteien kaum eine Chance, im bevölkerungsreichsten Kanton Zürich reichen rund 2.7 Prozent der abgegebenen Stimmen für einen Sitz. Darauf setzte Nicolas Rimoldi, umtriebiger Antreiber der Organisation »Mass-Voll«, einer libertär orientierten Aktivistengruppe wider alle Corona-Maßnahmen. Rimoldi, einst FDP-Mitglied, dann libertär ausgerichtet, ist seit Sommer 2023 rechts-extremistisch unterwegs. Er trat in Wien bei einer Identitären-Kundgebung zusammen mit Martin Sellner auf und in der Schweiz mit Exponenten der identitär-orientierten Gruppe »Junge Tat«. Er verlegte den Wohnsitz rechtzeitig in den Kanton Zürich. Es reichte nicht, allerdings verhalf die Mass-Voll-Liste der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU), da in Listenverbindung, zu einem Sitz. Der politische Arm evangelischer Christen stimmt meist mit der SVP.

Als »große Wahlsieger« der diesjährigen Wahlen gilt die SVP, auch wenn die Partei unter den Wahlprognosen lag. Diese hatten bis 30 Prozent vorausgesagt, am Ende blieben 27,9 Prozent. Vor vier Jahren hatte die SVP zwölf Sitze verloren, nun gewann sie neun zurück. Die beiden anderen bürgerlichen Großparteien (FDP und Die Mitte/einst CVP), blieben bei rund 15 Prozent. Sie hatten bereits in den vergangenen Jahrzehnten ihre einstige Dominanz verloren. Die Sozialdemokraten SPS steigerten ihren Anteil um 1.5 auf 18.3 Prozent. Sie bleibt zweitstärkste Partei.

Im Nationalrat ist die SVP weiterhin stärkste Partei, im Ständerat, da Mehrheitswahlen, ist sie weiterhin schwach vertreten (7 von 46 Sitzen) und damit schlechter vertreten als die SP (9). Nichts Neues: Bei Stichwahlen leben Linke und viele Bürgerliche eine stillschweigende Absprache: »Verhindert den SVP-Kandidaten«. Diesen Effekt erlebte Mitte November 2023 der Zürcher Gregor Rutz, der einst in jungen Jahren Exponent der Jungfreisinnigen war und heute parteiintern zu den führenden SVP-Exponenten zählt. Erstmals landesweit bekannt wurde er im Sommer 1994, als Gegner der Rassismus-Strafnorm, die rassistische Hetze und Propaganda unter Strafe stellt. Er war in der Stichwahl chancenlos gegen die grünliberale Tiana Angelina Moser.

Gleich erging es dem parteilosen Unternehmer und Ständerat Thomas Minder im Kleinkanton Schaffhausen. Der Parteilose saß in der SVP-Fraktion und verlor klar gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten.

Ihren Wahlkampf bestritt die SVP einerseits mit Migrationsthemen (Asyl und drohende »10-Millionen Schweiz«), andererseits mit der kulturkämpferischen Beschworung bedrohlicher Cancel- und Woke-Szenarien. Die SVP-Kampagne war teuer und grobschlächtig und zielte auch auf die Einwohner ohne Schweizer Pass. Eine Inseratenkampagne, überschrieben »Neue Normalität«, verbreitete das Narrativ »Kriminelle Ausländer« gefährden die Sicherheit. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus reagierte umgehend: Die Kampagne vermittele den Eindruck, »nur ausländische Personen seien für Gewalt und Kriminalität in der Schweiz verantwortlich«. In dieser zurückhaltenden Kritik meinte SVP-Präsident Marco Chiesa Zensur erkennen zu können. Genau in diesen Tagen wurde publik, dass der SVP-Präsident unlängst zusammen mit Vertreterinnen der rechtsextremen Gruppe Nemesis im Parlamentsgebäude posiert hatte. Er erinnerte daran, dass bei Wahlen häufig die rechtsextremen Flecken auf der bürgerlichen SVP-Westseite offensichtlich werden. Umfassende Medienbeachtung erhielt Maria Wegelin, SVP-Nationalratskandidatin aus Winterthur. Sie ließ sich die Medienarbeit ihrer Kampagne von Manuel Corchia und Tobias Lingg gestalten, den zwei bekanntesten Exponenten der »Jungen Tat«. Wegelin blockte vorerst alle Journalistenanfragen ab. Der Vorstand, dem sie ebenfalls angehörte, sah zuerst kein Problem: Die »Wahl der Medienpartner« sei »eine persönliche Sache« aller Kandidierenden. Ein paar Tage nach den Wahlen tritt die SVP-Rechtsaußen grollend zurück, sowohl als Stadtparlamentarierin wie als Sektionspräsidentin. Ein bekanntes Muster.

Wiedergewählt wurden auch zwei SVP-Männer, die am rechten Rand der Rechtsaußen-Partei politisieren: Andreas Glarner und Jean-Luc Addor. Der Aargauer Unternehmer Glarner, einst auch Mitglied der Bürgerbewegung »Pro Köln«, hat gegen zwei Medienschaffende Ehrverletzungsklagen angestrengt, einer hatte ihn als »rechtsextremen Nationalrat« bezeichnet, der andere als »Gaga-Rechtsextremist«. Glarner hat über Social Media zweimal zu Telefonaktionen gegen ihm politisch missliebige Frauen aufgerufen. Jean-Luc Addor aus dem französischsprachigen Teil des Wallis, ist vorbestraft wegen Rassendiskriminierung, begangen dadurch, dass er nach einem Mord in einer Moschee »mehr davon« verlangt hatte. Er war in den vergangenen Jahren mehrmals mit islamophoben Vorstößen aufgefallen und in früheren Jahren in Frankreich mehrmals bei rechtsextremen Veranstaltungen aufgetreten.

Fazit: Die nationalistischen Rechten sind im neuen Parlament stärker vertreten. Neben SVP und EDU holten zwei Kleinparteien Sitze, einerseits die Genfer Mouvement Citoyen Genevois (MCG), gegründet 2005 als Abspaltung von der SVP (2 Sitze), und die Lega dei Ticinesi (1 Sitz), aus dem italienischsprachigen Kanton Tessin, deren Gründung von der norditalienischen Lega Nord inspiriert wurde. Beide Parteien betreiben seit Jahren Kampagnen gegen »Grenzgänger«, in einem Nachbarland lebende Menschen, die täglich zur Arbeit in die Schweiz fahren und häufig in Niederlohn-Stellen lohnabhängig sind. Die Parlamentswahlen haben keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Regierung. Im siebenköpfigen Bundesrat sitzen weiterhin je zwei Mitglieder der SVP, der SPS und der FDP und ein Mitglied der Mitte.

Und zum Schluss noch dies: Nicht mehr zur Wahl stellte sich Roger Köppel, Chefredaktor und Verleger der »Weltwoche«, acht lange Jahre lang SVP-Nationalrat. Er werde »nicht fehlen«, analysierte zutreffend der Zürcher »Tagesanzeiger«, einst linksliberal, nun städtisch-rechtsbürgerlich. Köppel habe als Parlamentarier »keine Spuren hinterlassen«, sei durch häufige Absenzen und »bei physischer Präsenz mit mentaler Abwesenheit« aufgefallen. Und er habe »mit seiner ausgeprägten Putin-Nähe viel politisches Kapital« zerschlagen. Kampagnen für rechtsoffene Politik macht er weiterhin. In der zweiten Novemberhälfte organisierte er in Zürich einen Auftritt für Viktor Orbán. In einem Weltwoche-Kommentar lobte er den ungarischen Ministerpräsidenten als »Freiheitskämpfer«. Er hält ihn für einen »Fels in der Brandung gegen den Zeitgeist, Gralshüter eines vernünftigen Konservatismus in Europa«. Keine Buchstaben zur »illiberalen Republik«, kein Wörtchen zur Umgestaltung des ungarischen Wahlsystems, keine Worte zum Aufbau eines Fidezs-treuen Mediensystems, kein Satz zur Günstlingswirtschaft eines Autokraten. Beim Auftritt Orbans saß auch Christoph Blocher in der ersten Reihe. Der Milliardär hat seit Mitte der 1980er-Jahre aus der einst rechtsbürgerlichen Partei von Bauern- und Gewerbevertretern eine kampagnenstarke Rechtsaußen-Partei gemacht, deren Kampagnen-Plakate mehrmals von rechtsextremen Parteien aufgenommen wurden, zum Beispiel von der Nationaldemokratischen Partei Deutschland NPD.

Im Gespräch

*Len Schmid, B.A. Sozialarbeit, M.A. angewandte Sexualwissenschaft, ist Projektmitarbeiter*in bei der Fachstelle mobirex im Demokratiezentrum Baden-Württemberg und arbeitet seit Mai 2021 zum Themenschwerpunkt Antifeminismus und daran angrenzende Verschwörungsideologien.*

mit Len Schmid (Fachstelle mobirex) über Antifeminismus

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Antifeminismus zu definieren. Was fassen Sie unter diesem Begriff zusammen?

Ich orientiere mich an der Definition des Positionspapiers des Netzwerks feministische Perspektiven und Intervention gegen die (extreme) Rechte (FemPi). Darin wird Antifeminismus als Ideologie definiert, die sich gegen Gleichstellungserfolge und -bestrebungen richtet. Antifeminismus basiert auf der Annahme, dass es eine vermeintlich natürliche oder gottgegebene Geschlechterordnung gibt, die auf Zweigeschlechtlichkeit beruht. Dabei baut Antifeminismus auf Sexismus auf und ist eng verwoben mit Queerfeindlichkeit und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Durch Antifeminismus wird versucht, patriarchale Strukturen aufrechtzuerhalten.

In der Begriffsdefinition, aber auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung hat sich in den letzten Jahren viel getan. Könnten Sie uns einen kurzen Abriss über die Entwicklung geben?

Das Spannende ist, dass bereits 1902 die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm in ihrem Werk »Die Antifeministen« den Begriff prägte. Dieser richtete sich damals schon gegen Gleichstellungsbestrebungen und -erfolge. Seitdem hat sich viel verändert, natürlich auch feministische Forderungen. Die Soziologin Rebekka Blum zum Beispiel forscht zum Begriff und der Geschichte des deutschen Antifeminismus. Sie hat eine genaue Definition des Begriffs der Gegenwart entwickelt. Das ist wichtig, denn heutzutage wird immer mehr unter »Antifeminismus« zusammengefasst, was dazu führt, dass er mit dem Begriff »Sexismus« vermischt wird. Was mir auffällt ist aber, dass Antifeminismus inzwischen ernster genommen wird. Das hat in meinen Augen aber auch damit zu tun, dass Antifeminismus in der Vergangenheit Mitmotiv rechtsterroristischer Anschläge war.

Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Mir ist wichtig zu betonen, dass bereits seit Jahrzehnten Journalist*innen, Aktivist*innen und Forscher*innen auf die Bedeutung des Themas hingewiesen haben. Ich beobachte, dass die Sensibilisierung in der Gesellschaft in den letzten Jahren vorangeschritten ist.

Hat sich in diesem Zusammenhang auch etwas im Feminismus verändert?

Es gibt nicht den einen Feminismus, sondern eine Vielzahl feministischer Strömungen und Bewegungen, die einem stetigen Wandel unterliegen. Es braucht in meinen Augen auch keine Definition für Feminismus, um Antifeminismus zu begreifen. Antifeminismus ist nicht die Reaktion auf Feminismus, sondern eine Art Werkzeug, das dazu dient, patriarchale Strukturen aufrecht zu erhalten. Auch ohne feministische Bestrebungen wäre Antifeminismus als Ideologie erfolgreich. Trotzdem ist es so, dass sich antifeministische Mobilisierungen an aktuellen gleichstellungspolitischen Forderungen oder Errungenschaften orientieren.

Sie arbeiten bei der Fachstelle mobirex im Bereich Antifeminismus. Wer wendet sich an mobirex und mit welchen Fragen?

Das sind ganz verschiedene gesellschaftliche Akteur*innen, von Sozialarbeiter*innen, Beratungsstellen, Betroffene bis hin zu Journalist*innen. Meine Aufgabe ist, für das Thema zu sensibilisieren, Informationen an Interessierte, aber auch an potenziell Betroffene weiterzugeben und ein Monitoring antifeministischer Vorfälle und Entwicklungen durchzuführen. Für die Sensibilisierung für das Thema Antifeminismus sind Bildungsveranstaltungen sehr wichtig. Um Entwicklungen und Tendenzen besser einschätzen zu können, dokumentieren wir im Rahmen unseres Monitorings antifeministische Vorfälle. Uns können auch antifeministische Vorfälle in Baden-Württemberg gemeldet werden. Ich gebe aber zum Beispiel auch Hilfestellungen zum Thema Veranstaltungssicherheit, also welche Handlungskonzepte gibt es für Veranstalter*innen, mit antifeministischen Störungen umzugehen.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung hat im Februar dieses Jahres eine Online-Meldestelle eingerichtet. Es gab hierzu nicht nur Lob, sondern auch Kritik. Von einer Plattform, auf der »angeschwärzt« werden kann, oder einer »Infrastruktur des Spitzelns« war zum Beispiel zu lesen. Wie ordnen Sie diese Gegenstimmen ein?

Dieses Beispiel zeigt, wie Antifeminismus funktioniert: Das Internet spielt nach wie vor eine wichtige Rolle für antifeministische Mobilisierungen. So wurden in gezielten Kampagnen Gegenstimmen erzeugt. Diese Mobilisierung aus verschiedenen antifeministischen Strömungen im Netz gegen die Meldestelle Antifeminismus zeigt, wie wichtig die Meldestelle ist.

Die AfD hat erschreckend hohe Zustimmungswerte bei den Umfragen. Antifeminismusforschung, aber auch Beratungsstellen und Fachstellen wie mobirex sind auch von öffentlichen Geldern abhängig. Wenn wir schwarzmalen würden, wie würde sich mit einer Regierungsbeteiligung der AfD, auf welcher Ebene auch immer, Ihre Arbeit verändern?

In den familienpolitischen Leitlinien der AfD vom Oktober 2020 finden sich neben verschiedenen Forderungen, die ich in weiten Teilen als antifeministisch einstufen würde, auch das Vorhaben, Mittel des Bundesprogramms »Demokratie leben!« zu kürzen oder gar zu streichen. Das würde bedeuten, dass Stellen wie mobirex nicht mehr auf diese Art existieren könnten. Die politische Bildung trägt einen wesentlichen Teil zur Demokratiebildung bei. Sie wäre in der Form, in der wir sie kennen, nicht mehr möglich.

Wie wichtig ist eine Sensibilisierung für Sprache im Zusammenhang mit Antifeminismus?

Einerseits gibt es eine Art Revival gegen geschlechtergerechte Sprache beziehungsweise das sogenannte »Gendern«. Es wird wieder von einem angeblichen Genderwahn gesprochen und versucht oder sogar durchgesetzt, geschlechtergerechte Sprache an bestimmten Orten zu verbieten. Andererseits beobachte ich, dass viele Dinge innerhalb antifeministischer Strukturen wieder sagbarer geworden sind. Ich nehme das unter anderem bei antifeministischen Verschwörungserzählungen wahr, die eng mit Antisemitismus verwoben sind.

Gleichstellung passt für rechte Strömungen, Bewegung und Parteien nicht ins Weltbild. Wieso widerspricht es ihren Vorstellungen von einer Gesellschaft?

Antifeministische und/oder rechte Akteur*innen haben ein Weltbild, was sich auf eine von Gott gegebene oder natürliche Geschlechterordnung und Familienplanung bezieht. Da wird von einer vermeintlich natürlichen Ungleichwertigkeit zwischen cis Männern und cis Frauen gesprochen. Da sich Antifeminismus gegen Gleichstellungsbestrebungen und Modernisierung richtet, ist Antifeminismus auch immer eine anti-moderne Ideologie.

Haben Sie Beispiele, wie Kampagnen von rechter Seite aussehen? Mit welcher Art von »Angstbildern« wird da gearbeitet?

Antifeminismus arbeitet viel mit Feindbildern und Emotionen. Exemplarisch dafür sind die vergangenen Mobilisierungen gegen die Drag-Lesungen in München oder Wien. Da haben sich verschiedene antifeministische und rechte Akteur*innen zusammengetan, um dagegen Stimmung zu machen.

Es wurden Memes geteilt, auf denen queere Menschen als verkleidete Wölfe dargestellt werden, die nach den Kindern greifen würden. Es wird also eine Gefahr, eine böse Absicht und eine geheime Agenda unterstellt, um – und das ist bei antifeministischen Kampagnen häufig sichtbar – den Kindern auf welche Art auch immer zu schaden. Die Erzählungen diesbezüglich sind vielseitig. Imke Schmincke spricht in diesem Kontext vom »Chiffre Kind«, einer Möglichkeit, Debatten emotionalisiert zu führen, da man ein unschuldiges, schützenswertes Kind, das von verschiedenen Stellen bedroht wird, in den Fokus der Debatte rückt. Das funktioniert in meiner Wahrnehmung unter anderem derzeit besonders gut, da das auch eine Rhetorik ist, die Pandemielegner*innen während ihren Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie genutzt haben.

Ein beliebtes Meme, was sich auf rechtskonservativen bis rechtsextremen Plattformen findet, zeigt Mutter, Vater und zwei Kinder, wie sie unter einem Schirm stehen. Es regnet regenbogenfarben und die Eltern, ein heterosexuelles Paar, beschützen durch den Regenschirm die Kinder davor. Die Angstbilder, mit denen aktuell gearbeitet wird, sind massiv queer- und transfeindlich. Hier beobachte ich eine Art Neuauflage der Erzählungen und Angstbilder, die wir bereits von der Demo für alle kennen.

Antifeminismus und Rechtsextremismus – geht das immer Hand in Hand?

Es finden sich immer antifeministische Ideologiefragmente innerhalb der extremen Rechten, genauso ist Antifeminismus auf der Einstellungsebene in der Gesellschaft weit verbreitet. Deshalb spricht die Soziologin Rebekka Blum von einer Türöffnerideologie. Nicht alle antifeministischen Strukturen sind extrem rechts. Aber es finden sich häufig Bezüge zu extrem rechten Akteur*innen bei entsprechenden Veranstaltungen. Ein Beispiel hierfür liefert die Anti-Abtreibungs-Demo »Marsch für das Leben« in Berlin im September, wo ein Teilnehmer zwei Journalist*innen das sogenannte White-Power-Zeichen in die Kamera gezeigt hat.

Rezension

Mark Gevisser: Die pinke Linie.

Weltweite Kämpfe um sexuelle Selbstbestimmung und Geschlechtsidentität.

Aus dem Englischen von Helmut Dierlamm und Heike Schlatterer, Berlin (Suhrkamp) 2021 (656 Seiten); jetzt auch in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/508997/die-pinke-linie/>

Rezensiert von Gebhard Schultz, wissenschaftl. Mitarbeiter der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus



In ihrem Buch »Die Selbstgerechten« schreibt Sahra Wagenknecht: »Die Identitätspolitik läuft darauf hinaus, das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein.«¹ In einem Interview mit dem Deutschlandfunk äußert Wagenknecht, sie wisse »zum Beispiel gar nicht, wie viele Geschlechter es jetzt angeblich geben soll«. Jeder könne »sich sein Geschlecht irgendwie definieren«². Diese und ähnliche Sätze wurden vielfach – gerade auch aus der Partei DIE LINKE – kritisiert. Wagenknecht fühlt sich zu Unrecht angegriffen. Die Zitate seien aus dem Zusammenhang gerissen. Mag sein, doch der Tonfall wirkt abwertend, manchmal geradezu gehässig und die ständige Wiederholung kalt kalkuliert. Es ist anzunehmen, dass derartige Aussagen in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen. Das ist teilweise sogar verständlich, denn viele haben sich mit dem Thema nie weiter beschäftigt; nur sehr wenige haben zum Beispiel engeren Umgang mit trans Personen in der Familie oder im Freundeskreis. Unwissenheit und fehlende Erfahrungen führen zu Verunsicherungen, Berührungängsten und manchmal auch zur Ablehnung – nicht immer ist hier der Begriff Transphobie angebracht.³

Der südafrikanische Journalist Mark Gevisser (unter anderem Autor des Guardian und der New York Times) gibt in seinem 2020 auf Englisch erschienenen Buch einen Überblick über den globalen Kampf um sexuelle Selbstbestimmung und Geschlechtsidentität. Das Buch, das 2021 auch in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, ist außerordentlich gut zu lesen und besonders auch für Leserinnen und Leser geeignet, die sich mit der Thematik nicht auskennen, vielleicht sogar Vorbehalte haben. Mark Gevisser nimmt uns mit auf eine Weltreise durch die queeren Communities. Er erzählt einfühlsam die persönlichen Geschichten von queeren Menschen in Afrika, Indien, Holland, Russland, Mexiko, Kanada, den USA und weiteren Ländern. Von »Tamtam in den höheren Rängen«⁴ kann dabei nicht die Rede sein: Die meisten Menschen, die wir in diesem Buch kennenlernen, leben in materiell bescheidenen Verhältnissen.

Gevisser nimmt sich viel Zeit für seine Interviewpartner, begleitet sie über längere Zeiträume. Gleich mehrere seiner Protagonisten müssen ihr Heimatland wegen Diskriminierungserfahrungen verlassen. In Kampala (Uganda) trifft Gevisser den Schüler Michael Bashaija. »Ich sage dir, Mark, meine Probleme begannen mit der Liebe«, äußert der 18-Jährige zu Beginn des Interviews. Wegen einer Beziehung zu einem Klassenkameraden wurde er von seiner Familie verstoßen. Später flieht er nach Nairobi (Kenia), dann nach Vancouver (Kanada). Doch auch dort hat er Probleme wegen seines (wie er selbst formuliert) »mädchenhaften« Auftretens; ein Pfarrer versucht, ihn von seiner Homosexualität zu »heilen«.

Mark Gevisser arbeitet mit dem Begriff der »pinken Linie«. Auf der einen Seite dieser Linie werden queere Menschen akzeptiert und können ihr Leben angstfrei leben. Auf der anderen Seite der Linie müssen sie vorsichtig sein. Hier bestehen Vorbehalte gegenüber queeren Lebensweisen und offenes Auftreten ist riskant, bisweilen sogar lebensgefährlich. Es kann sich um eine Ländergrenze handeln, die den Unterschied ausmacht: In einem Land werden LGBTIQ-Rechte anerkannt, in dem anderen droht die Todesstrafe. Manchmal geht es aber auch um den Unterschied zwischen Innenstadt und Vorstadt: Am Arbeitsplatz und in der Disco ist alles okay, aber zu Hause darf die Familie nichts erfahren. Die pinke Linie kann auch »zwischen der Vergangenheit und einer potenziellen Zukunft« verlaufen. Es handele sich um »kein besonders strenges Konzept«, erläutert Gevisser im Interview mit dem SPIEGEL: »Die pinke Linie ist elastisch, sie verläuft im Zickzack.«⁵

1 Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt am Main 2021, S. 102.

2 Sahra Wagenknecht im Gespräch mit Philipp May, 14.04.2021: <https://www.deutschlandfunk.de/wagenknecht-linke-zur-debatte-um-identitaetspolitik-100.html/> eingesehen am 21. September 2023.

3 Paula Busch: Warum Unwissenheit keine Transphobie ist. Transformatives Lernen und Allyship für alle, in: Till Randolph Amelung (Hrsg.): Irrwege. Analysen aktueller queerer Politik, Berlin 2020, S. 169–187.

4 Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 109.

5 Interview von Enrico Ippolito mit Mark Gevisser, 16.05.2021: <https://www.spiegel.de/familie/lgbt-rechte-es-muessen-neue-suendenboecke-gefunden-werden-a-091d0726-e5e7-475b-ba0c-65ee63cc72f3/> / eingesehen am 21. September 2023.

Während zunächst hauptsächlich um sexuelle Selbstbestimmung (jenseits der Heterosexualität) gekämpft wurde, rücken in den letzten Jahren zunehmend die Geschlechtsidentitäten (inter- und transsexuelle, auch genderfluide Identitäten) ins Blickfeld. Auf beiden Feldern sind teilweise beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Vor allem finden Betroffene zunehmend den Mut, sich zu organisieren und ihre Interessen öffentlich zu vertreten.

Doch andererseits macht gerade diese neue Sichtbarkeit die queeren Communities angreifbarer und führt zu Gegenreaktionen. Die von evangelikalen und katholischen Akteuren sowie von Rechtspopulisten geführten Kampagnen gegen die »Genderideologie« haben in einigen Ländern verheerende Folgen für die Betroffenen. Besonders dramatisch ist die Situation in Regionen, in denen traditionell ein »drittes Geschlecht« akzeptiert wird. Hier führen die »neuen globalen Kulturkriege« (Gevisser) nun dazu, dass bislang anerkannte Geschlechtsidentitäten plötzlich inakzeptabel werden. Im Buch wird eine trans Frau aus Indonesien zitiert, die erstmals in ihrem Dorf bedroht wurde: »Kinder fuhren an mir vorbei, zeigten mit dem Finger auf mich und riefen ‚LGBT! LGBT!‘ Ich hatte keine Ahnung, was sie meinten. Sie hatten das irgendwo in den Medien aufgeschnappt und von der Regierung eine klare Botschaft vermittelt bekommen: Ich war jemand, den sie hassen durften.«

Dabei wird in Gevisser's Buch auch immer wieder deutlich, dass Vorurteile überwindbar sind. Gerade enge Kontakte im persönlichen Umfeld führen oft zu unkomplizierten, gelassenen Reaktionen und letztlich auch zur Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Identitäten.

Und bevor ich es vergesse: Auch Sahra Wagenknecht's Frage nach der Zahl der Geschlechter wird in diesem Buch beantwortet. Ein junger Interviewpartner Gevisser's meint dazu: »Es gibt so viele Geschlechter auf der Welt wie Menschen auf diesem Planeten, also etwa sieben Milliarden, weil keine zwei Menschen Männlichkeit oder Weiblichkeit auf dieselbe Art erfahren. Wir sind alle unser eigenes Selbst.«

Ein großartiges Buch!

Chronik

Juli

Sachsen:

Sommerfest in Riesa

Auf dem Gelände der Deutsche Stimme (DS) Verlagsgesellschaft im sächsischen Riesa fand am 1. Juli das diesjährige Sommerfest statt, das die DS zusammen mit der kürzlich in Die Heimat umbenannten rechtsextremen NPD organisierte. Die Veranstaltung gilt als Vernetzungstreffen der rechtsextremen Szene. Vor Ort waren 150 Teilnehmer, darunter auch Aktivisten der Freien Sachsen. Einer der Redner war Stefan Hartung, Mitglied im Landesvorstand der Heimat Sachsen und zugleich stellvertretender Vorsitzender der Freien Sachsen. Hartung, so die DS, »konnte sich kommunalpolitisch im Erzgebirge einen hervorragenden Stand erobern, seine Mobilisierungsfähigkeit bei Protesten gegen die mittlerweile auch in Sachsen voranschreitende Überfremdung ist legendär – man denke nur an die ‚Lichtelläufe‘, mit denen Hartung und seine Mitstreiter schon vor zehn Jahren den Widerstand gegen Asylbetrug erfolgreich organisierten – noch bevor Pegida oder AfD die politische Bühne betraten.« Ab 2013 hat Hartung mehrfach martialische Fackel-Aufmärsche (sogenannte »Lichtelläufe«) in Schneeberg (Erzgebirgskreis) organisiert, mit denen Stimmung gegen Flüchtlinge in der Region gemacht wurde. Zu Höchstzeiten liefen 1.800 Erzgebirger bei diesen Aufmärschen mit. Weiter war in der DS zu lesen: »Alle waren sich einig, dass die Vernetzung der heimattreuen Kräfte weiter voranschreiten muss, wenn es gelingen soll, dem Rad des Schicksals nochmal in die Speichen zu greifen und den Ausverkauf unseres Landes und die geplante Umvolkung zu verhindern.« Geschäftsführer des DS-Verlages ist Peter Schreiber, vormals Bundesvorstandsmitglied der Republikanischen Jugend (REP-Jugendorganisation).

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Peter Schreiber: Sommer, Sonne, Deutsche Stimme, in: DS, Juli / August 2023, S. 7

Bundesweit:

Angriffe auf Medienschaffende

2022 zählte die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen deutschlandweit mindestens 103 Angriffe auf Medienschaffende. So viele wie nie seit Beginn der Zählungen.

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/Woche-der-Pressefreiheit-Angriffe-auf-Journalisten-im-Norden-,pressefreiheit440.html> / eingesehen am 11. September 2023

Tschechien:

Reichsbürger sind Legitime Gläubiger

Unter der Bezeichnung »Legitime Gläubiger der Tschechischen Republik« existiert auch in Tschechien eine Reichsbürger-Szene. Diese sind überzeugt, dass die heutige Tschechische Republik, die vor dreißig Jahren nach der Auflösung der Tschechoslowakei entstand, illegitim sei, da das Ende der Tschechoslowakei nicht von den Bürgern in einer Volksabstimmung entschieden wurde, sondern lediglich von Politikern. Bekanntes Gesicht dieser Bewegung ist die Influencerin Jana Peterková. Peterková wurde vom Prager Stadtgericht Ende Mai zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Die ehemalige Reporterin von TV Nova hatte während der Pandemie verschwörungstheoretische Inhalte verbreitet: Demnach würden Nato-Truppen während der Pandemie die Tschechische Republik besetzen und die Soldaten würden jeden erschießen, der sich weigere, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen. Dutzende ihrer Anhänger stürmten während der Verhandlung den Gerichtssaal.

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/tschechien-covid-verschwörungstheoretikerin-verurteilt/> / eingesehen am 2. Juni 2023

<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/reichsbuerger-tschechien-tschechoslowakei-100.html> / eingesehen am 27. Juli 2023

Österreich / Bundesrepublik:

Ex-Verfassungsschutzpräsident auf Abwegen I

Hans-Georg Maaßen, von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und 2021 CDU-Bundestagskandidat in Thüringen, hielt auf Einladung der extrem rechten österreichischen Think Tanks, der Freiheitlichen Akademie und des Freiheitlichen Bildungsinstituts, einen Vortrag in Wien. Das Thema lautete »Wie gefährdet ist die freiheitliche Demokratie in Deutschland?« Die Freiheitliche Akademie und das Freiheitliche Bildungsinstitut sind Vorfeldorganisationen der extrem rechten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).

In Zur Zeit (ZZ), einer österreichischen Wochenzeitung mit deutschnationaler Ausrichtung, die vom ehemaligen EU-Parlamentarier und FPÖ-Funktionär Andreas Mölzer und dem FPÖ-Bezirkspolitiker Walter Seledec herausgegeben wird, wurde über den Auftritt von Maaßen berichtet.

Demnach arbeitete Maaßen »sehr anschaulich« heraus, »dass die BRD 2023 unter der Ampel-Koalition unter Scholz, Habeck, Baerbock gegenüber der bürgerlichen Opposition und da im Speziellen gegenüber der AfD immer intoleranter werde und sich in ihren Methoden der Ausgrenzung und Bekämpfung des politischen Mitbewerbers denen der ‚DDR‘ annähere.« In Bezug auf die Frage nach der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland beschrieb Maaßen das laut ZZ so: »Die BRD sei nichts anderes als ein großer, schwerer Flugzeugträger der USA mit Deutschen als Indigenen an Bord.« Eigenangaben zufolge erscheint ZZ in einer durchschnittlichen Auflage von je 11.000 Stück 42 Mal pro Jahr mit Beiträgen von ca. 30 Autoren pro Ausgabe. Tagesaktuelle Beiträge veröffentlicht das Online-Portal Zur Zeit Aktuell (zurzeit.at). Die Blattlinie definiert ZZ als »loyal dem nationalliberalen, wertkonservativen und patriotisch gesinnten Lager in Österreich«.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Leserbrief von Helwig Leibinger (Wien), in: Zur Zeit, 27-28/2023, S. 58

Hessen / Bundesweit:
Onlineversion einer Wanderausstellung zu Fritz Bauer

Im Juli wurde die Onlineversion einer Wanderausstellung zu dem Juristen Fritz Bauer veröffentlicht. Die Ausstellung wurde bereits 2014 vom Fritz Bauer Institut in Kooperation mit dem Jüdischen Museum Frankfurt erarbeitet. Bauer, der als hessischer Generalstaatsanwalt den Frankfurter Auschwitz-Prozess auf den Weg brachte und entscheidende Hinweise zur Ergreifung von Adolf Eichmann gab, hat bundesrepublikanische Geschichte geschrieben. Er zählt zu den wichtigsten Wegbereitern der systematischen Strafverfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland. Bauer gehörte zu den bedeutendsten jüdischen Remigranten nach 1945. Sein Leben spiegelt das Gewaltgeschehen des 20. Jahrhunderts wider: Sowohl während der Weimarer Republik als auch in der NS-Zeit und schließlich in der Bundesrepublik war er antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt. Trotz seiner Vertreibung ins Exil nach Skandinavien während der NS-Diktatur glaubte er, zumal als Sozialdemokrat, jedoch fest an den Fortschritt. Als Generalstaatsanwalt revolutionierte Fritz Bauer nach seiner Rückkehr das überkommene Bild dieses Amtes, das noch ganz auf die Gehorsamspflicht der Bürger gegenüber dem Staat ausgerichtet war. Er widmete sich mit Nachdruck der Rekonstruktion des Rechtssystems in der Bundesrepublik Deutschland und der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechern. Sein Leitgedanke war der Artikel 1 des Grundgesetzes, den er in Braunschweig und später auch in Frankfurt am Main an die Justizgebäude anbringen ließ: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«. Die Ausstellung wurde im Frühjahr 2022 ein letztes Mal im Justizpalast in Wien gezeigt und im Anschluss aufgelöst.

<https://fritz-bauer-der-staatsanwalt.de/> / eingesehen am 30. Juli 2023

Bundesweit:
Antisemitische Straftaten im ersten Halbjahr

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im ersten Halbjahr 2023 bereits 960 antisemitische Straftaten registriert, darunter 25 Gewaltdelikte. Der Großteil der Straftaten im zweiten Quartal 2023 werden der politisch motivierten Kriminalität »rechts« zugeordnet. Demnach entfallen 380 der 446 gemeldeten Taten auf diesen Phänomenbereich. Unter den Delikten dominiert die Volksverhetzung, zudem wurden gefährliche Körperverletzung, Raub, Sachbeschädigung und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemeldet.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/darunter-25-gewaltdelikte-bisher-mindestens-960-antisemitische-straftaten-in-diesem-jahr-in-deutschland-10282264.html> / eingesehen am 8. August 2023

Österreich:
Mehr rechtsextreme Straftaten im ersten Halbjahr

Die Zahl der rechtsextremen Straftaten ist in Österreich im ersten Halbjahr 2023 wieder gestiegen. Laut Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) wurden 386 Tathandlungen mit rechtsextremem Hintergrund verzeichnet (Vergleichszeitrahmen 2022: 322 rechtsextreme Straftaten). Die Mehrzahl der Straftaten fand im öffentlichen Raum und nicht im Internet statt: Nur rund 80 der 386 Straftaten wurden online begangen.

<https://www.diepresse.com/14828970/20-prozent-mehr-rechtsextreme-straftaten-im-1-halbjahr-2023/> / eingesehen am 9. September 2023

Österreich / Italien:
**Rechtsklerikaler Italiener
 ausgezeichnet**

Im Juli wurde bekannt, dass der italienische Politiker, ehemalige Berlusconi-Minister und Rechtsphilosoph Rocco Buttiglione für das »standhafte Festhalten an seiner christlichen Überzeugung« am 23. Juni 2023 im Zisterzienser-Stift Heiligenkreuz bei Wien mit dem erstmals 2018 vergebenen Thomas-Morus-Preis des Alten Ordens vom St. Georg (AOvStG) ausgezeichnet wurde. Ausgewählt wurde Buttiglione von einer Jury unter Vorsitz von Prinz Gundakar von und zu Liechtenstein. In seiner Dankesrede führte Buttiglione aus, dass er in der heutigen europäischen Politik eine Dominanz einer »herrschenden Klasse« erkannt haben will, »die sich vom Volk getrennt habe und vorrangig eigenen Interessen diene statt jenen des Volkes. Dies sei jedoch das Ende der demokratischen Politik«, berichtete die Zeitschrift Cato über die Rede von Buttiglione. Wörtlich sagte Buttiglione: »Die Völker Europas vertrauen insbesondere nicht der Bürokratie in Brüssel. Es gibt eine Kluft zwischen den Eliten und dem Volk.« 2004 wurde Buttiglione wegen umstrittener Äußerungen über Homosexuelle und Frauen als designierter EU-Kommissar für Inneres und Justiz verhindert. Der Politiker hatte in einer EU-Ausschuss-Sitzung Homosexualität als Sünde bezeichnet. Der aus der Unionsfraktion wegen einer als antisemitisch eingestuften Rede ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, später AfD-Bundestagsabgeordneter, veröffentlichte nach der Ablehnung von Buttiglione eine Presseerklärung. Darin wandte er sich gegen die Nicht-Berufung des Kandidaten Rocco Buttiglione für das Amt eines EU-Kommissars im Parlament.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gundula Walterskirchen: Christ, Philosoph, Politiker, in: Cato, 5/2023, S. 25-27

Peter Stolberg: Aufbruch der Erneuerung Europas gefordert. Thomas-Morus-Preis für Rocco Buttiglione, in: Zur Zeit, 29-30/2023, S. 52f

Sachsen-Anhalt:
Erster AfD-Bürgermeister

Es ist ihr zweiter kommunalpolitischer Triumph in kurzer Zeit: Nach dem Sieg bei der Landratswahl im südhüringischen Sonneberg, der AfD-Kandidat Robert Sesselmann hatte bei der Stichwahl um den Landratsposten am 25. Juni 52,8 Prozent der Stimmen erhalten, stellt die AfD künftig den Bürgermeister in Raguhn-Jeßnitz (Landkreis Anhalt-Bitterfeld). Der AfD-Landtagsabgeordnete Hannes Loth hat sich am 2. Juli im zweiten Wahldurchgang gegen den parteilosen Kandidaten Nils Naumann durchgesetzt. 51,13 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für Loth. Loth ist damit der erste gewählte hauptamtliche AfD-Bürgermeister Deutschlands. In Thüringen und Brandenburg waren ebenfalls bereits AfD-Bürgermeister gewählt worden; allerdings handelt es sich hier nicht um hauptamtliche Tätigkeiten.

Ein »historischer Erfolg, der uns alle mit Stolz erfüllt«, kommentierte der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt die Wahl von Loth. AfD-Bundessprecherin Alice Weidel twitterte: »Wir sind Bürgermeister ... Herzlichen Glückwunsch an Hannes Loth, den ersten AfD-Bürgermeister Deutschlands!« Und Co-Parteichef Tino Chrupalla schrieb: »Neue Normalität: Wir sind Volkspartei. Schritt für Schritt führen wir die Wende zum Guten herbei und verwirklichen unsere Politik für die Interessen der Bürger. Wir streichen Deutschland im Blau der Hoffnung an!« Die Wahlbeteiligung betrug den Angaben zufolge 61,51 Prozent.

Loth gehört seit 2016 dem Landtag an. Eigenen Angaben zufolge ist Loth seit 2016 Stadtrat in Raguhn-Jeßnitz und seit 2019 Mitglied des Kreistags Anhalt-Bitterfeld. In der Bundesrepublik gibt es ca. 200.000 kommunale Mandatsträger. Zur Erinnerung: Der Aufstieg der NSDAP begann nicht in Berlin, sondern in Thüringer Kommunalparlamenten.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/sachsenanhalt/stichwahl-in-raguhn-jessnitz-100.html> / eingesehen am 3. Juli 2023

<https://afd-lsa.de/aktuelles/2023/07/herzlichen-glueckwunsch-an-hannes-loth-historischer-wahlerfolg/> / eingesehen am 3. Juli 2023

<https://zuerst.de/2023/07/03/der-naechste-paukenschlag-afd-erobert-erstes-buergermeisteramt/> / eingesehen am 3. Juli 2023

USA / Bundesrepublik:
**Orakel vom »Bevölkerungs-
 austausch«**

In den USA gibt es eine »politische Klasse«, »die geradezu davon besessen ist, die historische amerikanische Nation demografisch durch Ausländer zu ersetzen, und diese möchte natürlich, dass dieser Migrationsstrom anhält«, so der US-Amerikaner und Waffenlobbyist José Niño (Texas) im Interview mit der Sommerausgabe der Deutschen Stimme (DS). Die 1976 gegründete DS, Sprachrohr der von NPD in Die Heimat umbenannten rechtsextremen Partei, will in »einer Zeit, in der die etablierten Massenmedien Politik gegen das eigene Volk betreiben«, eine Stimme sein, »die das nationale Interesse in den Vordergrund stellt«.

Interview mit José Niño, in: Deutsche Stimme, Juli / August 2023, S. 24-27; hier: S. 26

<https://deutsche-stimme.de/> / eingesehen am 10. Dezember 2023

Bundesweit:
20. Todestag von Armin Mohler

»Als Erneuerer konservativ-rechter Ideenbestände gilt er als zentraler Vordenker der Neuen Rechten«, der noch heute ein »geistiges Ausstrahlungsphänomen« sei. Sein »fulminantes Gesamtwerk« sei ein »geistiger Steinbruch für alle, die noch an die deutsche Nation glauben und an ihrer Neugeburt mitwirken wollen«, so die rechtsextreme Monatszeitung Deutsche Stimme in ihrem Beitrag »Leitfigur der rechten Nachkriegsintelligenz« über den am 4. Juli 2003 in München verstorbenen Armin Mohler.

Mohler wird in extrem rechten Kreisen seit Jahrzehnten als Gralsgestalt verehrt, da er schon Mitte der 1960er Jahre das Ende der Vergangenheitsbewältigung (»Schuldskult«), die die deutsche Nation nicht mehr »normal« werden lasse, forderte. Der Schweizer und Wahlheimatdeutsche Mohler gilt als »Patriarch der deutschen Rechten« (DER SPIEGEL), »der unablässig gegen Westbindung und Werteverlust, Schuldkomplex und sexuelle Revolution polemisierte« (Berliner Zeitung). Politisch stand bei Mohler der Kampf gegen den aus seiner Sicht von Liberalismus und Marxismus in der Tradition der Aufklärung herbeigeführten »Egalitarismus« und die Besinnung auf die Werte vor 1789 im Vordergrund. Ein Staatswesen, das von der »Annahme einer Gleichheit der Menschen ausgeht«, beruht nach den Axiomen konservativ-revolutionären Denkens auf einer »Täuschung«, so Mohler 1949 in seiner Dissertation »Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932«. Mohler glaubte, dass die »Konservativen Revolutionäre«, eine von ihm gewählte Sammelbezeichnung für die gesamte nicht-nationalsozialistische Rechte der Weimarer Republik, geeint werde durch eine gemeinsame Mentalität: den Kampf gegen die Dekadenz des liberalen Systems und die universalisierenden Tendenzen der Moderne, zu deren Ursachen er auch das Christentum zählte.

Mohler ist der »Spiritus Rector« der konservativ-revolutionären »Neuen Rechten«, die sich am antidemokratischen Jungkonservatismus der Weimarer Republik orientiert. Deren Ziel ist die Rückkehr zum absolut souveränen, das Gemeinwohl definierenden Machtstaat, in dem das Modell der wertelpluralistischen offenen Gesellschaft abgelöst ist, und zwar durch eine ethnisch-kulturell homogene, ständisch gegliederte Gemeinschaft »loyaler« Bürger, die in Form einer akklamatorischen »organischen Demokratie« die Interessen von »Volk« und »Reich« bereitwillig der Führung einer neo-aristokratischen Staatselite bzw. heroischen Führungsgestalt anvertrauen.

Der 1920 in Basel geborene Schweizer Mohler ging 1941 nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion illegal über die Schweizer Grenze in das »Deutsche Reich«, um als Freiwilliger der Waffen-SS für das Dritte Reich zu kämpfen, was ihm jedoch versagt blieb. 1943 kehrte Mohler in die Schweiz zurück, wo er zu einem Jahr Festung wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe verurteilt wurde. Nach seiner Promotion stand Mohler von 1949 bis 1953 als Sekretär Ernst Jünger in Ravensburg und Wilflingen zur Seite. Danach arbeitete er bis 1961 als Korrespondent diverser Zeitungen in Paris.

Als Geschäftsführer (1964–1984) der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München bot Mohler immer wieder rechtsextremen Referenten wie Hellmut Diwald und Bernard Willms ein Forum. 1967 wurde Mohler mit dem »Adenauer-Preis« der Deutschland-Stiftung ausgezeichnet. Politisch war er in den 1960er Jahren im Umkreis der CSU tätig. Sein Freund Marcel Hepp, Bruder von Robert Hepp, der in einen Prozess zur Holocaust-Leugnung verwickelt war, saß in diesen Jahren im Vorzimmer von Franz Josef Strauß. 1983 zählte Mohler (neben Hellmut Diwald, Bernard Willms und anderen) zu den Gründungsmitgliedern des »Deutschlandrates«. Der rechtsgewirkte Professorenzirkel gehörte zu den wichtigsten Thesengebern der Republikaner (REP) und forderte »die Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein«. In seinem Buch »Der Nasenring« stellte Mohler 1989 die industriell betriebenen Massentötungen in Gaskammern der Nazis in Frage. Falls diese nicht gewesen wären, so Mohler, wäre »das Ende der These von der Singularität der deutschen Verbrechen, die sich ja vor allem aus den Horror-Visionen von den Gaskammern nährt«, erreicht. Das Buch wurde über 10.000 Mal verkauft. In einem Interview legte Mohler 1995 ein offenes Bekenntnis zum Faschismus, bezogen auf den spanischen

Faschismus im Sinn von José Antonio Primo de Rivera, des Gründers der spanischen Falange, die Francos Diktatur stützte, und den italienischen Faschismus unter Benito Mussolini ab. Auf die Frage: »Bewundern Sie Hitler immer noch wie in ihren Jugendzeiten?« antwortete Mohler: »Was heisst bewundern? Er hat immerhin eine richtige Führung geschaffen. Die Kader, die er heranzog, hatten Stil.« Die Frage, ob er »die Massenmorde an den Juden für eine Erfindung« halte, mochte Mohler nicht offen beantworten: »Über das Thema mag ich nicht reden. Da steht man gleich mit einem Bein im Gefängnis, wenn man sich nicht an die offizielle Sprachregelung hält.«

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Moritz Altmann: Leitfigur der rechten Nachkriegsintelligenz. Vor 20 Jahren verstarb der schillernde Rechtsintellektuelle Armin Mohler, in: Deutsche Stimme, Juli / August 2023, S. 70f

Baden-Württemberg:
**AfD-Jugend-Treffen mit dem
»freundlichen Gesicht des NS«**

Am 15. Juli hat sich die baden-württembergische AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) in Stuttgart mit dem Dortmunder AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich getroffen. Nach der Bundestagswahl 2021 wollte die AfD Helferich nicht als Mitglied in ihrer Bundestagsfraktion haben. Der Grund: Der WDR hatte zuvor Auszüge aus Chats von 2016 bis 2017 veröffentlicht. Helferich bezeichnete sich darin als »das freundliche Gesicht des NS«. Ebenfalls im Juli war Helferich beim Sommerfestpodium des rechtsextremen Instituts für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) zu Gast.

https://www.zvw.de/stuttgart-region/treffen-in-stuttgart-afd-jugend-identit%C3%A4re-und-das-freundliche-gesicht-des-ns_arid-684781 / eingesehen am 20. Juli 2023

Baden-Württemberg / Bundesweit:
**Hasspostings gegen Landtagsab-
geordnete der Grünen**

Der Backnanger AfD-Politiker Daniel Lindenschmid hat mit einem Video eine Hasswelle gegen die grüne Landtagsabgeordnete Fadime Tuncer (Wahlkreis Weinheim) ausgelöst. Es folgten 5.000 überwiegend hasserfüllte Social-Media-Kommentare. Ausgangspunkt war eine Rede Tuncers, die sie am 20. Juli in der von der AfD beantragten Landtagsdebatte zum Thema »Sommer, Sonne, Schlägereien: Geht die innere Sicherheit baden?« hielt. Anlass dafür waren Freibadschlägereien im Frühsommer, unter anderem in Berlin und im badischen Mannheim. Aus der Rede schnitt der Landtagsabgeordnete Lindenschmid ein zwei Minuten kurzes Video zusammen, um sich über die Äußerungen der Grünen-Politikerin lustig zu machen. Lindenschmid zog Tuncer ins Lächerliche, versah das Video mit einem Clown-Smiley und unterlegte es mit cartoonartiger Musik. Versprecher der Grünen angesichts der tumultartigen Stimmung im Plenarsaal ließ er im Clip. Dazu kommentierte der Politiker: »Tuncer erklärt Freibadkriminalität.« Daraufhin kassierte die Grünen-Politikerin auf Facebook einen Shitstorm in Form von Beleidigungen bis hin zu Aufrufen zu Gewalt, etwa dem Kommentar »Sachsenhausen« (im ehemaligen KZ Sachsenhausen waren unter anderem politische Häftlinge inhaftiert). Ein Sascha Engel postete: »Dieses ekelregende etwas, sowas macht Politik.« Ein Günther K. schrieb: »Wer schützt die Deutschen vor dumme Politiker?« »Konsequent AfD wählen«, meint eine Mari B. »Soviel Scheisse vor ein Mikrofon« kommentiert ein Wolfgang R. »Die alte gehört doch weggesperrt« (alle Fehler in den Originalen), fordert ein Michael U. »Gute Besserung Fatima oder wie du heißt«, schreibt Andy G. (Die Namen der Hetzer und Hetzerinnen sind der RECHTS.GESCHEHEN-Redaktion bekannt.) Lindenschmid gehörte zeitweilig dem Landesvorstand der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative an. 2016 verkündete der JA-Jungpolitiker: »Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.« Lindenschmid ist Unterzeichner der »Erfurter Resolution«, die als Gründung des »Flügels« gilt. Der »Flügel« hatte sich 2015 um den Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke als völkisch-nationalistische und rechtsextreme Gruppierung innerhalb der Partei geformt.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://2023.schriese.de/aktuell/sinnentstellendes-video-sorgt-fuer-hasswelle-gegen-fadime-tuncer/> / eingesehen am 9. Januar 2023

https://www.facebook.com/lindenschmid/?locale=de_DE / eingesehen am 20. August 2023

Baden-Württemberg:
**Bericht des Landesbeauftragten
 gegen Antisemitismus**

Rund 380 antisemitisch motivierte Straftaten wurden in Baden-Württemberg zwischen den Jahren 2019 und 2022 verfolgt. Antisemitismus sei dabei »kein Problem der Ränder«, so Michael Blume, Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus. Die Ermittlungsverfahren aufgrund antisemitisch motivierter Straftaten haben in Baden-Württemberg stark zugenommen, so der zweite Tätigkeitsbericht von Blume. Die Anzahl der antisemitischen Straftaten war 84 Prozent höher als in Blumes erstem Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 2019. Im März 2018 berief das Land Baden-Württemberg – als erstes Bundesland überhaupt – mit Blume einen Antisemitismusbeauftragten. Ein Jahr später, im Juli 2019, legte dieser dem Landtag von Baden-Württemberg seinen ersten Bericht vor. »Herausragende Fälle« waren laut Blume seit 2019 unter anderem die antisemitischen Misshandlungen bei einer Studentenverbindungsfeier in Heidelberg im August 2020 oder der Brandanschlag auf die Ulmer Synagoge im Juni 2021. 2022 wurden im Land laut Bericht fünf antisemitische Gewaltdelikte erfasst (2019: zwei, 2020: vier, 2021: eine Gewalttat). Es sei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Das Internet spielt laut dem Bericht für die Verbreitung von antisemitischem Hass und Verschwörungsmysmen eine besondere Rolle: Nahezu die Hälfte aller antisemitischen Straftaten würden durch das »Tatmittel Internet« begangen.

Zur Mehrheit der erfassten Fälle zählen laut Blume Volksverhetzung, Beleidigungen, Sachbeschädigungen sowie die sogenannte Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, meistens das Tragen von Hakenkreuzen. Diese Straftaten würden weit überwiegend aus einer rechten Tatmotivation heraus begangen – Antisemitismus sei aber kein Problem der Ränder, sondern in der Mitte der Gesellschaft angekommen: in der Schule, am Arbeitsplatz, im Internet. Der Zweite Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus endet mit den Worten: »100 Jahre nach dem ersten Putschversuch der NSDAP zum 9. November 1923, 90 Jahre nach der Verhaftung des letzten, demokratischen, württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz am 19. Juni 1933, 60 Jahre nach Beginn der von Fritz Bauer angestoßenen sog. Auschwitz-Prozesse und acht Jahrzehnte nach den Menschheitsverbrechen des Holocaust ist Baden-Württemberg Teil einer sicheren, rechtsstaatlichen und wehrhaften Demokratie, die Angehörigen aller Weltreligionen und nichtreligiösen Weltanschauungen eine gute Zukunft in Freiheit und Vielfalt bietet. Die Medienrevolution der Digitalisierung sowie die Klima- und Wasserkrise als zentrale Herausforderungen einer globalen Polykrise fordern die Welt und damit auch uns sehr konkret heraus. Doch da in Baden-Württemberg demokratische Kräfte mit Anstand und Dialogbereitschaft gegen Hass und Hetze zusammenstehen, besteht aller Grund zu Hoffnung, ja Zuversicht. Dieses Mal wird unsere Demokratie nicht scheitern – dieses Mal nicht.«

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im ersten Halbjahr 2023 ca. 960 antisemitische Straftaten registriert, darunter 25 Gewaltdelikte. Der Großteil der Straftaten wird der politisch motivierten Kriminalität von rechts zugeordnet.

Zweiter Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 17 / 5086 vom 11. Juli 2023: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/5000/17_5086_D.pdf / eingesehen am 8. Januar 2024

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/straftaten-antisemitismus-bw-100.html> / eingesehen am 4. August 2023

<https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-08/antisemitismus-straftaten-960-bundeskriminalamt-gewalt> / eingesehen am 8. August 2023

Baden-Württemberg:
Martin Walser ist tot

Am 26. Juli starb der Schriftsteller Martin Walser in Überlingen am Bodensee. Mit Walser »verliert die deutsche Gegenwartsliteratur einen ihrer letzten großen Meister«, gab die rechtsextreme Monatszeitschrift Zuerst! kund. Zur Erinnerung: Am 11. Oktober 1998 bekam Walser den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Schlagwörter seiner Dankesrede in der Paulskirche waren Worte wie »Moralkeule«, »Monumentalisierung der Schande« und »vorgehaltene Moralpistole«. Im – seinerzeit noch in der Planung befindlichen – Mahnmal für die ermordeten Juden Europas sah Walser »die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Europaum«, die »Monumentalisierung der Schande«. Auschwitz bezeichnete Walser in diesem Kontext, einen rechtsextremen Terminus aufgreifend, als »Moralkeule«. In seiner Rede verstieß Walser, vor langer Zeit Sympathisant der DKP, »brüsk und sehenden Auges gegen ein bundesdeutsches Tabu«, lobt Zuerst! und konstatiert unumwunden: »Er machte kein Hehl daraus, daß ihm die Allgegenwart des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur gegen den Strich gehe.« In Auszügen wurde die Walser-Rede anlässlich seines Todes bei den Rechtsextremisten von compact-online nachgedruckt.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/meister-der-sprach-gewalt/?fbclid=IwARIYU_4fS2mnQu mff1zID2IidzUKmgB1W0gOv_UyCFPIDVAWtBPoO8r5QdA / eingesehen am 3. August 2023

Maximilian Riedl: *Jahrhundertautor*, in: *Zuerst!*, Oktober 2023, S.67f

https://www.compact-online.de/martin-walser-was-zu-seinem-tode-verschwiegen-wird/?mc_cid=84f1addc2b&mc_eid=204ddea91 / eingesehen am 3. August 2023

Baden-Württemberg / Bundesweit:
**Generalbundesanwalt, Bundes-
 und Landespolitiker bei Podium-
 diskussion in der Dokumentations-
 stelle Rechtsextremismus im
 Generallandesarchiv Karlsruhe**

Die rechtsextreme Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahren verändert. Klischeehaft auftretende Neonazis und Skinheads sind out, eine gewaltbereite »Mischszene« von Verschwörungstheoretikern, Rechtsextremisten, sogenannten Reichsbürgern, Corona-Leugnern und Querdenkern bestimmt das Geschehen. Gefahr droht von Reichsbürgern, die die Bundesrepublik und ihre demokratischen Strukturen nicht anerkennen und mit »militärischen Mitteln« den »Umsturz der Regierung« erzwingen wollen, sagte Peter Frank, Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (BGH). Deutschlands oberster Ankläger war der prominenteste Teilnehmer eines Podiumsgesprächs, das am 27. Juli den Abschluss der Vortragsreihe »Terror von Rechts. Gestern und Heute« der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) im Generallandesarchiv Karlsruhe bildete. Auf mehreren Veranstaltungen der DokRex hatten zuvor Referenten aus den Bereichen Journalismus und Wissenschaft aufgezeigt, dass rechtsextremer Terror eine viel längere Geschichte hat, als in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Schon in der Weimarer Republik hat der Rechtsterrorismus prominente Opfer wie die Politiker Walther Rathenau und Matthias Erzberger gefordert. Der folgenreichste Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik wurde 1980 durch einen baden-württembergischen Neonazi verübt. 13 Menschen verloren beim Anschlag auf das Oktoberfest auf der Münchner Theresienwiese ihr Leben.

Prof. Dr. Gerald Maier, Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg, erinnerte zu Beginn des Podiumsgesprächs daran, dass die rechtsextreme Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) 2007 auf der Heilbronner Theresienwiese eine Polizistin ermordete und deren Kollegen schwer verletzte.

Einig war sich die Runde darin, dass der Bundesrepublik Deutschland aktuell vom Rechtsextremismus die größte Gefahr droht, gegen die aktiv und präventiv vorgegangen werden muss. So wurde auf Anordnung der Generalbundesanwaltschaft im Dezember 2022 eine bundesweite Razzia gegen ein Netzwerk von Reichsbürgern durchgeführt. Tausende Polizistinnen und Polizisten waren im Einsatz. Das Verfahren gegen die Reichsbürger der mutmaßlich rechtsterroristischen Gruppe Reuß mit mehr als 60 Beschuldigten bindet in der Bundesanwaltschaft erhebliche Kräfte, so Frank.

Neben Frank waren aus Stuttgart Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags von Baden-Württemberg gekommen: Oliver Hildenbrand MdL (Grüne), Arnulf Freiherr von Eyb MdL (CDU), Dr. Boris Weirauch MdL (SPD) und Nico Weinmann MdL (FDP). Aus Berlin war Benjamin Strasser MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, angereist. Der Ravensburger FDP-Politiker informierte darüber, dass die Ampelkoalition eine Untersuchung zu extremistischen Einstellungen in Sicherheitsbehörden auf den Weg gebracht hat. Strasser betonte, dass er für seine Partei eine Zusammenarbeit mit der AfD auf allen politischen Ebene ablehne. Weitgehende Einigkeit herrschte bei den Politikern auf dem Podium, was die Rolle der AfD angeht. Die von den Podiumsteilnehmern in weiten Teilen als rechtsextrem charakterisierte Partei trage maßgeblich mit ihren Hassparolen zur Verrohung des gesellschaftlichen Klimas und somit zu steigender rechtsextremer Kriminalität bei. »Aus Worten folgen immer Taten«, mahnte Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann, Leiter des Generallandesarchivs. Zimmermann erinnerte daran, dass Städte wie Hoyerswerda, Hünxe, Mölln, Rostock, Solingen, Halle, Kassel und Hanau als Synonyme für rechtsextremen Terror und Gewalt stehen. Moderiert wurde die Veranstaltung der DokRex von der Journalistin Caroline Walter vom Norddeutschen Rundfunk. Walter gab der Podiumsrunde und den Zuhörenden auf den Weg, dass Politik konsequent gegen Demokratiefeinde handeln müsse. Auch sei die Zivilgesellschaft gefragt, klar Haltung zu beziehen und Äußerungen und Handlungen gegen unsere gemeinsamen Werte nicht unwidersprochen zu lassen.

Eigenbericht Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
Straftaten gegen Asylbewerber

Im ersten Halbjahr 2023 hat es nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden 704 Straftaten gegen Asylbewerber außerhalb ihrer Unterkünfte gegeben. Davon entfallen 600 Fälle auf den Phänomenbereich politisch motivierte Kriminalität-rechts- (PMK rechts). Im zweiten Quartal 2023 hat es den Angaben zufolge zudem etliche Proteste rechtsextremer Gruppen vor Flüchtlingsunterkünften gegeben, überwiegend in Sachsen.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im zweiten Quartal 2023, BT-Drs. 20/7902 vom 28.07.2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/079/2007902.pdf> / eingesehen am 8. Januar 2024

Italien:
Dank Meloni: Aussetzung des Bürgergeldes

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, Parteivorsitzende der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia (FdI – Brüder Italiens), hat eines ihrer Wahlversprechen vom 25. September 2022 wahrgemacht und die Aussetzung des 2019 eingeführten Bürgergeldes umgesetzt. Ende Juli erhielten etwa 160.000 Bezieher des »Reddito di cittadinanza« eine SMS, die ihnen das Ende der Unterstützung ab dem 1. August mitteilte. In Italien gibt es keinen Mindestlohn, die Gehälter sind niedrig und Arbeitsverträge meist befristet. Nach der »Reform« der Sozialhilfe haben nur noch Haushalte, in denen mindestens eine über 60-jährige Person, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung leben, dauerhaft Anspruch auf Unterstützung. Der in Rom lehrende Ökonom Donato Di Carlo rechnet mit schweren Folgen für das Land. Die Abschaffung wird demnach hauptsächlich Süditalien, eine wirtschaftlich extrem schwache Region, treffen.

»Viele Menschen werden leiden«. Interview mit Donato Di Carlo, in: DIE ZEIT vom 9. November 2023, S.10; online: <https://www.zeit.de/2023/47/buergergeld-italien-folgen-donato-di-carlo> / eingesehen am 8. Januar 2024

Bundesweit / Syrien:
Neue Erkenntnisse in Sachen NS-Verbrecher Brunner

Der österreichische SS-Hauptsturmführer Alois Brunner hätte laut einem Vermerk vom Mai 1961 in bislang geheimen Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaften in Frankfurt am Main und Köln im April 1961 in der libanesischen Hauptstadt Beirut verhaftet werden können, wenn das Auswärtige Amt (AA) eine dringende Nachricht aus dem Libanon ohne tagelange Verzögerung sofort weitergeleitet hätte. Entdeckt hat den Vermerk ein Journalistenteam der Bild am Sonntag (BamS). Diese kommentierten den skandalösen Vorgang mit den Worten: »Das nährt den bösen Verdacht: In der Bundesrepublik existierte bis in die Siebzigerjahre ein geheimes Nazi-Netz aus Bekanntschaften und Kontakten. Ein Netz, von dem auch ‚Bluthund‘ Brunner profitierte.« Christoph Heubner, Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, konstatierte nach dem Bekanntwerden des Behördenverhaltens: »Dieser deprimierende Vorgang dokumentiert, wie braune Seilschaften die Ergreifung von Nazi-Verbrechern zu unterbinden wussten.«

Zu den Fluchthelfern von Brunner zählte Rudolf Vogel, seit 1949 CDU-Bundestagsabgeordneter und später Staatssekretär im Bundesschatzministerium. Der christdemokratische Politiker soll die Tickets nach Syrien für Brunner besorgt haben. Der 1991 verstorbene Vogel, Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern der Bundesrepublik Deutschland, lernte Brunner 1943 im griechischen Saloniki kennen. Der NS-Verbrecher Brunner trieb dort Juden zur Deportation zusammen, Vogel gehörte zur Propaganda-Abteilung Südost der Wehrmacht.

Dem bundesdeutschen Sicherheitsapparat war bekannt, dass Brunner in der syrischen Hauptstadt Damaskus unter dem Aliasnamen Dr. Georg Fischer lebte. Brunner war ein enger Mitarbeiter von Adolf Eichmann, der ab 1941 die Federführung in der Konzentration, Enteignung und Deportation von Millionen von Juden in die Ghettos Osteuropas sowie in die Vernichtungslager innehatte. Eichmann bezeichnete Brunner als seinen »besten Mann«. Dieser war verantwortlich für die Deportation und Ermordung von 128.500 Jüdinnen und Juden, die er in mehreren Ländern Europas (Österreich, Griechenland, Frankreich und der Slowakei) verhaften und in die Gaskammern von Auschwitz zwangsverschicken ließ. In Damaskus wohnte Brunner in der Rue Georges Haddad, Haus 7 – keine 400 Meter Luftlinie von der deutschen Botschaft entfernt. Post für ihn war an »P.O. Box 635 Damaskus« zu adressieren. Der weltweit gesuchte NS-Verbrecher fungierte als »Berater für Judenfragen« des syrischen Regimes. Er diente dem syrischen Sicherheitsapparat und gab Verhör- und Foltermethoden der Nazis weiter. Daneben bespitzelte Brunner für die Syrer die deutsche Gemeinde in Damaskus.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://fragdenstaat.de/blog/2023/06/30/aloes-brunner-gehlen-akten-verfassungsschutz/>
eingesehen am 1. Juli 2023

Hans-Wilhelm Saure / Dimitri Soibel: Die Akte Brunner, in: Bild am Sonntag vom 30. Juli 2023, S.22f

Österreich / Schweiz / Bundes-
republik Deutschland:
Identitäre Demonstration

Zur Demonstration unter dem Motto »Remigration« hatte am 29. Juli die Identitäre Bewegung (IB) in die österreichische Hauptstadt Wien aufgerufen. Vor Ort fanden sich ca. 500 Demonstranten, auch aus der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, ein. Polizisten wurden von randalierenden Rechtsextremisten mit Glasflaschen und Fahnen attackiert. Einer der Redner der Demonstration war der identitäre Ideologe und Stratege Martin Sellner (Österreich). Vor Jahren musste sich Sellner zu Hilfsarbeiten auf einem jüdischen Friedhof verpflichten, da er als 17-Jähriger Plakate mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift »Legalisiert es« an der Außenmauer der Synagoge in Baden bei Wien angebracht hatte. Weitere Redner waren Silvio Hemmelmayr, Vorsitzender der Freiheitlichen Jugend Oberösterreich, und der Schweizer Mass-Voll-Gründer Nicholas Rimoldi. Auf dem Blog des vom neurechten Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegebenen Theoriemagazins Sezession gab Sellner kund, dass Hemmelmayr »erster seiner Partei« war, der es »wagte, auf einer IB Demo zu sprechen«. Sellners Handschlag mit ihm auf der Bühne sei »daher ein Bild mit metapolitischer Tiefenwirkung«. Die Demonstration bezeichnete Sellner als »glänzendes Lebenszeichen der neurechten Jugend- und Straßenbewegung«. Vor Ort in Wien war auch Anna Leisten, Vorsitzende der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) in Brandenburg. An der Demonstration nahm unter anderem der später zum Salzburger Stadt-FPÖ-Vorsitzenden gewählte Politiker Paul Dürnberger teil. Der Wiener ÖVP-Vorsitzende Karl Mahrer kritisierte die Teilnahme von Mitgliedern der FPÖ-Jugendorganisation an der Demonstration der Identitären. »Die FPÖ hat ein Problem mit rechtsextremem Gedankengut in ihren eigenen Reihen«, sagte Mahrer und forderte auch die Bundes-FPÖ zum Handeln auf.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.derstandard.de/story/3000000180463/identitaere-demo-mit-freiheitlicher-unterstuetzung-in-wien/> / eingesehen am 9. Januar 2024

<https://www.krone.at/3110179/> / eingesehen am 12. September 2023

<https://www.endstation-rechts.de/news/neues-hausprojekt-der-identitaeren-bewegung-ein-afd-bundestagsabgeordneter-feiert-mit/> / eingesehen am 25. November 2023

<https://sezession.de/67819/demonstration-fuer-remigration/> / eingesehen am 12. September 2023

Baden-Württemberg / Bayern /
Schweiz:
Identitäre Aktion vor Freibad

Am 31. Juli entzündete die identitäre Gruppierung Wackre Schwaben am Eingang des Stuttgarter Inselbades Rauchtöpfe und entrollte ein Transparent mit der Forderung: »Remigration für sichere Freibäder!« Die Aktivisten verteilten vor dem Schwimmbad Flugblätter. In einem im Internet verbreiteten Beitrag erläutern die Nachwuchs-Rechtsextremisten ihren Auftritt vor dem Inselbad: »Egal, ob Mißbrauch in Schwimmbädern, hohe Mieten oder Gewalt in den Innenstädten: das Problem ist der Bevölkerungstausch und die Lösung Remigration.« Einer der Wackre-Schwaben-Aktivisten erklärte in einem Interview: »Remigration bedeutet, Ausländer und Migranten, die ausreisepflichtig, kriminell oder teil der Überfremdungskohorten seit 2015 sind und sich nicht assimiliert haben, in ihre Heimat zurückzuführen.«

Am 31. August haben Polizisten in Baden-Württemberg, Bayern und der Schweiz mehrere Objekte durchsucht. Die Maßnahmen richteten sich gegen die Wackren Schwaben, die bayrische Identitären-Gruppe Lederhosen-Revolution und die Schweizer Gruppe Junge Tat (Durchsuchungen in den Kantonen Zürich, Thurgau und Bern). Grund für die Polizeiaktion war ein Vorfall vor einer Flüchtlingsunterkunft im bayrischen Peutenhausen. Laut einer Mitteilung der Polizei hätten sechs verummte Personen ein Transparent ausgerollt und Rauchfackeln gezündet. Die rechtsextreme Aktion ereignete sich bereits im Februar 2023. Nach den Hausdurchsuchungen wurde der identitäre Aktivist und Stratege Martin Sellner von Sezession dazu befragt. Auf die Frage: »Gerade seit Corona scheint das Mittel der Hausdurchsuchungen ein neuer politischer ‚Stil‘ zu sein, eben nicht nur bei politischen Aktivisten, sondern auch bei Ärzten, Richtern und Journalisten, die ‚auf der falschen Seite‘ stehen. Ist das für Sie eine Form von Staatsterror?«, antwortete Sellner: »Es ist auf jeden Fall eine Form des juristischen ‚Abnutzungskrieges‘. Es geht um finanziellen Schaden, psychologische Zermürbung und die Hoffnung auf Folgeverfahren. Der Staat hat hier unendlich viele Mittel. Wir bezahlen über Steuern unsere eigene Überwachung und Verfolgung. Dennoch zeigt die Repression auch, wie

groß der Störfaktor unseres Aktivismus ist.« Nach den Hausdurchsuchungen rief die Identitäre Bewegung e.V. (IB) zur »Solidarität mit den Helden von Peutenhausen« auf: »Wir aber lassen unsere Leute nicht hängen und sammeln nun Spenden, um ihnen einerseits neues und kurzfristiges Arbeitsgerät zu verschaffen und zugleich sie für den anstehenden Rechtskampf mit guten Anwälten zu rüsten. Dafür brauchen wir auch Deine Hilfe!« Vorstand der IB (Sitz: Paderborn), einem eingetragenen Verein, ist Philip Thaler. Der Verein Ein Prozent e.V. unterstützte die Deckung der Rechtskosten der »Aktivisten von Peutenhausen« mit 3.000 Euro aus seinem »Solifonds«. Vorstandsmitglieder des eingetragenen Vereins Ein Prozent e.V. (Sitz: Görlitz) sind John Hoewer und Philip Stein.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

https://www.zvw.de/stuttgart-region/razzia-bei-identit%C3%A4ren-gruppe-wackre-schwaben-durchsuchung-auch-in-stuttgart_arid-703315 / eingesehen am 2. September 2023

<https://zuerst.de/2023/08/02/wackre-schwaben-mit-aufseherregender-freibad-aktion-die-loesung-heisst-remigration/> / eingesehen am 3. August 2023

<https://sezession.de/67971/die-repressionen-gegen-die-identitaere-bewegung-sind-heftig/> / eingesehen am 2. September 2023

<https://aktionsmelder.de/2023/09/07/3000e-einprozent-e-v-unterstuetzt-aktivisten-mit-rechtskosten/> / eingesehen am 10. September 2023

Baden-Württemberg:
Gemeinderat in Esslingen
beschließt:
Keine Schleyer-Brücke mehr

Ende Juli hat der Gemeinderat der schwäbischen Stadt Esslingen nach monatelangen Diskussionen entschieden, welchen Namen der neue Neckarüberweg tragen soll. Die neue Brücke soll nicht wie ihre Vorgängerin nach Hanns Martin Schleyer benannt werden, sondern Mettinger Brücke heißen. Der Gemeinderat fällt seine Entscheidung auf der Grundlage eines Gutachtens des Stadtarchivs. Der 1977 von der RAF ermordete Arbeitgeberpräsident Schleyer war seit 1937 NSDAP-Mitglied. Ab 1941 leitete der SS-Hauptsturmführer das Präsidialbüro des Zentralverbands der Industrie in Böhmen und Mähren. Er sorgte dafür, dass die tschechische Industrie in die deutsche Kriegswirtschaft eingegliedert wurde.

<https://www.esslingen.de/news-gr-juli> / eingesehen am 9. Januar 2024

Chronik

Russland / Bundesrepublik
Deutschland:
**Iwan Iljin wird der „deutschen
Rechten ans Herz gelegt«**

August

»Der deutschen Rechten ans Herz gelegt« und als »Vordenker der russischen Identität« angepriesen, wird der russische christlich-orthodoxe Religionsphilosoph und Schriftsteller Iwan Iljin (1883–1954) in der Sommerausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift Deutsche Stimme (Die Heimat, früher NPD). Iljin, der Sohn einer Deutschrussin, ein überzeugter Monarchist, gilt als Lieblingsphilosoph und einer der Ideengeber von Wladimir Wladimirowitsch Putin, dem Präsidenten der Russischen Föderation. Mehrfach wurde Iljin von Putin seit der Jahrtausendwende rezipiert und vielfach zitiert. Iljins Gesamtwerk erfährt in Russland eine große Renaissance und wird auch von extrem rechten Kreisen im deutschsprachigen Raum seit wenigen Jahren neu entdeckt.

Der Anti-Kommunist Iljin war ein Anhänger der Weißen Armee und slawophiler Faschist, ein Bewunderer Hitlers und Mussolinis. 1922 nach Todesurteilen aus Russland zwangsausgewiesen, befasste er sich in den Jahren im Exil in Deutschland und der Schweiz damit, wie ein postsowjetisches Russland aussehen könnte. In seiner 1939 veröffentlichten Programmschrift »Die ewigen Grundlagen des Lebens« nannte er als Konstanten seiner Weltanschauung unter anderem Familie, Vaterland, Freiheit, Staat und Privateigentum. Dem »vaterlandslosen Gesellen«, dessen »Einstellung einer Entwurzelung und geistigen Sterilität gleichkommt«, stellt Iljin die »vaterländische Liebe und Treue« gegenüber, die »etwas Größeres und Tieferes« sei als alle »Daseinsweisen und Lebensbedingungen«. »Die Familie als Keimzelle eines geistigen Patriotismus und die christliche Monarchie als sakrales Zentrum des Volkes sind für Iljin jene Grundlagen, deren Wesen auf der Liebe gründet«, so die Junge Freiheit (JF) in einer Rezension der 2022 in der Edition Hagia Sophia in der Philosophia Eurasia neu verlegten Programmschrift. »Wie sonst hätten die russische Kultur und das russische Volk die langen schweren Jahre seiner Geschichte wohl überstehen können ohne den Glauben und die Hoffnung der nationalkonservativen orthodoxen Überzeugungen, die in Iwan Iljins Schriften zum Ausdruck kommen«, so die JF.

Als die russischen Soldaten im Januar 2014 ihren Einberufungsbefehl für den Einmarsch auf der Krim erhielten, wurde den Regionalgouverneuren und allen höheren Beamten ein Exemplar von Iljins Buch »Unsere Aufgaben«, einer Sammlung politischer Aufsätze, zugestellt. Nachdem die russischen Truppen die Krim besetzt hatten und das russische Parlament für die Annexion gestimmt hatte, zitierte Putin Iljin erneut als Rechtfertigung. Im Jahre 2005 ließ Putin Iljins Leichnam im schweizerischen Zollikon exhumieren und im Moskauer Donskoikloster, wo auch Puschkin und Solschenizyn liegen, bestatten. Putin war persönlich bei der Bestattung dabei. Für Patriarch Alexis II. war das ein Zeichen für die Einheit von Kirche und Nation. 2009 legte Putin Blumen am Grab von Iljin nieder. »Putins Philosoph eines russischen Faschismus« nennt ihn der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder. In Putins Rede zur Annexion der Ostukraine führte dieser am 30. September 2022 aus: »Und ich möchte mit den Worten des wahren Patrioten Iwan Alexandrowitsch Iljin schließen: ‚Wenn ich Russland als mein Mutterland betrachte, bedeutet das, dass ich auf Russisch liebe, denke und denke, singe und spreche; dass ich an die geistigen Kräfte des russischen Volkes glaube. Sein Geist ist mein Geist; sein Schicksal ist mein Schicksal; sein Leiden ist mein Leid; sein Gedeihen ist meine Freude.‘« Putin weiter: »Hinter diesen Worten verbirgt sich eine große geistige Entscheidung, die während der mehr als tausendjährigen Geschichte des russischen Staates von vielen Generationen unserer Vorfahren getroffen wurde.«

»Gepflegt« wird das Werk von Iljin von der rechtsklerikalen Vierteljahreszeitschrift Crisis, dem »Journal für christliche Kultur«. Crisis verfolgt einen »konsequent christlichen, vor allem orthodoxen und west-kritischen Kurs. Das ist im deutschsprachigen Raum eine Lücke, und sie wird nun gefüllt«, so der Neurechte Götz Kubitschek.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Karl Richter: *Vordenker der russischen Identität. Der deutschen Rechten ans Herz gelegt: der russische Schriftsteller, Vordenker und Patriot Iwan A. Iljin*, in: *Deutsche Stimme*, Juli / August 2023, S.78f

<https://sezession.de/68309/hinter-den-linien-tagebuch> [29.Oktober 2023] / eingesehen am 1. Dezember 2023

Werner Olles: *Ewige Sieben. Der Philosoph Iwan Iljin über geistige Grundlagen des Lebens*, in: *Junge Freiheit*, 44/2022 vom 28. Oktober 2022, S. 21

<http://kremlin.ru/events/president/news/69465> / Automatische Übersetzung via <https://www.deepl.com/translator> / eingesehen am 5. Oktober 2022

Iwan Iljin: *Die ewigen Grundlagen des Lebens. Edition Hagia Sophia in der Philosophia Eurasia*, *Wachtendonk* 2022; hier: S. 127, S. 129

Polen:
**Vor 80 Jahren: Aufstand der
 Häftlinge im Vernichtungslager
 Treblinka**

Am 2. August 1943 fand im Vernichtungslager Treblinka ein Häftlingsaufstand statt. Treblinka war 1942 nach Belzec und Sobibor als drittes Tötungszentrum der »Aktion Reinhard« errichtet worden. Einziger Zweck der »Aktion Reinhard«: der Mord an möglichst vielen Juden, die im »Generalgouvernement« wohnhaft waren. Das »Generalgouvernement« war im Zweiten Weltkrieg ein Territorium unter deutscher Besatzung auf dem Gebiet Polens. Der massenhafte Mord an den polnischen Juden, der zunächst in Belzec, dann in Sobibor und schließlich in Treblinka mit Beginn des Jahres 1942 einsetzte, ist im öffentlichen Gedenken der Bundesrepublik nicht präsent. Mit mindestens 1,5 Millionen Toten liegt die Opferzahl der »Aktion Reinhard« höher als in Auschwitz. In Treblinka wurden zwischen 780.000 und 951.000 Männer, Frauen und Kinder ermordet. Insgesamt entkamen nur wenige Dutzend Häftlinge dem Vernichtungslager Treblinka und erlebten das Kriegsende. 2016 starb mit Samuel Willenberg der letzte Überlebende. Willenberg, 1923 in Cześćochowa geboren, meldete sich als 16-jähriger freiwillig als Soldat für die polnische Armee. Im Oktober 1942 deportieren ihn die Deutschen aus dem Ghetto in Opatów nach Treblinka. Die SS setzte ihn als sogenannten »Arbeitsjuden« ein. Durch den Aufstand im Lager gelang ihm die Flucht nach Warschau. Dort nahm er 1944 am Warschauer Aufstand teil und emigrierte 1950 mit seiner Frau und seiner Mutter nach Israel.

In rechtsextremen Kreisen wird bis heute der in der NS-Zeit industriell betriebene Massenmord an Menschen geleugnet. Zu Treblinka schreiben die einschlägigen Geschichtsrevisoren Carlo Mattogno (Italien) und Jürgen Graf (Schweiz): »Ja, Treblinka ist in der Tat das passendste Wahrzeichen für den ‚Holocaust‘, die [...] Fata Morgana eines millionenfachen Völkermordes in Gaskammern, von dem nicht die geringsten dokumentarischen oder materiellen Spuren übriggeblieben sind und von dem wir ohne die Erzählungen einer Handvoll ‚Augenzeugen‘ nichts wüßten.«

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.welt.de/geschichte/article246687784/Holocaust-Die-Haeflinge-von-Treblinka-und-der-Mut-der-Verzweiflung.html> / eingesehen am 4. August 2023

https://treblinka-gedenken-in-berlin.de/umgang_treblinka_nach_1945/ueberlebende/
 eingesehen am 4. August 2023

Lesetipp:

Samuel Willenberg: *Treblinka. Lager. Revolte. Flucht. Warschauer Aufstand. 2. Auflage, Münster 2018.*

Carlo Mattogno / Jürgen Graf: *Treblinka. Vernichtungslager oder Durchgangslager? Hastings 2002, hier: S. 373*

USA:
**Antisemitischer Attentäter
 zum Tode verurteilt**

Antisemitische Hasstaten in den USA bewegen sich auf einem extrem hohen Niveau. Den bisher größten, explizit gegen Juden gerichteten Anschlag in der Geschichte der USA verübte am 27. Oktober 2018 Robert Bowers während eines Schabbat-Gottesdienstes in der Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh. Der rechtsextreme Mörder tötete elf Menschen und verletzte mehrere zum Teil schwer. Bowers verletzte auch mehrere Polizisten, bevor er durch Schüsse getroffen und festgenommen wurde. Bei dem Angriff soll Bowers unter anderem »Alle Juden müssen sterben!« geschrien haben. Der Lastwagenfahrer hatte sich bereits vor dem Anschlag judenfeindlich geäußert und Juden als »Kinder Satans« bezeichnet. Am 2. August wurde der Attentäter zum Tode verurteilt. Wie die US-Bundesanwaltschaft mitteilt, stimmte die zwölfköpfige Geschworenen-Jury einstimmig für die Todesstrafe für den 50-jährigen Bowers.

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-anschlag-synagoge-pittsburgh-urteil-100.html> /
 eingesehen am 2. August 2023

Bundesweit:
**Ex-Verfassungsschutzpräsident
 auf Abwegen II**

»Der gewaltbereite Linksextremismus wird in Deutschland von maßgebenden Parteien, Politikern und inzwischen von dem überwiegenden Teil der Medien mit Samthandschuhen angefaßt, weil sie Ziele dieser Linksextremisten im wesentlichen teilen«, gibt der einstige Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen in der rechtsextremen Monatszeitschrift *Zuerst!* kund. Maaßen weiter: »Der Staat hätte längst die Antifa verbieten müssen, aber von der Innenministerin, die in einer Antifa-Zeitschrift publizierte und die einer Partei angehört, die sich mit der gewaltbereiten Antifa solidarisiert und sie damit als ihre Parteiterrorguppe ansieht, ist ein Verbot nicht zu erwarten.« *Zuerst!* (Untertitel »Deutsches Nachrichtenmagazin«) zählt zum Imperium der Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH des rechtsextremen norddeutschen Verlegers Dietmar Munier. »Die politische Linke hat zu keiner Zeit eine Brandmauer gegenüber den Extremisten aufgebaut«, so

Maaßen in der Rechts-Postille. »Ganz im Gegenteil«, meint Maaßen: »Linksextremisten konnten in den linken Parteien bis in Führungspositionen aufsteigen.«

Am 11. Juli 2023 teilte das Gemeinsame Kreisparteigericht der CDU Thüringen mit, dass es den Antrag des Bundesvorstands der CDU vom 14. Februar 2023, den ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, aus der CDU auszuschließen, abgelehnt hat (Az.: K1/23, bislang nicht begründet/nicht rechtskräftig).

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.hoecker.eu/news/untauglicher-versuch-cdu-bundesvorstand-scheitert-mit-parteiausschlussverfahren-gegen-hans-georg-maa%C3%9Fen> / eingesehen am 16. Juli 2023

Interview mit Hans-Georg Maaßen, in: Zuerst!, August / September 2023, S. 18–20

Brandenburg / Berlin: AfD-Politiker gehen

Anfang August ist Roman Reusch, Mitglied des Brandenburger AfD-Landesvorstands, zurückgetreten. Hintergrund ist der Streit um rechtsextreme Vorfälle in der Partei. Reusch hatte ein Parteiausschlussverfahren gegen ein Bundesvorstandsmitglied der Jungen Alternative (JA) aus Brandenburg beantragt, weil der Verfassungsschutz sich bei der Einstufung des Jugendverbands als »gesichert extremistisch« auch auf Äußerungen dieses Mitglieds bezogen hatte. Der Landesvorstand war der Forderung von Reusch nicht gefolgt. Der Jurist wurde 2015 in den Vorstand der AfD Brandenburg gewählt. Von 2017 bis 2021 war Reusch Mitglied des Deutschen Bundestags.

Im August hat der Berliner AfD-Abgeordnete Antonin Brousek seine Partei verlassen. Er ist damit auch nicht mehr Mitglied der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Die AfD stellt die kleinste von fünf Fraktionen im Abgeordnetenhaus und hat nunmehr noch 16 Abgeordnete.

<https://www.rbb24.de/politik/investigativ/rbb24-recherche.htm/doc=%21content%21rbb%21r24%21politik%21beitrag%212023%2108%21roman-reusch-afd-landesvorstand-brandenburg-ruecktritt.html> / eingesehen am 3. August 2023

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/afd-abgeordneter-brousek-verlasst-partei-li.383683/> / eingesehen am 29. August 2023

Europa / Polen / Bundesrepublik Deutschland: Europäischer Holocaust- Gedenktag für Sinti und Roma

Am 2. August, dem Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma, wurde an den Völkermord dieser Bevölkerungsgruppe im damaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, dem Ort des Menschheitsverbrechens, erinnert. Kulturstaatsministerin Claudia Roth betonte, dass die Diskriminierung der Sinti und Roma nicht erst 1933 angefangen und »1945 auch nicht einfach aufgehört« habe. »Bis heute« seien »antiziganistische Vorurteile und Ressentiments in unserer Gesellschaft immer noch viel zu weit verbreitet«. Weiter führte Roth aus: »Sinti und Roma werden nach wie vor rassistisch benachteiligt und in vielen Lebensbereichen ausgegrenzt.«

Das Europäische Parlament hatte im Jahr 2015 den 2. August zum Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma erklärt. Mit ihm wird jährlich an die Opfer des sogenannten Porajmos, des Völkermordes an den europäischen Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus, erinnert. In der Nacht des 2. August 1944 hatte die SS die letzten verbliebenen 4.300 Sinti und Roma des Lagerabschnitts B II e im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau trotz deren erbitterten Widerstandes ermordet. Die Gesamtzahl der Opfer wird europaweit auf bis zu 500.000 Menschen geschätzt. Schon vor der NS-Zeit waren Sinti und Roma in Europa seit Jahrhunderten Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt.

Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Nicola Beer, hob bei einer Gedenkfeier im früheren KZ Auschwitz hervor, dass Antiziganismus weit verbreitet sei. Vier von zehn Sinti und Roma hätten laut Umfragen in den vergangenen fünf Jahren Diskriminierung erlebt, sagte die bundesdeutsche FDP-Politikerin. Das EU-Parlament müsse noch stärker gegen Rassismus und negative Vorurteile vorgehen und das Bewusstsein für die »einzigartige Geschichte und Kultur der Sinti und Roma« schärfen, so die Vizepräsidentin.

Das Gedenken an die massenhafte Deportation und Ermordung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus erfährt nach Ansicht von Buchenwald-Gedenkstättenleiter Jens-Christian Wagner zu wenig Aufmerksamkeit. »Das ist ein Thema, das in der Tat in der Öffentlichkeit bei Weitem nicht so präsent ist wie die Shoah, also die Ermordung der europäischen Juden«, sagte Wagner der Deutschen Presse-Agentur.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kulturstaatsministerin-claudia-roth-zum-europaeischen-holocaust-gedenktag-fuer-sinti-und-roma-2205216> / eingesehen am 2. August 2023

<https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/keine-wohnung-keine-arbeit-keine-hilfe-diskriminierung-von-sinti-und-roma-100.html> / eingesehen am 2. August 2023

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/auschwitz-sinti-roma-nationalsozialismus-roth-diskriminierung-100.html> / eingesehen am 2. August 2023

<https://www.zeit.de/news/2023-08/01/historiker-erinnerung-an-die-ermordung-von-sinti-und-roma/> / eingesehen am 2. August 2023

**Bundesweit:
Compact-TV, Höcke und Weidel
sowie Sellner**

Die rechtsextreme Monatszeitschrift Compact veröffentlichte in ihrer August-Ausgabe Interviews mit den AfD-Politikern Björn Höcke und Alice Weidel. Geführt wurden die Interviews zuvor für den YouTube-Kanal von Compact-TV.

Der thüringische Rechtsextremist Höcke verklärt die AfD im Interview kurzerhand zur »Friedenspartei«: »Entscheidend war unsere Position im Ukraine-Konflikt. [...] Dieser Krieg ist nicht unser Krieg«, so Höcke im Video-Interview mit Compact-TV. Höcke weiter: »Und jetzt geht es bei der Umsetzung der Klimapolitik, also der Einführung des neuen Klima-Kommunismus, darum, den Menschen Geld aus der Tasche zu ziehen. Immer mehr Menschen erkennen das und wissen, dass nicht das Weltklima gerettet werden soll, sondern dass es um ihr Geld geht.« Höcke glaubt, »dass es die AfD geschafft hat, die Selbstbewusstwerdung unseres Volkes im Kleinen in gewisser Weise vorwegzunehmen«. Wichtig sei nun »so schnell wie möglich aus der US-amerikanischen Umklammerung (zu) entweichen, das ist für unsere Nation überlebenswichtig«.

Weidel attackiert im Interview die Bundesregierung: »Schauen Sie sich diese ganze Regierungsriege mal an: nichts gelernt, nichts gearbeitet«. Der Bundesinnenministerin Nancy Faeser unterstellt Weidel »eine wirklich schlagkräftige linksextremistische Vergangenheit«. Der Verfassungsschutz ist aus Weidels Sicht »selbst verfassungsfeindlich«: »Kein anderes Land hat so was wie einen Verfassungsschutz, für den irgendwelche Schlapphüte rumschnüffeln und der dann auch noch Leute zu uns schickt, die dann bei uns den Arm hochreißen.«

Der identitäre Österreicher Martin Sellner fordert in dieser Compact-Ausgabe »reale Gestaltungsmacht« für das »patriotische Lager« ein, um dessen Politikkonzepte umzusetzen. »Das Schöne« aus der Sicht von Sellner: »Diese Möglichkeit ist in Reichweite.« Von der Linken lernend, erklärt Sellner, dass die »wahre Macht [...] nicht im politischen, sondern im vorpolitischen Raum« liegt. Man brauche die »Hegemonie in Medien, Kultur und an den Hochschulen«. Sellner weiter: »Diese Eroberung des vorpolitischen Raumes durch die enge Zusammenarbeit von Partei, Gegenöffentlichkeit und Bewegung nenne ich ‚Reconquista‘.« Durch »gezielte Arbeit auf der Straße und im vorpolitischen Raum« gelte es, »der Herrschaft die ideologische Basis wegzuschlagen. [...] Die Restbestände an Autorität der globalistischen Führer müssen dezimiert und ihre löchrigen Narrative in der Luft zerrissen werden. Idee für Idee und Wort für Wort muss das patriotische Lager den Rahmen des Sagbaren erweitern.« Laut Sellner braucht es eine »nachhaltige Wende«, die »nicht nur im Parlament, sondern vor allem auf der Straße« stattfinden soll. Sellner abschließend: »Die Macht der Masse mit zivilem Ungehorsam und ‚gewaltlosem Zwang‘ kann organisiert werden, um eine Diktatur lahmzulegen. Der Freedom Convoy der LKW-Fahrer gegen die Corona-Diktatur in Kanada, die Bauernproteste in Holland, aber auch die westlich inszenierten Farbrevolutionen in Serbien, Georgien und der Ukraine können hier als Lehrbeispiele dienen.« Die guten Umfragewerte für die AfD (Sommer 2023: ca. 21 Prozent = ca. 12,7 Millionen »potenzielle AfD-Wähler«) will Sellner aktivistisch nutzen: »Für das patriotische Lager bedeutet das, diese 12,7 Millionen verstreuten AfD-Sympathisanten zu finden und zu aktivieren. [...] Hier und jetzt könnten 12,7 Millionen Oppositionelle die Demokratiesimulation aus den Angeln heben und die politische Korrektheit begraben. Voraussetzung dafür ist, dass sie sich organisieren und ihre Kräfte fokussieren. Dazu braucht es Angebote und Projekte außerhalb der Parlamente. Jetzt ist die Zeit, um alternative Bewegungen, Hausprojekte, Bands, Lesekreise, Gewerkschaften und Kulturvereine zu gründen.«

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Björn Höcke im Gespräch mit Jürgen Elsässer, in: Compact 8/2023, S. 13–15.

Alice Weidel im Gespräch mit Stephanie Elsässer und Paul Klemm, in: Compact 8/2023, S. 18–20

Höcke/Weidel: Transkribierte Auszüge der Video-Interviews, die auf dem Youtube-Kanal von Compact-TV anzusehen sind

Martin Sellner: Zwei Wege zur Wende. in: Compact 8/2023, S. 25–26

Martin Sellner: Unsere 12,7 Millionen, Compact 8/2023, S. 66

Bundesweit / Berlin:
**Querdenker-Demo am
 Brandenburger Tor**

Unter dem Motto »Frieden, Freiheit, Wahrheit, Freude« versammelten sich am 5. August bis zu 4.600 Menschen aus dem Querdenker-Spektrum am Brandenburger Tor. Laut Aufruf richtete sich die Demonstration unter anderem gegen die Politik der Bundesregierung und gegen die NATO.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/145091/Protest-der-Querdenker-am-Brandenburger-Tor> / eingesehen am 7. August 2023

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/08/berlin-demonstration-querdenker-protest-bundesregierung-ballweg.html> / eingesehen am 7. August 2023

Sachsen:
**Bürgermeister tritt Bündnis
 Deutschland (BD) bei**

Der bisher parteilose Bürgermeister der 3.000 Einwohner zählenden Gemeinde Stauchitz (Landkreis Meißen) Dirk Zschoke ist der extrem rechten Partei Bündnis Deutschland (BD) beigetreten. Damit hat die im November 2022 gegründete Partei erstmals einen Bürgermeister in ihren Reihen. Bündnis Deutschland verfügt über 14 Abgeordnete in vier Landesparlamenten, ein Mitglied im Europaparlament und Mandatsträger in kommunalen Fraktionen, so Eigenangaben der Partei.

[www. buendnis-deutschland.de](http://www.buendnis-deutschland.de) / eingesehen am 6. August 2023

[https:// buendnis-deutschland.de/erster-buergermeister-nun-auch-bei-buendnis-deutschland/](https://buendnis-deutschland.de/erster-buergermeister-nun-auch-bei-buendnis-deutschland/) / eingesehen am 6. August 2023

Sachsen-Anhalt:
**Jahresbilanz 2022:
 Antisemitische Vorfälle**

In Sachsen-Anhalt hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) für das Jahr 2022 landesweit rund 47 Fälle von Antisemitismus gezählt, unter anderem Beleidigungen (30) und Sachbeschädigungen (13) wie das Beschmieren von Gebäuden. Im ostdeutschen Vergleich verzeichnet Sachsen-Anhalt die wenigsten Fälle von Antisemitismus. Die meisten Meldungen gab es RIAS zufolge in Thüringen. Dort waren es insgesamt 237 Vorfälle. Sachsen zählte 108 Vorfälle. Die Meldestelle Antisemitismus RIAS Sachsen-Anhalt in Trägerschaft der Beratungsstelle OFEK e.V. dokumentiert landesweit antisemitische Vorfälle mit und ohne Straftatbestand.

<https://report-antisemitism.de/rias-sachsen-anhalt/> / eingesehen am 10. August 2023

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/magdeburg/jerichow/antisemitismus-vorfaelle-straftaten-magdeburg-halle-dessau-rosslau-100.html> / eingesehen am 10. August 2023

Thüringen:
Höcke und die Inklusion

Der rechtsextreme AfD-Politiker Björn Höcke forderte im »Sommerinterview« des MDR (9. August), das »Ideologieprojekt« Inklusion abzuschaffen. Höcke erklärte, dass Inklusion, also die Unterrichtung von Kindern mit Behinderungen an Regelschulen, eines von mehreren »Ideologieprojekten« sei. Es gelte, das Bildungssystem davon zu »befreien«. Der Politiker sagte wörtlich: »Unter anderem müssen wir das Bildungssystem auch befreien von Ideologieprojekten, beispielsweise der Inklusion, beispielsweise auch dem Gender-Mainstream-Ansatz.« Höcke fügte hinzu: »Alles das sind Projekte, die unsere Schüler nicht weiterbringen, die unsere Kinder nicht leistungsfähiger machen und die nicht dazu führen, dass wir aus unseren Kindern und Jugendlichen die Fachkräfte der Zukunft machen.« Mit »Entsetzen und tiefer Besorgnis« reagierte die Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) auf die Äußerungen des AfD-Politikers zur Inklusion in Schulen. Höckes Aussagen seien »nur ein weiteres Beispiel für die gefährliche und rechtsextreme Rhetorik, die von Höcke und großen Teilen der AfD regelmäßig verbreitet wird«, erklärte die KED-Bundesvorsitzende. Es sei höchste Zeit, dass die Gesellschaft mit Blick auf die Partei die Dinge beim Namen nenne. »Die AfD ist eine Nazipartei und betreibt Nazipolitik, mit der sie wieder definieren will, wer ‚Herrenmensch‘ und was ‚unwertes Leben‘ ist«, so Marie-Theres Kastner. Kritik an Höcke äußerten auch 19 Sozialverbände - darunter die Caritas Behindertenhilfe, der evangelische Fachverband für Teilhabe, die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, der Paritätische Gesamtverband und der Sozialverband Deutschland. Die Verbände argumentieren, wer so denke und spreche, stelle auch die Würde des Menschen als Individuum und die Universalität von Menschenrechten infrage – und damit Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft. »Abwertung und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung sind in der AfD längst zum Programm geworden, genauso wie die Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer selbstbestimmten geschlechtlichen Identität.«

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_100222980/afd-entsetzen-nach-bjoern-hoeckes-inklusion-aeusserungen-tabubruch-und-skandal-.html / eingesehen am 11. August 2023

<https://www.katholisch.de/artikel/46488-katholische-elternschaft-entsetzt-ueber-hoecke-aussagen-zu-inklusion> / eingesehen am 11. August 2023

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/thueringen/mdr-zeitungsanzeige-gegen-hoecke-sozialverbaende-kritisieren-thueringer-afd-chef-in-welt-am-sonntag-100.html> / eingesehen am 27. August 2023

Sommerinterview 2023 mit Björn Höcke (AfD), MDR, 9. August 2023 <https://www.youtube.com/watch?v=3xRbkDBPNsI> / eingesehen am 11. August 2023

Baden-Württemberg:
**AfD-Landtagsfraktionschef:
Verfassungsschutz wird
»missbraucht«**

»Wir haben die strengsten Aufnahmeverfahren. Wer einmal in einer extremistischen Partei war, etwa der NPD, darf bei uns nicht Mitglied werden. Solche Leute gehen eher in die CDU oder in die FDP. Wir werden keine Verfassungsfeinde in unserer Partei dulden«, so Anton Baron, Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion, in einem Interview mit dem baden-württembergischen Staatsanzeiger. Baron ist der Auffassung, dass es »offensichtlich« sei, »dass mittlerweile der Verfassungsschutz missbraucht wird, um einen politischen Wettbewerber zu diskreditieren. Das kann doch keiner mehr ernst nehmen. Wenn es wenigstens irgendwelche Belege für diese Behauptungen gäbe. Regierungskritik an sich kann ja wohl nicht extremistisch sein. Wo kommen wir da hin?«

»Wir werden in unserer Partei keine Verfassungsfeinde dulden«. Interview mit Anton Baron, in: *Staatsanzeiger*, 32/2023, S.3 / eingesehen am 23. August 2023

Niedersachsen:
**Rechtsextreme Schmierereien an
Heimatmuseum Moringen**

In der Nacht zum 12. August haben unbekannte Täter die Wand des Heimatmuseums in Moringen (Landkreis Northeim) mit verfassungsfeindlichen Symbolen, unter anderem einem Hakenkreuz, beschmiert. »Wir müssen davon ausgehen, dass Ort und Zeit bewusst gewählt wurden. Im August 1933 – vor 90 Jahren – hatte die SS die Leitung des Konzentrationslagers hier im Ort von der Polizei übernommen. Was folgte, waren Misshandlungen und schwere Folter«, so eine Pressemitteilung der nahegelegenen KZ-Gedenkstätte Moringen. Die Gedenkstätte sieht die Tat im Zusammenhang mit anderen Fällen in der jüngsten Vergangenheit – etwa dem Angriff auf die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten in Celle. Die Stiftung ist Trägerin der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel und fördert die gesamte Gedenkstättenlandschaft in Niedersachsen. Die Stiftung hatte vor dem Übergriff zusammen mit anderen Akteuren zu einer Demonstration gegen den Landesparteitag der AfD in Celle aufgerufen. Der niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Frank Rinck wies jegliche Verbindung zwischen dem Anschlag, der auf rechtsextreme Kreise zurückgeführt wird, und seiner Partei zurück.

<https://www.worldjewishcongress.org/en/news/world-jewish-congress-condemns-vandalization-of-foundation-for-memorial-sites-in-lower-saxony> / eingesehen am 17. Juli 2023

<https://www.zeit.de/news/2023-08/17/verfassungsfeindliche-schmierereien-an-heimatmuseum-moringen> / eingesehen am 17. Juli 2023

<https://www.rundblick-niedersachsen.de/gedenkstaetten-stiftung-ruft-zu-demo-gegen-afd-auf-im-einklang-mit-dem-stiftungszweck/> / eingesehen am 17. Juli 2023

Sachsen-Anhalt:
Compact-Sommerfest

Die rechtsextreme Monatszeitschrift Compact feierte am 12. August im Stößen (Burgenlandkreis) mit – laut Eigenangaben – 580 Gleichgesinnten ein Sommerfest. Redner waren unter anderem der Nordhausener AfD-Oberbürgermeisterkandidat Jörg Prophet, der ehemalige AfD-Politiker André Poggenburg, der Neonazi Michael Brück (Freie Sachsen) und der Rechtsextremist Jürgen Elsässer. Brück berichtete »zur Erleichterung vieler«, an den Landtagswahlen 2024 würden die Freien Sachsen nur teilnehmen, wenn ein Überspringen der 5-Prozent-Hürde sicher sei und man der AfD keine Stimmen abnehme, »die ansonsten verloren wären«. In seiner Rede führte Compact-Chefredakteur Elsässer aus: »Ich bin kein Putin-Versteher, sondern ich bin ein Putin-Unterstützer. Ich will, dass die NATO und vor allem die USA, die Briten und unsere polnischen Nachbarn ordentlich einen auf den Sack kriegen in der Ukraine.« Elsässer direkt: »Wir von Compact sind keine Parteizeitung. Wir unterstützen die AfD, wo sie nach vorne marschiert.«

https://www.compact-online.de/bombenstimmung-beim-compact-sommerfest/?mc_cid=6730508bd8 / eingesehen am 14. August 2023

https://www.compact-online.de/elsaesser-beim-sommerfest-das-volk-muss-an-die-macht/?mc_cid=70cb1b91ac&mc_eid=204ddea91 / eingesehen am 14. August 2023

Niedersachsen:
**Anschlag auf die Stiftung
niedersächsische Gedenkstätten
in Celle**

In der Nacht zum 15. August ist auf den Sitz der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in Celle ein Anschlag verübt worden. Mehrere Fensterscheiben wurden zerstört und eine Informationstafel von der Wand gerissen. Am nachfolgenden Wochenende fand in Celle der Landesparteitag der niedersächsischen AfD statt. Die Stiftung und die Gedenkstätte Bergen-Belsen hatten zusammen mit anderen Akteuren zu einer Demonstration dagegen aufgerufen.

Am 14. September haben sich die KZ-Gedenkstätten Dachau, Buchenwald und Mittelbau-Dora, Bergen-Belsen und Neuengamme bei einer Umfrage scharf von der AfD distanziert und mitgeteilt, dass sie der Partei die Beteiligung an offiziellen Gedenkveranstaltungen verweigern. In einem zuvor erschienenen Interview mit tagesschau.de hatte der Direktor der Stiftung der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora Jens-Christian Wagner vor einem »erinnerungspolitischen Klimawandel« gewarnt. Die Angriffe auf die Gedenkstätte hätten deutlich zugenommen – ebenso wie »Antisemitismus, Verschwörungslegenden, Reichsbürgerideologie« in der Gesellschaft, so Wagner. Hauptverantwortlich machte Wagner die AfD.

<https://www.stiftung-ng.de/de/news/news-detailseite/news/detail/News/angriff-auf-die-demokratie-zerstoerung-in-der-stiftung-niedersaechsische-gedenkstaetten-1/> / eingesehen am 16. August 2023

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_100238698/nazi-schmierereien-kz-gedenkstaette-buchenwald-schlaegt-alarm.html / eingesehen am 8. September 2023

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Stiftung-niedersaechsische-Gedenkstaetten-in-Celle-beschaedigt,gedenkstaette314.html / eingesehen am 15. Januar 2024

Griechenland:
**Vor 80 Jahren endete die
Deportation der Juden
aus Thessaloniki**

Innerhalb von fünf Monaten, von Mitte März bis Mitte August 1943, wurde fast die gesamte jüdische Gemeinde Thessalonikis nach Auschwitz deportiert. Im April 1941 hatte die deutsche Invasion zur Kapitulation und Aufteilung Griechenlands in deutsche, italienische und bulgarische Besatzungszonen geführt. Die Deutschen behielten sich neben Athen auch Thessaloniki, die zweitgrößte Stadt Griechenlands, vor. Anfang 1943 wurde ein SS-Sonderkommando um die SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny und Alois Brunner nach Thessaloniki geschickt, um die Stadt »judenrein« zu machen. Die jüdische Gemeinde Thessalonikis zählte vor dem Zweiten Weltkrieg rund 50.000 Mitglieder. 46.000 von ihnen wurden deportiert und in NS-Vernichtungslagern ermordet. Mit dem Holocaust wurde das jüdische Thessaloniki ausgelöscht. Jahrhundertlang war es ein blühendes Zentrum der sephardischen Juden gewesen, die von der iberischen Halbinsel stammten. Die Migranten hatten ab dem 15. Jahrhundert vor der spanischen – und anschließend vor der portugiesischen – Krone fliehen müssen, die damals alle Nichtchristen verfolgten.

https://www.gedenkorte-europa.eu/de_de/article-judenverfolgung-in-griechenland.html / eingesehen am 10. Januar 2024

<https://www.arte.tv/de/videos/113965-000-A/griechenland-die-juden-von-thessaloniki/> / eingesehen am 10. Januar 2024

Niedersachsen:
**Rechtsextremist
Rolf Kosiek verstorben**

Der rechtsextreme Multifunktionär Rolf Kosiek, 1934 in Westfalen geboren, starb am 16. August 2023 in Niedersachsen. Kosiek war seit 1981 über lange Jahre hinweg führender Mitarbeiter des rechts-extremen Verlagskomplexes Grabert/Hohenrain (heute nur noch als Hohenrain-Verlag betrieben) mit Sitz im baden-württembergischen Tübingen. Unter dem Pseudonym »Rudolf Künast« agitierte Kosiek als Dauerautor in der hauseigenen revisionistischen Zeitschrift Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG). Kosiek zählte dort zu den Autoren des ab 2006 erschienenen voluminösen fünfbandigen geschichtsrevisionistischen Machwerks »Der Große Wendig«. Das laut Eigenbekunden »bisher umfangreichste Sammelwerk einer Gegenöffentlichkeit zur herrschenden und offiziell geförderten Geschichtsschreibung« umfasst Eigenangaben zufolge über 1.000 »Beispiele der Richtigstellung einzelner Geschichtsvorgänge« mit »Darlegungen historischer Fälschungen, Einseitigkeiten, unberechtigten Schuldzuweisungen an Deutsche« vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Kosiek bezieht im »Wendig« Stellung zum Thema »Gaskammer in Auschwitz Entlausungsanlage« und kritisiert, dass bei der Nennung des Wortes »Gaskammer« heute sofort »auf den Holocaust geschlossen« werde. Dies sei »ein Beispiel für die geistige Verengung, die mehrere Jahrzehnte der Umerziehung und der sprachlichen Hoheit der 68er verursachten«.

Bücher von Kosiek tragen bezeichnende Titel wie »Deutsches Land in fremder Hand« oder »Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen«. Die aufklärerische Frankfurter Schule

der 1960er Jahre, einer Gruppe von Wissenschaftlern wie Theodor Adorno, Erich Fromm und Herbert Marcuse, war Kosieks Feindbild. Ihr warf er eine »Kampfstellung« gegen »bewährte Grundlagen des sozialen Lebens wie die Familie oder den Staat und gegen die gemeinschaftstragenden Werte Heimat und Vaterland« vor.

Von 1991 bis 2005 führte Kosiek als Bundesvorsitzender die Gesellschaft für freie Publizistik (GfP). 1960 von ehemaligen NSDAP-Funktionären und SS-Offizieren gegründet, gilt die GfP als mitgliederstärkste rechtsextreme Kulturvereinigung in der Bundesrepublik.

Am 28. April 1968 erreichte die NPD bei der fünften Landtagswahl in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent ihr bundesweit bis heute bestes Ergebnis. Als Folge zogen 12 NPD-Abgeordnete in das Stuttgarter Landesparlament ein, darunter auch Kosiek, der 1973 in den NPD-Bundesvorstand aufrückte und zeitweilig die Funktion des NPD-Chefideologen auf Bundesebene einnahm. Kosiek, Mitglied des Beirats der rassistischen Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfBAEV), führte ab 2001 den im schwäbischen Nürtingen beheimateten rechtsextremen Deutschen Kreis von 1972 e.V., einen Verein »zur Pflege deutschnationalen Gedankengutes«. Der Deutsche Kreis wollte »durch freie Diskussion ohne Tabus und Beachtung von Political Correctness das Ideal des mündigen Bürgers« verwirklichen. Im Oktober 1997 feierte der Verein sein 25-jähriges Bestehen im Nürtinger Haus der Heimat.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Sachsen-Anhalt:
Reichsbürgertreffen

700 Reichsbürger haben sich am 19. August in Magdeburg zum »Treffen der 26 Bundesstaaten« versammelt. Auf der Veranstaltung gab es Bannerträger von Phantasiegebilden wie einem Königreich Preußen und Königreich Sachsen oder Herzogtümer und Fürstentümer oder das ehemals deutsche Elsass-Lothringen.

<https://www.belltower.news/reichsbuerger-symbolik-aktuell-das-treffen-der-26-bundesstaaten-in-magdeburg-151855/> / eingesehen am 23. August 2023

Schweiz / Thüringen /
Sachsen-Anhalt:
Höcke will kein Faschist sein

»Ich bin mitnichten ein Faschist. Das ist ein Kampfbegriff, der vom politischen Establishment verwendet wird. Schon die DDR-Obrigkeit hat die Freiheitskämpfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 als ‚Faschisten‘ gebrandmarkt. Insofern habe ich da eine gute Tradition mit alten Freiheitskämpfern und fühle mich nicht attackiert«, so der thüringische AfD-Politiker Björn Höcke in einem Interview mit der schweizerischen Tageszeitung Blick (21. August). Höcke behauptet, dass der Verfassungsschutz zum »Kampfinstrument der Herrschenden« geworden sei. Demnach tun dessen Beamten das, »was ihnen vom Innenminister aufgetragen wird. Die demokratisch gewählte Opposition wird in Deutschland vom Inlandsgeheimdienst überwacht und bedroht. Das gibts in keinem anderen Land der Welt, das sich demokratisch nennt.« Höcke will, dass die Bundesrepublik Deutschland »wieder ein selbstbewusstes Land« wird »und sich nicht immer nur auf die schlimme Zeit des Nationalsozialismus reduzieren lassen« soll. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft den beurlaubten Lehrer Höcke als Rechtsextremisten ein.

Ein Podcast mit Höcke (im Gespräch mit Götz Kubitschek und Ellen Kositzka) hat im September den neuen YouTube-Kanal Schnellroda eröffnet. Der Kanal Schnellroda bündelt die drei Projekte Verlag Antaios, Institut für Staatspolitik (IfS) und Zeitschrift Sezession (alle: Schnellroda, Sachsen-Anhalt) unter einem Dach. Der bisherige YouTube-Kanal von Kubitschek war am 28. August von YouTube gelöscht worden. »306 Videos sind für 16.000 Abonnenten und zigtausende Einzelzuschauer nicht mehr zugänglich«, klagte Kubitschek.

<https://www.blick.ch/ausland/afd-ist-im-umfragehoch-auch-dank-umstrittenem-rechtem-taktgeber-bjoern-hoecke-die-schweiz-ist-unser-vorbild-id18858173.html> / eingesehen am 28. August 2023
[kostenpflichtig]

<https://sezession.de/68063/neuer-youtube-kanal-und-endlich-ein-podcast-mit-bjoern-hoecke> / eingesehen am 13. September 2023

<https://sezession.de/67959/derzeit-ohne-kanal-schnellroda> / eingesehen am 30. August 2023

Bundesweit:
**Vor 10 Jahren:
 NSU-Bundestagsausschuss
 legt Abschlussbericht vor**

Am 22. August 2013 hat der NSU-Ausschuss des Bundestages nach der Sichtung von rund 12.000 Akten und der Befragung von 95 Zeugen seinen Abschlussbericht vorgelegt. Die politische Aufarbeitung der Taten des NSU begann im Januar 2012, fünf Jahre nach dem letzten Mord (Kiesewetter), als ein Untersuchungsausschuss des Bundestages seine Arbeit aufnahm. Im Abschlussbericht wurde scharfe Kritik an Polizei und Geheimdiensten geübt. In dem Bericht ist von einer »beschämenden Niederlage der deutschen Sicherheits- und Ermittlungsbehörden« und von Organisationsversagen die Rede. Kernpunkt der Kritik: Über Jahre hinweg seien die Morde an neun Migranten und an einer Polizistin nicht aufgeklärt worden, weil Ermittler den rechtsextremen Hintergrund nicht erkannt hätten. Die laut gewordene Kritik, in der Polizei gebe es »rassistisch geprägte Verdachts- und Vorurteilsstrukturen« wiesen Polizeigewerkschaft und Bundesinnenministerium zurück.

https://www.das-parlament.de/2023/33_34/kehrseite/962604-962604 / eingesehen am 14. August 2023

Bayern:
**Verfassungsschutzinformationen
 für das erste Halbjahr 2023
 vorgestellt**

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann stellte am 23. August die Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2023 vor. Im Bereich des Rechtsextremismus liege ein inhaltlicher Schwerpunkt neben der Herabwürdigung der queeren Community auf Hass und Hetze gegen Flüchtlinge. »Mit unsachlicher Propaganda und öffentlichkeitswirksamen Kampagnen versuchen die Extremisten, in der Bevölkerung pauschale Angst und Ablehnung vor Asylbewerbern als angeblich unkalkulierbares Sicherheitsrisiko zu schüren. Von in 2023 bislang erfassten 236 rechtsextremistischen Straftaten entfallen 18 auf Gewaltdelikte (Ende 2022: 787 Straftaten, darunter 23 Gewaltdelikte)«, so Herrmann. Ansteigend sei das Personenpotenzial bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern: »In den ersten sechs Monaten 2023 wurden in Bayern 5.505 Personen als Reichsbürger identifiziert, das sind 145 Personen mehr als zum Ende 2022«, erläuterte der Innenminister. »Bis zu 470 Anhänger zählen zum ‚harten Kern‘ und 450 Personen gelten als gewaltorientiert, wobei sich dies in der Mehrzahl in Erpressungsdelikten oder in gewaltbefürwortenden Äußerungen niederschlägt.« Auch die Waffenaffinität der Szene sei nicht zu unterschätzen. Bis zum 31. Dezember 2022 konnte gegen 443 Personen ein Widerrufsverfahren eingeleitet werden. Dabei wurden 525 waffenrechtliche Erlaubnisse widerrufen oder freiwillig abgegeben, mehr als 1.000 Waffen wurden eingezogen oder abgegeben.

https://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/medien/pressemitteilungen/verfassungsschutzinformationen_erstes_halbjahr_2023/ / eingesehen am 25. August 2023

Hessen:
**Verfassungsschutzbericht
 vorgestellt**

Die rechtsextreme Szene in Hessen wird nach den Beobachtungen des Verfassungsschutzes immer gewaltorientierter. Die Zahl der Gewalttaten steige. Rund 1.100 Hessen zählen zur Reichsbürger-szene. Das sind zehn Prozent mehr als in den Jahren zuvor. »Sie rüsten sich mit Waffen«, warnte Innenminister Peter Beuth (CDU) bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für 2022 am 24. August in Wiesbaden. Mit ihren »kruden und aberwitzigen Ideen« seien sie eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit. Beuth erklärte, die größte Bedrohung für die Demokratie komme nach wie vor von rechts. Vergangenes Jahr wurden 50 rechtsextrem motivierte Gewalttaten registriert, in den beiden Jahren zuvor waren es jeweils 42. Das Personenpotenzial der Neonazis ist laut Bericht weiter gewachsen von 250 vor fünf Jahren auf nun 395 Personen. Mit Sorge beobachtet Verfassungsschutzpräsident Bernd Neumann Projekte der Neuen Rechten, wie die sogenannte »Gegen-Uni«, die im Juli 2021 gegründet wurde. Damit werde versucht, »dem Rechtsextremismus einen intellektuellen Anstrich zu verpassen«.

<https://www.hessenschau.de/politik/jahresbericht-hessischer-verfassungsschutz-registriert-mehr-rechtsextremistische-gewalttaten-v1,verfassungsschutzbericht-hessen-100.html> / eingesehen am 25. August 2023

Bundesweit:
**Urteil gegen Bundeswehroffizier
 und Rechtsterrorist rechtskräftig**

Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hat am 24. August die Verurteilung des früheren Bundeswehroffiziers Franco A. wegen eines beabsichtigten Terroranschlags bestätigt. Der für Staatsschutzsachen zuständige dritte Strafsenat habe die Revision des Angeklagten als offensichtlich unbegründet verworfen, teilte der BGH mit. Das Strafverfahren sei damit rechtskräftig abgeschlossen.

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main (OLG) hatte A. am 15. Juli 2022 unter anderem wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und Verstößen gegen das Waffengesetz sowie das Sprengstoffgesetz und Betrugs zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs

Monaten verurteilt. Nach Ansicht der Richter hatte der damals 33 Jahre alte A. den festen Entschluss gefasst, Angriffe auf hochrangige Politiker und Personen des öffentlichen Lebens zu verüben. Das OLG führte unter anderem aus, dass der Angeklagte eine seit Jahren verfestigte rechts-extreme, völkisch-nationalistische und rassistische Gesinnung habe. Besondere Abneigung habe er gegenüber Menschen jüdischen Glaubens, denen er – verbunden mit verschwörungstheoretischen Gedanken – den Wunsch nach einer »Weltherrschaft des Zionismus« unterstelle. Er meine, zur Erreichung dieses Ziels wirkten Medien und staatliche Institutionen zusammen. Dabei sei er der Überzeugung, der »Zionismus« führe einen systematischen Rassenkrieg, in dem Millionen von Migranten nach Deutschland verbracht würden, wodurch es zu einer »Vermischung der Rassen« und letztlich zu einer »Auslöschung der deutschen Rasse« käme. Verantwortlich für diese von ihm wahrgenommene vermeintliche »Zersetzung der deutschen Nation« seien insbesondere hochrangige Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die sich durch ihr flüchtlingsfreundliches Engagement besonders auszeichneten. A. lehne etablierte demokratische Wege zur Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ab und sei der Auffassung, das politische System der Bundesrepublik Deutschland sei »verlogen«.

Franco A. hatte sich als syrischer Flüchtling ausgegeben und ein monatelanges Doppelleben geführt. Herausgekommen war die Scheinidentität, als A. im Februar 2017 auf dem Wiener Flughafen festgenommen worden war. Dort wollte er eine geladene Pistole aus einem Versteck in einer Flughafentoilette holen.

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/funfeinhalb-jahre-haft-urteil-gegen-bundeswehroffizier-und-terroristen-franco-a-rechtskraeftig-10361251.html> / eingesehen am 24. August 2023

**USA:
Rassist erschießt drei Schwarze**

Ein weißer 21-jähriger Rassist, bewaffnet mit einem Sturmgewehr des Typs AR-15 und einer Pistole, hat in einem Geschäft der Discount-Kette Dollar General in Jacksonville im Bundesstaat Florida am Nachmittag des 26. August drei schwarze Menschen erschossen. Auf dem Sturmgewehr des Täters befanden sich Hakenkreuz-Symbole. Laut Polizei hinterließ er ein Manifest mit einer »Ideologie des Hasses«. Ursprüngliches Ziel des Täters war mutmaßlich der Campus der Edward Waters University, einer traditionell von Schwarzen besuchten Hochschule. Dort wurde er jedoch des Campus-Geländes verwiesen.

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/florida-drei-personen-bei-rassistisch-motiviertem-angriff-getoetet-19130888.html> / eingesehen am 27. August 2023

**Bayern:
Bayerns Vizeministerpräsident
Hubert Aiwanger und ein
antisemitisches Flugblatt**

Bei Bayerns Vizeministerpräsident Hubert Aiwanger wurde in seiner Jugend ein antisemitisches und rechtsextremes Flugblatt gefunden. Der Freie-Wähler-Chef dementiert, so etwas produziert zu haben.

Ausgelöst hatte das politische Beben am 25. August ein Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) über ein Flugblatt, das im Schuljahr 1987/88 am Burkhart-Gymnasium in Mallersdorf-Pfaffenberg im niederbayerischen Landkreis Straubing-Bogen aufgetaucht war. Der 17-jährige Elftklässler Hubert Aiwanger sei dafür vom Disziplinausschuss der Schule zur Verantwortung gezogen worden und habe als Strafe ein Referat über den Nationalsozialismus halten sollen. In der Hetzschrift geht es um einen fiktiven »Bundeswettbewerb« mit dem Titel »Wer ist der größte Vaterlandsverräter?«. Anlass des Flugblatts war offenbar ein Geschichtswettbewerb, an dem das Gymnasium teilnahm.

Wolfgang Benz, emeritierter Professor und einst langjähriger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, bezeichnete das Flugblatt in einem Interview mit der SZ als »neonazistisches Pamphlet«, das »alle Opfer des Nationalsozialismus auf rüde Weise verhöhnt«. Es sei ein »widerwärtiges Pamphlet von äußerster rechtsextremer Gesinnung« und die »Konnotationen mit dem Judenmord« seien »unerträglich«.

Hanna Veiler, Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), kommentierte den »Fall Aiwanger« mit den Worten, dass dieser »für die nicht-vorhandene Reaktion des deutschen Rechtsstaates auf Antisemitismus in seiner Mitte« stehe: »Diese ‚Nicht-Reaktion‘ ist für viele Juden ein Schlag ins Gesicht. Vor allem für jene, deren Familiengeschichte von der Schoa geprägt und gezeichnet ist.« Veiler weiter: »Doch dieser Fall macht auch deutlich, worauf die jüdische Gemeinschaft seit Jahren hinweist: Antisemitisches und rechtes Gedankengut ist mit der Niederlage Nazi-Deutschlands nicht verschwunden. [...] Gerade in dieser Zeit der Unsicherheit beobachten wir ein weiteres Mal, dass unsere Interessen nicht viel wert sind, wenn es über bloße Lippenbekenntnisse hinausgehen soll. Mit jeder Person, die trotz und mit Antisemitismus im Amt bleiben darf und keine Konsequenzen spürt, trauen sich zehn weitere Antisemiten, ihre Stimme öffentlich zu erheben.

All das führt zu einer zunehmenden Verschiebung der Diskurse, die schon bald die jüdischen Communitys mit voller Wucht treffen wird.«

Josef Schuster, seit November 2014 Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, führte in einem Statement aus: »Das Flugblatt darf aber auch nicht einfach als Jugendsünde abgetan werden, da es die für unser Land so wichtige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus regelrecht mit Füßen tritt. Gerade weil diese Erinnerungskultur heute von rechts außen wieder radikal bekämpft wird, ist mir vor allem wichtig, dass der Inhalt des Flugblattes scharf verurteilt wird.«

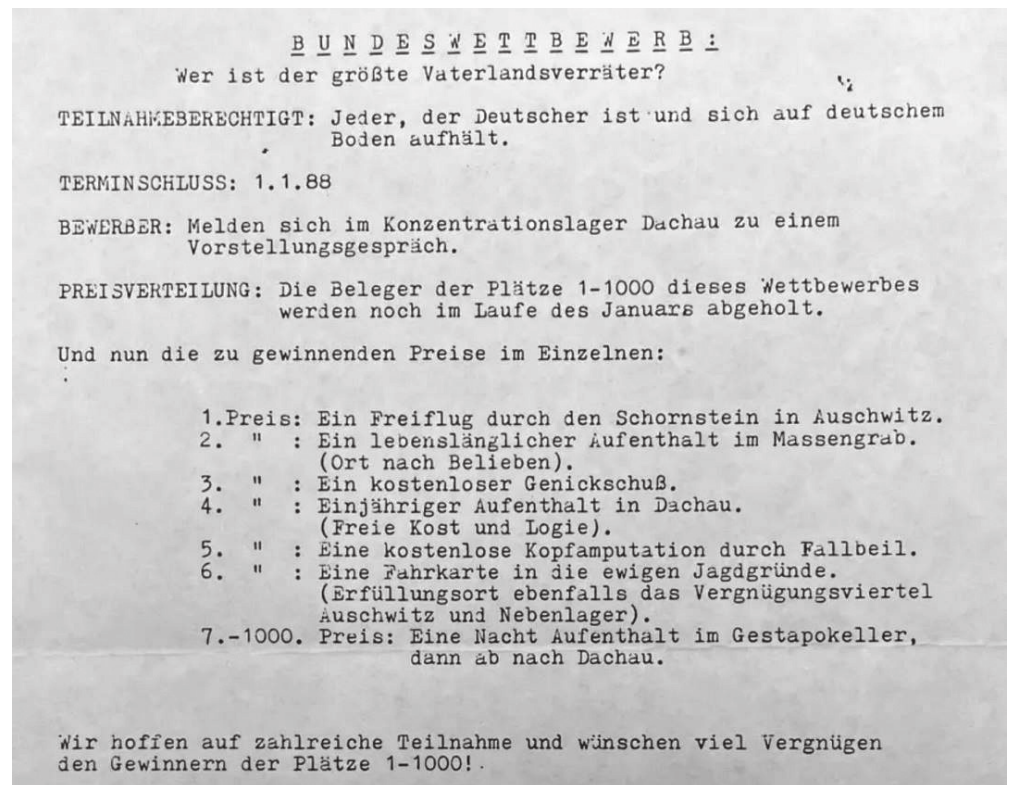
In Mallersdorf, wo Aiwanger zur Schule gegangen war, erinnerten sich Mitschüler auch daran, dass der Schüler Aiwanger in jungen Jahren Hitlergrüße und Judenwitze gemacht habe.

<https://www.zentralratderjuden.de/aktuelle-meldung/artikel/news/statement-dr-schuster-zu-hubert-aiwanger/> / eingesehen am 27. August 2023

Interview mit Wolfgang Benz, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 30. August 2023

<https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/aiwanger-affaere-gruenes-licht-fuer-antisemiten/> / eingesehen am 22. September 2023

RECHTS.GESCHEHEN dokumentiert das antisemitische Flugblatt:



Baden-Württemberg / Bundesweit:
**Studie der Universität Hohenheim:
Jeder Vierte glaubt an
Verschwörung**

Laut einer Studie der Universität Hohenheim ist jeder Vierte überzeugt, die Politik werde von »geheimen Mächten« gesteuert. Demnach sind Populismus und der Glaube an Verschwörung weit verbreitet. Ein Fünftel der Deutschen glaube, Massenmedien würden »systematisch belügen«. Das Team um den Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Frank Brettschneider analysierte in einer repräsentativen Umfrage Rechtspopulismus, Verschwörungserzählungen, Demokratiezufriedenheit und Vertrauen in politische Institutionen. Dafür hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der Universität im Juli 2023 4.024 Bundesbürger und -bürgerinnen befragt. Gut ein Drittel haben demnach ein im erweiterten Sinn rechtspopulistisches Weltbild, fasste Brettschneider die Ergebnisse der Umfrage zusammen. Etwa jeder Sechste stimme der Aussage zu, das Land gleiche inzwischen »mehr einer Diktatur als einer Demokratie«. Laut Brettschneider verfestigt sich das Weltbild bei einer großen Gruppe der Befragten nicht nur, es werde auch populärer: »Zwischen 2022 und 2023 ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie um zehn Prozentpunkte gesunken.« Das Vertrauen in die Bundesregierung sei zwischen 2022 und 2023 so deutlich

gesunken wie bei keiner anderen Institution. »Wenn sich dieser Frust, diese Unzufriedenheit verfestigen, dann werden Schuldige gesucht und man bastelt sich seine Welt und seine Wahrheiten zusammen.« Und dieses Basteln sei noch nie so einfach wie heute gewesen.

https://www.uni-hohenheim.de/pressemitteilung?tx_ttnews%5Btt_news%5D=59968&cHash=ed53cfefe175adba6bf807eb2bf4ffc9 / eingesehen am 30. August 2023

Berlin:
Vor 40 Jahren:
Cemal Altun in den Tod getrieben

Am Morgen des 30. August 1983 stürzte sich der türkische Asylbewerber Cemal Altun, ein 23-jähriger Student, während des Abschiebeverfahrens im Zusammenhang mit der ihm drohenden Auslieferung an die türkische Militärdiktatur während eines Prozesstages aus dem sechsten Stock des Oberverwaltungsgerichts Berlin in den Tod. Sechs Monate nach seinem Tod wurde Altun Asyl zugesprochen. Gegenüber dem Gerichtsgebäude in der Hardenbergstraße 20 steht seit 1996 ein Gedenkstein. Dieser trägt eine Inschrift, die an Altun erinnert und Asyl für alle politisch Verfolgten fordert.

<https://www.proasyl.de/news/cemal-kemal-altun-aus-der-tuerkei-geflohen-in-deutschland-in-den-tod-getrieben/> / eingesehen am 30. August 2023

Bundesweit / Tschechoslowakei:
Theodor Lessing im Exil erschossen

Vor 90 Jahren, in der Nacht auf den 31. August 1933, wurde der Philosoph, Pazifist, Sozialist, Feminist und nicht zuletzt Jude Theodor Lessing (Jg. 1872) in Marienbad in der heutigen Tschechischen Republik von den sudetendeutschen Nationalsozialisten Rudolf Max Eckert, Rudolf Zischka und Karl Hönl niedergeschossen und erlag Stunden später seinen Verletzungen. Lessing gilt bis heute als eines der ersten prominenten Opfer des Nationalsozialismus außerhalb der deutschen Grenzen. Der spätere Emigrant war ab 1922 außerordentlicher Professor für Philosophie an der TH Hannover. Daneben arbeitete er als Feuilletonist. Sein kritisches Porträt des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg diente völkischen Studenten an seiner Universität 1925 als Vorwand für eine antisemitische Kampagne gegen ihn. Es kam zu Vorlesungsblockaden, Morddrohungen und Übergriffen. Anfang März 1933 floh er in die Tschechoslowakei.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/feminist-sozialist-und-jude/> / eingesehen am 1. September 2023

Rainer Marwedel: Theodor Lessing 1872 – 1933. Eine Biographie. Darmstadt u.a. 1987

Sachsen-Anhalt / Bayern /
 Niedersachsen:
**Hass-Attacken gegen Grünen-
 Politiker**

Politiker aus Reihen der demokratischen Parteien werden bei öffentlichen Auftritten immer wieder beschimpft und bedroht. Im Fokus des Hasses stehen Politiker der Grünen. Bei ihrer Sommertour im Osten der Republik wurde Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt im Juli während eines Auftritts in Dessau an der Elbe angefeindet und per Megafon als »grüner Abfall« beschimpft. Dem Bundesagrarminister Cem Özdemir und der bayerischen Grünen-Spitzenfrau Katharina Schulze schlug bei einem Wahlkampf-Auftritt im August im bayerischen Chiemgau der blanke Hass entgegen. Schulze wurde obszön-sexistisch beschimpft. Vor dem Bierzelt in Hart, einem Ortsteil der Gemeinde Chieming, wurden neben Eiern und Tomaten gar Steine zum Werfen angeboten. Über den Grünen-Auftritt in Chieming berichtete auch Compact-Online und rief dazu auf: »Solche Politiker benötigen den demokratischen Druck der Straße!« Autor der Zeilen ist Sven Eggers, vormals Redakteur der plump rechtsextremen National-Zeitung. Ebenfalls im August wurde der niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Christian Schroeder bei einem Konzert in seiner Heimat Wittingen (Landkreis Gifhorn) von einem politischen Gegner attackiert. Ein Mann attackierte ihn erst verbal mit einem Wutausbruch und schmiss ihn dann zu Boden. Bei dem Sturz erlitt er Prellungen. »Das ging ganz klar in Richtung der Grünen-Politik und eines allgemeinen Grünen-Hasses«, sagte Schroeder.

Unter dem Motto »Grüner Wahnsinn, ohne mich« fand im August im bayerischen Aschaffenburg eine Demonstration statt, an der nach der Schätzung von Beobachtern um die 2.000 Personen und etwa 50 Traktoren und Lkws teilgenommen haben. Sie hielten Schilder hoch mit Aufschriften wie »Grüne zerstören nicht nur das Land, sondern auch den Bauernstand« und »Über 80 Prozent haben die Grünen nicht gewählt«. Es war die dritte Demonstration dieser Art seit Ende Mai. Angemeldet hatte die Demonstrationen eine Bürgerinitiative Franken (BIF). Beim Bürgergespräch in Ingolstadt im August versuchten Querdenker den Auftritt der Grünen-Bundesvorsitzenden Ricarda Lang in einer Kneipe zu stören. Auf Plakaten war zu lesen: »Dieses Land wird von Idioten regiert«.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.merkur.de/politik/katrin-goering-eckardt-gruene-dessau-video-anfeindung-beschimpfung-beleidigung-ostdeutschland-osten-92412844.html> / eingesehen am 21. Juli 2023

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.protest-gegen-oezdemir-wahlkampf-brutal-in-bayern.6552f9df-7057-4fee-a66f-eeaec9274c4f.html> / eingesehen am 4. August 2023

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Gruenen-Abgeordneter-bei-Konzert-im-Landkreis-Gifhorn-attackiert,schroeder2074.html / eingesehen am 17. August 2023

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/demonstration-gegen-gruenen-politik-in-aschaffenburg,TnURd9b/> / eingesehen am 21. August 2023

https://www.focus.de/panorama/focus-online-reportage-querdenker-wollen-ricarda-langs-auftritt-crashen-dann-laesst-das-publikum-sie-auflaufen_id_202653490.html / eingesehen am 26. August 2023

https://www.compact-online.de/haut-ab-oezdemir-und-schulze-ausgepiffen/?mc_cid=bef2054870&mc_eid=204ddeaa91 / eingesehen am 4. August 2023

Chronik

Bremen / Hamburg / Bundesweit:
Die LostLift Datenbank

September

Erstmals ist eine Datenbank abrufbar, über die Umzugsgut jüdischer Flüchtlinge gesucht werden kann, das während der NS-Diktatur enteignet wurde. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wanderten als Juden verfolgte Menschen aus dem Deutschen Reich aus. Ihr Hab und Gut wurde – verstaut in Liftvans und Kisten – über verschiedene europäische Häfen ins Exil verschifft. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs verhinderte das Auslaufen der zivilen Schiffe aus dem Deutschen Reich. Infolgedessen konnten die bereits in die Häfen von Hamburg und Bremen transportierten Ladungen nicht weiterbefördert werden und stapelten sich in den Lagern. Außerdem wurden Schiffe, die bereits ausgelaufen waren, zurückbeordert und ihre Fracht in den deutschen Häfen gelöscht. In beiden Städten wuchs die Menge des Umzugsgutes auf etwa 6.000 bis 7.000 Frachtstücke an, was etwa 4.000 bis 5.000 Eigentümerfamilien entsprach. Die städtischen Behörden beschlagnahmten das Umzugsgut ab dem Frühjahr 1940 und beauftragten Gerichtsvollzieher und Auktionshäuser, es öffentlich an die Meistbietenden zu verkaufen.

Seit 2018 untersuchen zwei ineinandergreifende und vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste geförderte Forschungsprojekte am Deutschen Schifffahrtsmuseum / Leibniz-Institut für Maritime Geschichte in Bremerhaven die Prozesse dieser besonderen Form der Enteignung von Juden. Soweit aus den Dokumenten ersichtlich, rekonstruiert jeder Eintrag den Weg des Umzugsgutes einer Eigentümerfamilie – vom Verlassen der Wohnung mit einem Spediteur bis zur Beschlagnahmung in einer Hafenstadt und schließlich der Versteigerung des Eigentums. Die entsprechenden Rückerstattungsakten vervollständigen das Bild. Darüber hinaus finden sich Informationen zu den einzelnen Beteiligten, seien es die geschädigten Familien selbst, die Spediteure, Gerichtsvollzieher oder Käufer der Gegenstände. Die LostLift Datenbank ist in deutscher und englischer Sprache verfügbar.

<https://kulturgutverluste.de/meldungen/deutsches-schifffahrtsmuseum-veroeffentlicht-lostlift-datenbank/> / eingesehen am 8. September 2023

<https://lostlift.dsm.museum/> / eingesehen am 8. September 2023

USA:
Proud Boys-Führer verurteilt I

Ethan Nordean, ein früherer Anführer der rechtsextremen Proud Boys und Antreiber des gewalttätigen Marschs auf das US-Parlamentsgebäude am 6. Januar 2021, wurde vom Bundesbezirksgericht der US-Hauptstadt Washington am 1. September unter anderem wegen »auführerischer Verschwörung« zu einer 18-jährigen Haftstrafe verurteilt. Gegen Dominic Pezzola, einen weiteren Gewalttäter der Proud Boys, wurden zehn Jahre Haft verhängt. Insgesamt sind laut New York Times etwa 1.100 Verfahren gegen Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Randalen eröffnet worden.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/usa-kapitol-proud-boys-gefaengnis-1.6186219/> / eingesehen am 3. September 2023

Zypern:
Angriffe auf Flüchtlinge

In der Hafenstadt Limassol an der Südküste der Mittelmeerinsel Zypern haben Hunderte Rechts-extremisten, bewaffnet mit Baseballschlägern, am Abend des 1. September Flüchtlinge und Migranten angegriffen sowie Läden und Autos von Migranten mit Steinen und Brandsätzen zerstört. Der Gewalt ging eine nationalistische Demonstration voraus, auf der »Zypern ist griechisch« skandiert wurde. Einen Tag nach den Attacken versammelten sich Hunderte Menschen auf den Straßen von Limassol. Sie demonstrierten gegen den laut ihnen allgegenwärtigen Faschismus und Rassismus im Land. »Zerschlagt den Faschismus – in Limassol und überall«, skandierten die Protestierenden.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/zypern-ausschreitungen-100.html/> / eingesehen am 11. Januar 2024

<https://www.nau.ch/news/europa/zypern-hunderte-demonstrieren-nach-angriffen-auf-migranten-66592346/> / eingesehen am 6. September 2023

Nordrhein-Westfalen / Bundesweit:
Bundesparteitag von Der III. Weg

Am 2. September 2023 führte die 2013 als Abspaltung von der NPD gegründete rechtsextreme Kleinstpartei Der III. Weg ihren 7. Bundesparteitag in einer Parteimmobilie im nordrhein-westfälischen Hilchenbach durch. Alter und neuer Parteivorsitzender ist Matthias Fischer. Unter den wenigen bekannten neonazistischen Gruppen, die vom rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) einen Spenderbrief erhielten, war auch die 2004 verbotene Fränkische Aktionsfront (F.A.F.) um Fischer. Der damals führende Kopf der neonazistischen Szene in Franken tauchte früh in Mundlos' persönlicher Kontaktliste mit 35 Namen auf, die im Rahmen der Durchsuchungsaktion der Zschäpe-Garage in Jena im Januar 1998 gefunden wurde. Die Neonazis des III. Weges wollen an der Landtagswahl in Brandenburg am 22. September 2024 teilnehmen; ebenso sollen in einigen brandenburgischen Regionen auch zur Kommunalwahl am 9. Juni 2024 Kandidaten ins Rennen geschickt werden. Eigenangaben zufolge verfügt Der III. Weg über zwei Gebietsverbände, drei Landesverbände und 23 Stützpunkte im gesamten Bundesgebiet. Die wehrsportartige Arbeitsgemeinschaft Körper & Geist sei nahezu in allen Stützpunkten aktiv und halte bereits über 100 Aktive in ihren Reihen, heißt es. Der III. Weg verfügt über Bürger- und Parteibüros in Plauen (Sachsen), Hilchenbach (NRW), Ohrdruf (Thüringen, Landkreis Gotha) und Schweinfurt (Bayern).

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://der-dritte-weg.info/2023/09/gesamtparteitag-in-hilchenbach-durchgefuehrt/>
 eingesehen am 10. September 2023

Hessen / Bundesweit:
Bundesparteitag von Die Rechte

Am 2. September fand in Hessen der 12. Bundesparteitag der 2012 gegründeten neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte statt. Als Bundesvorsitzender amtiert der Neonazi Christian Worch, der seit mehr als 40 Jahren in der Szene aktiv ist und einst Mitglied mehrerer später verbotener Neonazi-Gruppierungen war. Bei der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland 2019 erreichte Die Rechte 24.627 Stimmen und damit 0,1 Prozent.

Unter dem Motto »Rudolf Heß – Das war Mord!« führte Die Rechte am 19. August im rheinland-pfälzischen Kaiserslautern eine Demonstration durch. Redner waren neben Worch dessen jahrzehntelanger Mitstreiter Thomas Wulff (Ex-NPD-Bundesvorstandsmitglied), Lennart Schwarzbach (NPD-Bundesvorsitzender; Anmerkung der Redaktion: Nicht alle NPD-Kader haben sich der Umbenennung der NPD in Die Heimat angeschlossen), Pascal Chmielewski (zeitweilig Umfeld der neonazistischen Neuen Stärke Gera) und Mitveranstalter Florian Grabowski (Kameradschaft Rheinhessen/Die Rechte).

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://die-rechte.net/lv-nordrhein-westfalen/kv-gelsenkirchen-recklinghausen/gelsenkirchen-recklinghausen/> / eingesehen am 12. September 2023

<https://die-rechte.net/lv-suedwest/rudolf-hess-das-war-mord-bericht-zur-mord-verjaehrt-nicht-demo-in-kaiserslautern/> / eingesehen am 23. August 2023

USA:
Proud Boys-Führer verurteilt II

Am 5. September wurde Enrique Tarrío, ehemaliger Führer der Proud Boys in Washington, zu 22 Jahren Haft verurteilt. Es ist das bisher höchste Strafmaß für einen Teilnehmer des Kapitolsturms. Ein Mob aus Anhängern des damaligen Noch-Präsidenten Donald Trump hatte am 6. Januar 2021 den Sitz des US-Kongresses gestürmt, um die Machtübergabe an Joe Biden zu verhindern. Vorn dabei waren die Proud Boys. Tarrío selbst hielt sich an jenem Tag nicht in Washington auf. Im Online-Netzwerk Parler postete er den Appell: »Don't fucking leave«. Tarrío steuerte den Umsturzversuch von Baltimore aus. Sollte Trump die Wahl 2024 gewinnen, will er die verurteilten Teilnehmer des Sturms auf das Kapitol begnadigen.

https://www.nytimes.com/2023/09/05/us/politics/enrique-tarrio-proud-boys-sentenced.html?utm_source=iterable&utm_medium=email&utm_campaign=7666645 / eingesehen am 5. September 2023
 [kostenpflichtig]

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-09/proud-boys-enrique-tarrio-haftstrafe/>
 eingesehen am 11. Januar 2024

Bundesrepublik Deutschland:
**Türkische Rechtsextremisten
 im Land**

Die Bundesregierung bewertet das Personenpotenzial des türkischen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2022 mit etwa 12.100 Personen. Das sind etwa 1.100 mehr als in den Vorjahren, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke weiter hervorgeht. Danach betrug das genannte Personenpotenzial in den Jahren 2018 bis 2021 laut Bewertung der Bundesregierung 11.000 Personen.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Žaklin Nastić, Martina Renner und der Fraktion DIE LINKE. Die »Grauen Wölfe« in Deutschland und ein mögliches Verbot. BT-Drs. 20/8317 vom 9. September 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/083/2008317.pdf> / eingesehen am 11. Januar 2024

Bundesweit:
**Meuthen verlässt (auch)
 Zentrumsparterie**

Der frühere AfD-Parteivorsitzende Jörg Meuthen (2015 – 2022) ist am 8. September aus der rechts-klerikalen Deutschen Zentrumsparterie (Zusatz: »Älteste Partei Deutschlands, gegründet 1870«; Kurzbezeichnung: Zentrum) ausgetreten. Er habe erkennen müssen, »dass das Zentrum doch eine rein auf kommunaler Ebene tätige Partei« sei, »bei der die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit auf den Ebenen der Länder, des Bundes und der Europäischen Union derzeit nicht gegeben« seien »und sich mit den vorhandenen Mitteln auch nicht in mittlerer Frist schaffen lassen«. Seinen Austritt aus der AfD hatte Meuthen unter anderem damit begründet, Teile der Partei stünden seiner Meinung nach »nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung«. Nach seinem Austritt aus der AfD im Januar 2022 hatte sich der Europaabgeordnete Meuthen im Juni 2022 der rund 300 Mitglieder zählenden Zentrumsparterie angeschlossen.

Die 1870 gegründete Partei hatte im Kaiserreich und der Weimarer Republik als katholische Stimme eine wichtige Rolle inne. In der Weimarer Republik stellte die Zentrumsparterie mehrfach den Reichskanzler. Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz im Jahre 1933 hatten die Zentrums-Politiker zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten beigetragen. Nach 1945 wurde die Zentrumsparterie bei Wahlen durch die Union verdrängt. Die Zentrums-Behauptung, Deutschlands älteste Partei zu sein, ist jedoch historisch falsch. Der 23. Mai 1863 gilt als Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie, der ersten deutschen Arbeiterpartei. An diesem Tag gründete sich in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) unter dem Vorsitz von Ferdinand Lassalle.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://bnn.de/mittelbaden/ortenau/ex-afd-chef-tritt-schon-wieder-aus-partei-aus-meuthen-verlaesst-zentrum> / eingesehen am 8. September 2023

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/joerg-meuthen-frueherer-afd-chef-tritt-aus-zentrumsparterie-aus-a-5a3ecab0-c694-478b-b272-e9b072a2292a> / eingesehen am 8. September 2023

https://www.facebook.com/Prof.Dr.Joerg.Meuthen/?locale=de_DE / eingesehen am 8. September 2023

Nordrhein-Westfalen / Bundesweit:
**4. Bundesparteitag der
 Basisdemokratischen Partei
 Deutschland**

Ca. 1.100 Mitglieder der Basisdemokratischen Partei Deutschland (kurz: dieBasis), nahmen unter dem Motto »Spuren der Wahrheit – verstehen, hinterfragen, gestalten« am 4. Ordentlichen Bundesparteitag vom 8. bis 10. September in Bonn teil. 510 Mitglieder waren beim Parteitag vor Ort, über 600 Mitglieder nutzten die Möglichkeit der Online-Teilnahme, so Eigenangaben der Partei. Der Bundesvorstand mit dem Bundesvorsitzenden Sven Lingreen (Brandenburg), der Bundesvorsitzenden Skadi Helmert (Sachsen-Anhalt) und dem Bundesschatzmeister Bernd Bremer (Berlin) wurde laut Parteiangaben auf dem Parteitag vervollständigt. Stellvertretende Vorsitzende: Alexander Abramidis (Bayern) und Benjamin Dieckmann (Niedersachsen); stellvertretende Schatzmeisterin: Inka Baumann (Niedersachsen); Beauftragte für Medien und Kommunikation: Nathalie Sanchez Friedrich (Nordrhein-Westfalen) und Kai Stuht (Hamburg); Säule Freiheit: Claudia Westphal (Schleswig-Holstein); Säule Machtbegrenzung: Christoph Ulrich Meyer (Bayern); Säule Achtsamkeit: Manuela Pund (Hamburg); Säule Schwarmintelligenz: Michael Metzsig (Schleswig-Holstein); Visionäre: Luise Stein (Baden-Württemberg) und Constanze Clauss (Berlin); Querdenkerin: Monika Langer (Nordrhein-Westfalen).

Parteiangaben zufolge zählt dieBasis rund 25.000 Mitglieder und nahm seit der Gründung am 4. Juli 2020 im hessischen Kirchheim an zehn Landtagswahlen, drei Kommunalwahlen und der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag teil. Die im Umfeld der Proteste gegen Schutzmaßnahmen zur Covid-Pandemie ins Leben gerufene Kleinpartei gilt als parteipolitischer Arm der Querdenken-Bewegung.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://diebasis-partei.de/2023/09/diebasis-konsequent-fuer-frieden/> / eingesehen am 13. September 2023

<https://diebasis-partei.de/team/bundesvorstand/> / eingesehen am 16. Februar 2024

Berlin:
Kundgebung
»Raus aus der NATO!«

Unter dem Motto »Raus aus der Nato« hat die im Mai 2023 neugegründete russophile Vereinigung »Aufbruch Frieden – Souveränität – Gerechtigkeit« am 9. September in der Bundeshauptstadt Berlin, nahe der US-Botschaft, eine Kundgebung mit ca. 50 Demonstrierenden abgehalten. Kritisiert wurde die »unverändert katastrophale Rußland- und Ukrainepolitik der Bundesregierung«. In Reden wurden eine »Ausgleichspolitik mit Russland sowie diplomatische Lösungen anstatt ständig neuer Waffenlieferungen an die Ukraine« gefordert. Redner waren unter anderem die putintreue Kölnerin Elena Kolbasnikova, der langjährige Leverkusener Szene-Rechtsanwalt und rechtsextreme Kommunalpolitiker Markus Beisicht, der Islamist und frühere Linksterrorist Bernhard Falk und der frühere Landesvorsitzende der AfD Sachsen-Anhalt, André Poggenburg. Die Gruppierung, ein Bündnis aus Putin-Unterstützern, Rechtsextremisten, Querdenkern und konservativen Muslimen, mache Stimmung gegen den Westen, die NATO und die Bundesregierung, so eine Einschätzung durch das ZDF. »Aufbruch Frieden – Souveränität – Gerechtigkeit« will im Juni an der Europawahl teilnehmen. Ein entsprechender Abruf beim Bundeswahlleiter am 9. Januar 2024 ergab jedoch keinen Treffer. Kolbasnikova und Poggenburg sind die Vorsitzenden der Vereinigung. Gefordert werden unter anderem der Austritt aus Nato und EU und die »Zerschlagung des Altparteienkartells«. Als Kontaktadresse fungiert das Rittergut Nöbeditz von Poggenburg im südlichen Sachsen-Anhalt.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.zdf.de/politik/frontal/propaganda-putin-unterstuetzer-partei-europawahl-100.html> / eingesehen am 28. November 2023

<https://zuerst.de/2023/09/14/politisches-signal-gegen-die-kriegspolitik-der-ampel-raus-aus-der-nato/> eingesehen am 28. November 2023

<https://www.aufbruch.online/eingesehen> am 28. November 2023

Bundesweit:
Alice Weidel im
Sommerinterview der ARD

Im ARD-Sommerinterview am 10. September deutete AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel das Kriegsende 1945 um. Gefragt, warum sie, anders als ihr AfD-Co-Parteichef Tino Chrupalla, nicht auch beim Empfang der russischen Botschaft zum Jahrestag der Kapitulation des NS-Regimes war, erklärte Weidel: »Ich habe für mich entschieden, das ist eine persönliche Entscheidung gewesen, aus politischen Gründen daran nicht teilzunehmen. Also hier die Niederlage des eigenen Landes zu befeiern, mit einer ehemaligen Besatzungsmacht. Das ist etwas, wo ich für mich persönlich entschieden habe, auch mit der Fluchtgeschichte meines Vaters, daran nicht teilzunehmen.« Damit verkennt oder verschweigt die AfD-Frontfrau, dass durch den Ausgang des Zweiten Weltkriegs Deutschland vom NS-Regime befreit wurde. Dieses geschichtsrevisionistische Bekenntnis erinnert an Alexander Gaulands »Vogelschiss«. Als solchen hatte der geschichtskundige damalige AfD-Bundesvorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende seiner Partei 2018 die NS-Diktatur in der tausendjährigen deutschen Geschichte bezeichnet und diese damit dreist relativiert.

Scharfe Kritik an der Schuldumkehr von Weidel übte der Historiker Jens-Christian Wagner, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Dies sei »klassischer Geschichtsrevisionismus, wie wir ihn seit den 1950er-Jahren aus der extremen Rechten kennen«. Und: »Mit einem solchen Geschichtsbild zeigt man keinerlei Bereitschaft, sich gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland abzugrenzen und deutlich zu machen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus war. Weidel deutet ihn um in einen Tag der Niederlage.«

Auf Weidels Seite positionierte sich die Rechtspostille Junge Freiheit. Deren Stammautor Karlheinz Weißmann führte aus, dass die heute Lebenden »die relative Uneindeutigkeit des damaligen Geschehens leugnen und es im Sinne einer ‚Befreiung‘ zu vereindeutigen suchen«. Dies habe »gelegentlich mit Dummheit, meistens mit Verdrängung, und immer mit dem Fehlen jedes Empfindens nationaler Würde zu tun«. Insofern muss man gemäß Weißmann »dankbar sein, wenn jemand daran erinnert, daß es angesichts der ‚Niederlage des eigenen Landes‘ nichts zu feiern gibt«. Am 8. Mai 1985 hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Ende des Zweiten Weltkrieges eine »Befreiung« genannt. Er prägte damit die Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland bis heute.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

ARD-Sommerinterview mit Alice Weidel: <https://www.youtube.com/watch?v=54WkZLcdfSQ> / eingesehen am 15. September 2023

<https://www.tagesspiegel.de/politik/niederlage-des-eigenen-landes-afd-chefin-weidel-empfort-mit-aussage-zur-kapitulation-nazi-deutschlands-10452934.html> / eingesehen am 15. September 2023

Norbert Frei: *Die Rede, in: Die Zeit vom 12. Oktober 2023, S. 21*

<https://www.fr.de/politik/weidel-ard-sommerinterview-afd-hoecke-queer-extremisten-kanzler-deiss-92511655.html> / eingesehen am 12. September 2023

Karlheinz Weißmann: *Geschichtspolitik. Weidel gegen die Dummheit*, in: *Junge Freiheit* vom 15. September 2023, S.1

Bundesweit:
**Ex-Verfassungsschutzpräsident
auf Abwegen III**

Hans-Georg Maaßen, gescheiterter CDU-Bundestagskandidat, Präsident des Bundesverfassungsschutzes a. D. und Vorsitzender der Werteunion, nimmt auch im September Stellung zu tagesaktuellen Themen. Seine Feindbilder sind die »ökosozialistische Bundesregierung« und in deren Gefolge die von ihm so diffamierten »Haltungsjournalisten«. RECHTS.GESCHEHEN dokumentiert O-Töne von Maaßen aus dem Monat September:

»Die ökosozialistischen Politiker wollen offensichtlich diese Krise. Sie wollen die Masseneinwanderung, weil sie eine andere Gesellschaft wollen, sie wollen das Heizungsgesetz und die Verarmung der deutschen Bevölkerung, weil sie dadurch ihr ideologisches Transformationsvorhaben durchsetzen können. Und sie wollen die Einschränkung der Meinungsfreiheit und eine regierungsfreundliche Medienberichterstattung, denn ohne sie könnten sie ihre Projekte nicht durchsetzen.« »Ich hoffe, dass man uns nicht bis 2025 mit Bundestagswahlen auf die Folter spannt, sondern dass wir vorgezogene Neuwahlen bekommen. Am besten schon nach dem kommenden Winter, damit die Deutschen die Gelegenheit haben, mit diesen Parteien an den Wahlurnen abzurechnen. Rücktritte von Politikern, die dem linken Bereich zuzuordnen sind, finden auch bei größten politischen Verfehlungen derzeit so gut wie gar nicht mehr statt, weil die Staats- und Haltungsvermedien die Skandale totschweigen oder sich sogar wie journalistische Leibwächter vor ihre Politiker werfen, um sie vor Angriffen zu schützen.« »Teile der katholischen Kirche – wie andere Teile der Gesellschaft – sind inzwischen von grün-woken Glaubenskämpfern unterwandert worden.«

Die Werteunion gilt als AfD-nah und in Teilen rechtspopulistisch. Spätestens mit der Wahl Maaßens zum Vorsitzenden im Januar 2023 ist die Werteunion in der CDU-Bundesspitze diskreditiert. Bei der bundesweiten Mitgliederversammlung der Werteunion in Thüringen am 10. Juni 2023 wurden zwei politische Beschlüsse verabschiedet. Punkt eins: »Die Parteivorsitzenden von CDU und CSU werden aufgefordert, ALLE Koalitionen mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu beenden.« Punkt zwei: »Die Innenminister der von CDU und CSU regierten Bundesländer werden aufgefordert, die sog. Antifa als kriminelle Organisation zu verbieten. Jegliche Mitgliedschaft, Mittäterschaft, Unterstützung und Solidarität sind unvereinbar mit den Werten der CDU/CSU und müssen zum Parteiausschluss führen.«

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.alexander-wallach.de/gastbeitraege/ohne-einschraenkung-der-meinungsfreiheit-koennen-sie-ihre-ideologischen-transformationsvorhaben-nicht-durchsetzen/> / eingesehen am 10. September 2023

<https://werteunion.de/neuer-bundesvorstand-der-werteunion-turnusgemaess-gewaehlt/> / eingesehen am 12. Juni 2023

Chile / Bundesrepublik
Deutschland / Österreich:
**Putsch vor 50 Jahren:
der 11. September 1973**

Am 10. September 2023, dem Vorabend des 50. Jahrestages des Militärputsches, gab es in Chiles Hauptstadt Santiago de Chile einen Gedenkmarsch für die Opfer der Diktatur. 6.000 Menschen zogen vom Stadtzentrum zum Hauptfriedhof der Stadt, wo sich auch das Grab des gestürzten Präsidenten Salvador Allende befindet. Auf dem Friedhof erinnert eine Gedenkstätte an die Opfer der Militärdiktatur.

Am 11. September 1973 wurde die demokratisch-sozialistische Regierung Chiles unter Salvador Allende durch einen Putsch unter Anleitung von Augusto Pinochet, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, und unter Mithilfe der US-Administration unter Richard Nixon und Henry Kissinger gestürzt. Die Militärdiktatur wurde mit massiver Unterstützung der USA installiert. Die USA wollten nach Kuba keinen zweiten sozialistischen Staat in ihrem »Hinterhof« akzeptieren.

Am 4. September 1970 hatte Allende als Kandidat der sozialistischen Partei Unidad Popular mit über 36 Prozent der Stimmen die chilenischen Präsidentschaftswahlen knapp gewonnen. In der Folge verstaatlichte die Regierung Banken und Kupferminen und leitete ein Bodenreformprogramm ein. Chile sollte den Chilenen gehören, so das Credo von Allende.

Stattdessen geriet Chile unter anderem durch ausländische Einflussnahme, Blockade rechter Unternehmer sowie hohe Inflation in massive wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ein Streik lähmte die Wirtschaft des ganzen Landes. Innenpolitische Unruhen erschütterten das Land.

Sofort nach dem Sturz von Allende wurde das Parlament aufgelöst und die Unidad Popular verboten. Militär und Polizei, sowie die ab 1974 neu gegründete Geheimpolizei Dirección Nacional de Inteligencia (DINA) begannen sofort gegen Mitglieder und Sympathisanten der gestürzten Regierung, linken Parteien und Gewerkschaften repressiv vorzugehen.

Die Gewaltherrschaft forderte nach offiziellen Angaben über 3.000 Tote, nach Schätzungen wurden während der Diktatur in Chile bis zu 500.000 Menschen gefangen gehalten und gefoltert, 200.000 flohen aus politischen Gründen ins Ausland, jeder Widerstand wurde brutal verfolgt und niedergeschlagen. Das Schicksal von mindestens 1.000 Opfern ist ungeklärt. Erst 1990 endete das Regime unter Pinochet. Pinochet starb 2006 im Alter von 91 Jahren an einem Herzinfarkt, ohne je für die Verbrechen unter seiner Herrschaft verurteilt worden zu sein. Die Aufarbeitung der Verbrechen begann spät und dauert bis heute an.

Ende August 2023 verurteilte das Oberste Gericht in Santiago ein halbes Dutzend Militärs. Ihnen wurde unter anderem zur Last gelegt, den Sänger Victor Jara ermordet zu haben. Einer der Verurteilten, der 85-jährige Reservegeneral Hernán Chacón, entzog sich einen Tag nach der Urteilsverkündung durch Selbsttötung seiner Verhaftung. Jara, dessen Lieder später als Hymnen des Widerstandes galten, war einer von Tausenden Regimegegnern, die im September 1973 ins Estadio Chile verschleppt wurden. Der Kommunist Jara wurde am 13. September 1973, zwei Tage nach dem Staatsstreich, ermordet.

Zum Machtapparat der Diktatur gehörte auch die 1961 von ausgewanderten Deutschen um Paul Schäfer gegründete Colonia Dignidad. Das Areal der in Südkhile gelegenen deutschen Sekte Colonia Dignidad diente als Folterbasis der DINA sowie als Produktions- und Umschlagstätte für Waffen. Die Verbrechen in der Colonia Dignidad sind – auch von deutscher Seite – bis heute noch nicht umfassend aufgearbeitet.

Gleiches gilt für die Rolle des einstigen SS-Standartenführers Walther Rauff, einst Gruppenleiter im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin. Rauff war in der NS-Zeit maßgeblich am Einsatz von Gaswagen zur Ermordung von Juden und anderen KZ-Häftlingen beteiligt. In dem chilenischen Folterlager konnte er sein mörderisches Tun fortsetzen.

Von führenden Unionspolitikern erfuhr die Militärdiktatur Anerkennung und Unterstützung; sie äußerten sich lobend über das antikommunistische Regime. Der damalige bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) kommentierte die Errichtung der Militärdiktatur in Chile mit den Worten: »Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang.« Der damalige CDU-Generalsekretär Bruno Heck reiste als Zeichen der Solidarität mit den Putschisten nach Chile. Der Politiker vertrat die Auffassung, die Generäle hätten »das Land nur vor dem Bürgerkrieg gerettet«. Auf die Frage nach Berichten, denen zufolge das Nationalstadion in Santiago unter Pinochet in ein Gefangenenlager verwandelt worden sei, in dem Tausende Oppositionelle gefoltert würden, antwortete Heck, die Unterbringung der Häftlinge auf dem blanken Zementboden sei zwar ausgesprochen schlecht, die Häftlinge könnten sich aber »den ganzen Tag über im Freien bewegen«, was bei sonnigem Wetter für die Inhaftierten sicher angenehm sei.

Ähnlichen menschenverachtenden Zynismus verbreitete im September 2023 die rechtsextreme österreichische Wochenzeitung Zur Zeit (ZZ). Das FPÖ-nahe Blatt verlautbarte: »Obwohl die neue Staatsführung den Belagerungszustand verhängt, stellen sich in den Außenbezirken der Hauptstadt fanatische Linksradikele den Soldaten entgegen. Das Fußballstadion von Santiago dient als Sammelager für Marxisten, bewacht von Soldaten, Carabineros und Paramilitärs der Bewegung Patria y Libertad. Denn es erweist sich als notwendig, diejenigen, die Chile ins Friedenslager der Sowjetunion lotsen wollen, eine Zeitlang außer Verkehr zu ziehen.« Erich Körner-Lakatos, Autor dieses hasserfüllten Artikels, denunziert Allende als einen von »messianischen Sendungsbewusstsein geblendete[n] Marxist[en]«, der sich »seiner Verantwortung durch Selbstmord« entzog. Allende erschoss sich im Saal Toesa des Regierungspalastes La Moneda, als die Lage während des Putsches aussichtslos wurde. 1977 reiste Strauß in seiner Eigenschaft als CSU-Vorsitzender selbst nach Chile, wo er Pinochet traf und erneut die Junta rechtfertigte: »Ich habe keine Zweifel, daß Chile ein demokratisches und freies Land ist.« In Santiago de Chile wurde ihm im Gegenzug die Ehrendoktorwürde der Rechtswissenschaft verliehen.

Zum Thema »Chile gestern und heute« referierte im Oktober auf Einladung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus Dr. Dieter Maier im Generallandesarchiv Karlsruhe. Der Journalist und Wissenschaftler Maier setzte sich ab 1974 bei Amnesty International haupt- und ehrenamtlich für die Menschenrechte gefangener und gefolterter Chilenen während der Gewaltherrschaft unter General Pinochet ein. Maier informierte in seinem Vortrag über neue Erkenntnisse zu Rauff aus erst vor Kurzem freigegebenen Akten des Bundesnachrichtendienstes (BND).

Rauff war 1958 vom Bundesnachrichtendienst rekrutiert worden, um »die Ausbreitung des Kommunismus auf dem amerikanischen Subkontinent möglichst zu verhindern«. Bis 1962 stand er in Diensten des BND. Angebahnt hatte den Kontakt Wilhelm Beissner. Beissner (BND-Nummer: V-11 728) war einst Referent im Außenpolitischen Amt der NSDAP und später Sturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Er kannte Rauff, weil auch er in Nordafrika eingesetzt worden war. Der BND wusste von Anfang an, mit wem er es zu tun hatte, betonte Maier. »Einsatzleiter der Vergasungswagen« stand auf einer Karte zu Rauff aus der Zeit der Organisation Gehlen (OG), dem Vorläufer des BND.

Dieter Maier berichtete, dass erstmals Zeugen aus dem chilenischen Geheimdienst die führende Rolle des ehemaligen SS-Standartenführers bei der Organisation systematischer Folter und dem Verschwindenlassen bestätigten. Mindestens 100 der während der Diktatur von Pinochet Verschwundenen endeten in der Colonia Dignidad. Die Opfer wurden in Kühlwagen von Folterzentren in Santiago aus zum staatlichen Fischereiunternehmen Pesqueira Arauco in San Antonio gebracht, geschreddert und zu Fischmehl verarbeitet. Rauff war vor Ort anwesend, führte Maier aus. Leichen von Gefangenen wurden auch in einem Krematorium für streunende Hunde in Santiago verbrannt. Ein Zeuge spricht laut Maier von »mehr als 300« Fällen dieser Entsorgung. Das letzte Glied in der Kette Verhaftung – Folter – Ermordung – Beseitigung der Leichen war eine eigene Abteilung der DINA, von der ein weiterer Zeuge sagt, sie habe Sección para solución final (»Sektion für die Endlösung«) geheißen. Am 14. Mai 1984 starb Rauff in Santiago. An seinem Grab schrie der Chilene Miguel Serrano, Begründer des esoterischen Hitlerismus, lauthals »Heil Hitler« und reckte den Arm zum Hitlergruß.

Für sein außergewöhnliches Engagement am Gemeinwohl wurde Dieter Maier 2019 mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland am Bande ausgezeichnet.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit: »deutlich gestiegene« Hasskriminalität

Die für Antidiskriminierung und Minderheitenrechte zuständigen Beauftragten des Bundes sowie der Bundesopferbeauftragte haben in einer gemeinsamen Erklärung am 11. September ihre Sorge vor den deutlich gestiegenen Zahlen im Bereich der Hasskriminalität und Anfeindungen einzelner Gruppen geäußert: »Rassistische, antisemitische und antiziganistische Hassverbrechen und Verbrechen wegen des Geschlechts und sexueller Identität nehmen drastisch zu in unserem Land. Im schlimmsten Fall münden diese in extremistischen und terroristischen Anschlägen. Gleichzeitig beobachten wir mit großer Sorge, dass in Wahlkämpfen und medialen Debatten wieder zunehmend Ressentiments geschürt werden und in sozialen Medien unverhohlen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geäußert wird. Oft geht es dabei gegen Geflüchtete, gegen Juden und Muslime, gegen Sinti und Roma, Frauen, Menschen mit Behinderungen, gegen queere Menschen und andere. Das schadet unserer Demokratie.«

Weiterhin betonen die für Antidiskriminierung und Minderheitenrechte zuständigen Beauftragten des Bundes sowie der Bundesopferbeauftragte gemeinsam: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich« und »niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner sexuellen Identität, aus rassistischen, antisemitischen oder antiziganistischen Gründen, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.« In der Erklärung wird gefordert, dass das »Diskriminierungsverbot in Artikel 3 unseres Grundgesetzes [...] geachtet und gelebt werden« muss: »Der Staat steht in der Pflicht, den Schutz vor Diskriminierung durchzusetzen. Menschen in Deutschland dürfen niemals wieder diskriminiert, herabgesetzt oder bedroht werden.«

Unterzeichnet wurde die Erklärung von der Integrations- und Antirassismusbeauftragten der Bundesregierung Reem Alabali-Radovan, der Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung Ferda Ataman, dem Antiziganismusbeauftragten Mehmet Daimagüler, dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Jürgen Dusel, der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags Eva Högl, dem Antisemitismusbeauftragten Felix Klein, dem Beauftragten der Bundesregierung für die Anliegen von Betroffenen von terroristischen und extremistischen Anschlägen im Inland Pascal Kober, dem Queer-Beauftragten der Bundesregierung Sven Lehmann, der Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Natalie Pawlik und dem Beauftragten der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit Frank Schwabe.

Nach der Definition des Bundesinnenministeriums handelt es sich bei »Hasskriminalität« um Straftaten, die durch gruppenbezogene Vorurteile motiviert begangen werden. Im Bereich der »Hasskriminalität« hat die Zahl der Straftaten nach Angaben des Ministeriums deutlich von 10.501 im Jahr 2021 auf 11.520 in 2022 zugenommen. Dies entspricht einem Anstieg um 9,7 Prozent.

https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/AS/2023/PM06_Hasskriminalitaet.html / eingesehen am 11. September 2023

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/hasskriminalitaet-deutschland-bundesbeauftragte-100.html> / eingesehen am 11. September 2023

Bundesweit:

CeMAS Report

»Where's the Money at?

Rechtsextreme Spendenfinanzierung über Telegram«

Welche Wege Rechtsextremisten zur Akquise von Spenden nutzen, welche Akteure der Szene dabei besonders aktiv sind und wie hoch zum Teil die eingeworbenen Summen sind, das hat die Organisation CeMAS untersucht und ihre Ergebnisse in einem Report am 11. September vorgestellt. Für den Bericht »Where's the Money at? Rechtsextreme Spendenfinanzierung über Telegram« wurden mehr als 1.297.000 Nachrichten aus dem Zeitraum von September 2016 bis Mai 2023 aus 419 deutschsprachigen rechtsextremen Telegramkanälen analysiert, um ein detailliertes Bild der Finanzierungsmechanismen zu erhalten. Die Ergebnisse zeigen, dass die Digitalisierung den Akteuren ermöglicht, zum Teil niedrigschwellig und besonders effizient auf verschiedene Wege der Spendenakquise zurückzugreifen: Von konventionellen IBANs über PayPal-Accounts sowie Crowdfunding- und Livestreamplattformen bis zu modernen Zahlungswegen wie Kryptowährungen nutzen Rechtsextreme eine ganze Bandbreite an Transaktionsmethoden, um Spenden zu generieren. Der Report verdeutlicht die Notwendigkeit, politische wie behördliche Eindämmungsmöglichkeiten zu entwickeln und den öffentlichen Druck zu erhöhen, um ein wichtiges Instrument bei der Einschränkung des rechtsextremen Wirkungsbereichs nicht ungenutzt zu lassen.

Das gemeinnützige Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) will die Gesellschaft befähigen, Verschwörungsideologien, Desinformation, Antisemitismus und Rechtsextremismus im Rahmen aktueller Problemlagen und zukünftiger Krisen aktiv entgegenzutreten. Dazu werden demokratiefeindliche Tendenzen frühzeitig erfasst und analysiert. CeMAS stellt seine Analysen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren zur Verfügung, um gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen konstruktiv zu begegnen. CeMAS arbeitet nach einem interdisziplinären Ansatz, der psychologische und sozialwissenschaftliche Perspektiven mit modernen Data-Science- und investigativen journalistischen Methoden verbindet. Auf diese Weise besteht ein kontinuierlicher Austausch von Expertisen aus verschiedenen Blickwinkeln, die in den Bereichen Monitoring, Analyse und Strategie ihren Ausdruck finden.

<https://cemas.io/publikationen/wheres-the-money-at-rechtsextreme-spendenfinanzierung-ueber-telegram/> eingesehen am 11. September 2023

Österreich:

Wiener Akademikerbund:

Festakt mit AfD-Ehregast

Der extrem rechte Wiener Akademikerbund hat am 11. September zu einer zweiteiligen Veranstaltung nach Wien eingeladen. Anlass war der 340. Jahrestag der Schlacht am Kahlenberg. Gefeierte wurde auf der Veranstaltung der Sieg über die Türken, die Wien im Jahre 1683 belagerten. Unter den Ehrengästen tummelte sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron, zugleich außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Über den Vortrag von Bystron berichtete das rechtsextreme Internetportal Politically Incorrect. Demnach führte der AfD-Politiker aus: »Während unsere Vorfahren damals unsere Souveränität verteidigten, opfern die heutigen Regierungen sie auf dem Altar der Internationalisierung. Ein gemeinsames Merkmal der globalistisch eingestellten Regierungen und der Brüsseler Führung sei es, dass diese nicht mehr die Interessen der eigenen Bevölkerung vertreten«, so Bystron. »Im Moment erleben wir eine Erosion der Demokratie. Die Meinungsfreiheit werde massiv eingeschränkt, der Korridor des Sagbaren immer mehr eingeeengt. Zensurmaßnahmen unterschiedlichster Natur werden gerade implementiert. Diejenigen, die die globalistische Agenda kritisieren, einschließlich Kritik am Islam, haben mit überaus großen Sanktionen zu rechnen.« Der Wiener Akademikerbund hat sich in den letzten Jahren »zum antisemitischen, homophoben und rassistischen Rechtsaußen-Think-Tank entwickelt, der auch schon mehrere Holocaustleugner als Vortragende im Programm hatte«, konstatiert das österreichische Internetportal »Stoppt die Rechten«. »Stoppt die Rechten« bietet das größte kostenlos zugängliche Online-Archiv Österreichs zum Thema »Rechtsextremismus«.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.stopptdierechten.at/2023/09/18/rueckblick-kw-37-23/> / eingesehen am 18. September 2023

<https://www.pi-news.net/2023/09/wiener-akademikerbund-erinnerte-an-die-schlacht-am-kahlenberg/> eingesehen am 17. September 2023

<https://unser-mittleuropa.com/wiener-akademikerbund-festakt-zum-340-jahrestag-der-tuerkenbefreiung-wiens-mit-ehrengaesten/> / eingesehen am 16. September 2023

Weltweit / Bundesweit:

Demokratiezustimmung schwindet

Am 12. September wurde die neue Studie der Open Society Foundations (OSF) vorgestellt. Insgesamt erfasst die repräsentative Erhebung Länder mit einer Gesamtbevölkerung von 5,5 Milliarden Menschen. Es handelt sich nach Angaben der OSF um »eine der größten jemals durchgeführten öffentlichen Meinungsumfragen zu Menschenrechten und Demokratie in 30 Ländern«. Der Erhebung zufolge halten weltweit 72 Prozent aller Befragten über 56 Jahre die Demokratie für die beste Staatsform. Im Altersbereich zwischen 18 und 35 Jahren erachten jedoch nur 57 Prozent die Demokratie als die beste Regierungsform. 60 Prozent der Befragten in der Bundesrepublik Deutschland erachten die Demokratie als allen anderen Regierungsformen überlegen (Durchschnittswert 62 Prozent). 14 Prozent der Befragten in der Bundesrepublik Deutschland halten eine Militärherrschaft für eine gute Möglichkeit, ein Land zu regieren. Nur 51 Prozent der befragten Deutschen denken, dass Menschenrechte zu einer besseren Welt beitragen können; der globale Durchschnitt liegt bei 72 Prozent.

<https://www.opensocietyfoundations.org/focus/open-society-barometer> / eingesehen am 12. September 2023

<https://www.sueddeutsche.de/politik/studie-demokratie-umfragen-militaerherrschaft-1.6216866> / eingesehen am 12. September 2023

Frankreich:

Neonazis planen Anschlag auf den Deportierten-Friedhof des Lagers Gurs

Gurs war das Lager in Südfrankreich, in dem Ende Oktober 1940 über 6.500 jüdische Menschen aus Baden, der Pfalz und dem Saarland nach der Vertreibung aus ihrer Heimat interniert wurden. Im September wurde der Friedhof des Lagers mit über 1.000 Gräbern jüdischer Menschen auch aus badischen Städten wie Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim, die 1940/41 im Lager starben, zum Ziel einer neonazistischen Aktion. Nach der Verteilung von antisemitischen Flugblättern in der Bretagne, im Jura und in Dijon im Frühjahr und im Sommer wurden auch in Briefkästen in Gurs Flugblätter mit Hakenkreuz-Symbolen und der Zahl »88« (für »Heil Hitler«) verteilt. Gefordert wird darin die »Wiederherstellung der Vorherrschaft der weißen Rasse in Europa«. Jüdische Menschen wurden bedroht. Nach Informationen der regionalen Behörden gab es Hinweise darauf, dass Antisemiten planten, den Friedhof des Lagers Gurs zu zerstören. Daraufhin überwachte die Polizei den Zugang zum Deportierten-Friedhof und dem ehemaligen Lagergelände in Gurs. Drei Verdächtige wurden am 13. September festgenommen.

<https://www.gedenkstaetten-bw.de/gst/gurs> / eingesehen am 16. September 2023

Informationen von Brigitte und Gerhard Brändle vom 14. September 2023 (nach Berichten in den französischen Regionalzeitungen Sud Ouest und La République, im Kanal France Bleu, Informationen der Amicale du camp de Gurs)

Baden-Württemberg:

Neonazi-Besuch an Rommel-Grabmal

Neonazi-Aktivisten der Stützpunkte München / Oberbayern und Württemberg des III. Weges haben im September das Grabmal des am 14. Oktober 1944 verstorbenen »Wüstenfuchses« Erwin Rommel besucht und berichten darüber: »Unklar ist, ob sich Rommel auf ‚Anordnung von oben‘ das Leben genommen hat, ob er vergiftet worden ist oder ob er letztlich nur an den Folgen des Unfalls verstorben ist. Letztlich wurde Rommel jedoch mit einem Staatsakt beerdigt, bei dem Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt die Totenrede hielt.« Fakt ist, dass Generalfeldmarschall Rommel durch erzwungenen Suizid mittels einer Zyankalikapfel starb. Zuvor war Rommel vor allem in Ungnade gefallen, weil er mit den Hitler-Attentätern vom 20. Juli in Verbindung gebracht wurde. Weil Rommel in der Bevölkerung so beliebt war, missbrauchte das NS-Regime Rommels Tod propagandistisch; so auch bei einem Staatsakt.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://der-dritte-weg.info/2023/09/fuer-deutschland-besuch-am-grabmal-rommels/> / eingesehen am 16. September 2023

Bundesweit:

Anstieg der AfD-Mitgliederzahl

Mit Stand von Mitte September verzeichnet die AfD bundesweit 34.000 Mitglieder. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht das einem Anstieg um rund 5.500 Mitglieder, also einer Steigerung von etwa 20 Prozent. Dazu die AfD-Bundessprecher, Tino Chrupalla und Alice Weidel: »Die Gründe für den hohen Zuwachs in den Umfragewerten und bei den Mitgliederzahlen sind vielfältig. Die AfD hat gegen das Gebäudeenergiegesetz gestimmt, das Millionen Hausbesitzer enteignet. Die AfD setzt sich für die Beendigung des Ukrainekrieges ein und fordert einen Untersuchungsausschuss, der die Corona-Krise aufklären soll. Mit der AfD würden die hohen Energiepreise und damit auch die Inflation gesenkt werden, weil die Alternative auf Kernkraft und russisches Gas setzen würde.«

<https://www.pi-news.net/2023/09/afd-verzeichnet-bundesweit-starken-mitgliederzuwachs/> / eingesehen am 14. September 2023

Bundesweit:
AfD-MdB: Deutschland ist
»mehr als die BRD«

Der 1991 in Mecklenburg-Vorpommern geborene Hannes Gnauck, seit 2021 AfD-Bundestagsabgeordneter und seit 2022 Bundesvorsitzender der ca. 2.100 Mitglieder umfassenden AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA), gibt sich in einem Interview mit der Jungen Freiheit großdeutschen Visionen hin: »Und natürlich ist Deutschland mehr als die BRD«. Weiter erklärt der selbsternannte »Widerstandskämpfer«: »Das Geflecht aus Regierung und CDU, Inlandsgeheimdienst, staatlich finanzierten NGOs und Medien – der gesamte institutionelle Apparat unter Kontrolle dieser linksliberalen Eliten ist es, der die AfD in diesem Land, so wie Alice Weidel es mal sagte, zu politisch Verfolgten macht.« Die JA fungiert als Sammelbecken für Neurechte, Identitäre, Burschenschaftler und Neonazis. Der Verfassungsschutz hat die Jugendorganisation im April 2023 als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft. Es bestünden keine Zweifel mehr, dass die JA »verfassungsfeindliche Bestrebungen« verfolge, so Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Demnach propagiere die JA ein »völkisches Gesellschaftskonzept, das auf biologistischen Grundannahmen beruht«. Es gehe der JA »um eine generelle Herabwürdigung des demokratischen Systems«. Im Juni hat die Behörde nach AfD-Angaben diese Feststellungen vorläufig zurückgenommen und die Einstufung vorläufig ausgesetzt. Hintergrund ist offenbar ein Eilantrag.

Interview mit Hannes Gnauck, in: Junge Freiheit 15, September 2023, S.3

JA zum Rechtsextremismus. Die Jugendorganisation der AfD wird immer radikaler, zugleich wächst ihr Einfluss in der Mutterpartei. Wer sind ihre wichtigsten Köpfe - und was macht die ‚Junge Alternative‘ erfolgreich?, in: Der Spiegel, 19/2023, S. 36-39

Spanien:
Aufarbeitung der Franco-Diktatur

Am 15. September, fast 50 Jahre nach Ende der Franco-Diktatur (1939–1975), hat mit dem 67-jährigen Julio Pacheco Yepes erstmals ein Folteropfer der damaligen Zeit in Madrid vor einem Gericht ausgesagt. Bisher wurden in Spanien alle Klagen von Opfern der Diktatur wegen des sogenannten Amnestiegesetzes von 1977 von der Justiz abgewiesen. Zwei Jahre nach dem Tod Francos waren während des Übergangs zur Demokratie im Oktober 1977 die Amnestiegesetze in Spanien beschlossen worden. Demzufolge können alle politischen Straftaten, die während der Diktatur von Oppositionellen, aber auch von »Beamten und Mitarbeitenden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung« begangen wurden, nicht strafrechtlich verfolgt werden. Dass nun erstmals ein Verfahren überhaupt eröffnet werden konnte, ermöglicht das im Oktober 2022 erlassene »Gesetz für das demokratische Gedächtnis«. Demnach konnte die Richterin Ana María Iguácel die Klage Pachecos wegen der »möglichen Existenz« von »Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Folter« zulassen, die sich aus der Polizeiakte ergab. Solche Straftaten können nach internationalem Recht nicht verjähren. Zuvor waren rund hundert Klagen in Spanien zu Straftaten während der Diktatur wegen Verjährung oder wegen der Amnestiegesetzgebung abgewiesen worden.

Der damals 19-jährige Pacheco und seine Frau waren 1975 wegen ihrer politischen Aktivitäten in einer studentischen Organisation festgenommen worden. In der Direktion der Sicherheitsbehörde DGS an der Puerta del Sol im Zentrum von Madrid wurden sie tagelang von der Geheimpolizei gefoltert und dann unter dem Vorwurf des Terrorismus im Gefängnis inhaftiert. Einen Monat nach Francos Tod, im Dezember 1975, kamen die beiden Folteropfer wieder frei. Wenige Monate später wurden sie begnadigt.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://orf.at/stories/3331312/> eingesehen am 20. September 2023

<https://www.aljazeera.com/news/2023/9/15/spains-franco-era-torture-victim-to-testify-in-court-for-first-time/> eingesehen am 20. September 2023

Bundesweit:
Erster Jahresbericht zu
Antiziganismus vorgelegt

Am 18. September veröffentlichte die bundesweite Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) ihren ersten Jahresbericht und präsentierte dessen Ergebnisse auf der Bundespressekonferenz in Berlin. Für das Jahr 2022 haben MIA und ihre regionalen Meldestellen bundesweit insgesamt 621 antiziganistische Vorfälle erfasst. Die Vorfälle zeigen, dass Antiziganismus für Betroffene alltäglich ist. Jeder vierte Vorfall (158 Fälle) lässt sich dem Alltag zuordnen. Auch im Wohnkontext (121 Fälle) sowie im Umgang mit Behörden (119 Fälle) sind zahlreiche Vorfälle erfasst worden. Mit den von MIA dokumentierten Vorfällen wird nur ein Teil des Dunkelfeldes von antiziganistischen Vorkommnissen erhellt. Dennoch geben die Daten einen ersten Überblick über das Ausmaß und die Dimensionen von Antiziganismus in der Bundesrepublik Deutschland. Dr. Guillermo Ruiz, Bundesgeschäftsführer von MIA, äußert dazu: »Alle sind aufgerufen, antiziganistische Vorfälle zu melden und ihre Stimme

gegen Antiziganismus zu erheben.« Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma bekräftigt: »Die Bekämpfung des Antiziganismus kann nicht die Aufgabe der Minderheit, sondern muss eine Aufgabe unserer gesamten Gesellschaft sein.«

Dr. Mehmet Daimagüler, Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, sagte: »Ich glaube, dass sich antiziganistische Vorfälle natürlich quer durch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ziehen. Ich glaube, dass sie alle bekämpft werden müssen. Aber sie müssen besonders bekämpft werden, wenn sie in staatlichen Institutionen vorkommen. Der Rassismus auf der Straße ist schlimm. Der Rassismus auf Behörden-gängen ist nicht akzeptabel.«

MIA ist mit Förderung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat entstanden und besteht aus einer Bundesgeschäftsstelle in Berlin und regionalen Meldestellen in den Bundesländern. MIA sammelt und analysiert Angaben darüber, wie und in welchem Umfang Antiziganismus ausgeübt wird. Die Bundesgeschäftsstelle nimmt telefonisch, elektronisch sowie face-to-face bundesweit Vorfälle entgegen. Sie baut regionale Netzwerke für Unterstützung, Begleitung und Beratung auf, an die verwiesen werden kann hinsichtlich juristischer, sozialer und psychosozialer Bedarfe.

Als Teil einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft dokumentiert MIA antiziganistische Fälle in Deutschland, bietet Betroffenen Verweisberatung an und informiert die Öffentlichkeit. Damit schafft MIA Grundlagen für die Bekämpfung von Antiziganismus und bietet Behörden und Zivilgesellschaft Ansatzpunkte zur Prävention. Auf der MIA-Webseite können antiziganistische Vorfälle sicher und vertraulich gemeldet werden. MIA registriert unter anderem körperliche Angriffe, Bedrohungen, Sachbeschädigungen, Schmierereien, Beleidigungen, Hasskommentare sowie Propagandamaterial wie Hetzschriften, Plakate oder Aufkleber. Antiziganismus »manifestiert« sich, so die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), »in individuellen Äußerungen und Handlungen sowie institutionellen Politiken und Praktiken der Marginalisierung, Ausgrenzung, physischen Gewalt, Herabwürdigung von Kulturen und Lebensweisen von Sinti und Roma sowie Hassreden, die gegen Sinti und Roma sowie andere Einzelpersonen oder Gruppen gerichtet sind, die zur Zeit des Nationalsozialismus und noch heute als ‚Zigeuner‘ wahrgenommen, stigmatisiert oder verfolgt wurden bzw. werden. Dies führt dazu, dass Sinti und Roma als eine Gruppe vermeintlich Fremder behandelt werden und ihnen eine Reihe negativer Stereotypen und verzerrter Darstellungen zugeordnet wird, die eine bestimmte Form des Rassismus darstellen.«

<https://www.antiziganismus-melden.de/2023/09/18/melde-und-informationsstelle-antiziganismus-mia-veroeffentlicht-ersten-jahresbericht-2022-zu-antiziganistischen-vorfaellen-in-deutschland/> / eingesehen am 19. September 2023

<https://www.antiziganismus-melden.de/ueber-uns/> / eingesehen am 19. September 2023

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/rassismus-antiziganismus-diskriminierung-100.html> / eingesehen am 19. September 2023

Bundesweit:

Bundesweites Verbot der Hammerskins Deutschland

Mit Verfügung vom 1. September 2023 hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) gegen die straff und hierarchisch organisierten Hammerskins Deutschland (HS) ein Verbot nach dem Vereinsgesetz erlassen und mit Durchsuchungsmaßnahmen am 19. September 2023 umgesetzt. In zehn Bundesländern haben Einsatzkräfte des Bundeskriminalamts (BKA) und der Landespolizeien die Wohnungen von 28 mutmaßlichen Führungspersonen durchsucht: Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen. Betroffen sind 13 Chapter: Chapter Berlin, Chapter Brandenburg, Chapter Bremen, Chapter Sachsen, Chapter Mecklenburg, Chapter Pommern, Chapter Bayern, Chapter Franken, Chapter Württemberg, Chapter Westwall, Chapter Westfalen, Chapter Rheinland, Chapter Sarregau einschließlich der Teilorganisation Crew 38. Die »38« steht für den dritten und den achten Buchstaben im Alphabet (C und H) - was wiederum für »Crossed Hammers« (gekreuzte Hämmer) steht. Symbol der Hammerskins Deutschland sind zwei gekreuzte Zimmermannshämmer vor einem Zahnrad als Symbol für die »weiße Arbeiterklasse«.

Das BMI stuft die Hammerskins Deutschland als eine neonazistische, rassistische, fremden- und demokratiefeindliche Vereinigung ein, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richte und den Strafgesetzen zuwiderlaufe. Die Mitgliederzahlen der Hammerskins Deutschland sind laut BMI seit Jahren konstant. Das Gesamtpotenzial zum Zeitpunkt des Verbots soll insgesamt etwa 130 Personen umfassen. Die Hammerskins stammen ursprünglich aus den USA, wo sie Ende der 1980er-Jahre gegründet wurden. 1992 wurde der erste und älteste Hammerskin-Ableger in Berlin ins Leben gerufen. Übergeordnete Struktur ist die weltweite Hammerskin

Nation, die sich in nationale »Divisionen« teilt, die wiederum in regionale »Chapter« untergliedert sind. Die Hammerskins Deutschland organisierten Neonazi-Konzerte und Neonazi-Kampfsportevents. In der rechtsextremen Musikszene galten sie während der Existenz des Blood & Honour-Netzwerks als Konkurrenz. Nach deren Verbot im Jahr 2000 blieben die Hammerskins als legale Struktur übrig.

Hammerskin-Aktivist*innen veranstalteten über Jahre hinweg auch eines der bedeutendsten Kampfsport-Events der rechtsextremen Szene: den »Ring der Nibelungen«, später umbenannt in »Kampf der Nibelungen«. Am 26. Oktober 2014 fand erstmals ein Kampfsportturnier Ring der Nibelungen in Hessen statt. Das 1919 gegründete und mit der Thule-Gesellschaft sympathisierende Freikorps Deutschland stand »im Zusammenhang« mit einem mystischen Ring der Nibelungen, dessen Mitglieder Geheimnamen hatten und eine Geheimsprache pflegten. Gegliedert war die Organisation in Treuschäften, an deren Spitze ein sogenannter »hammerführender Meister« stand.

Hammerskins verstehen sich als Elite der rechtsextremen Skinhead-Bewegung. Leitmotiv sind die »14 Words« des US-Rechtsterroristen David Lane, eine Art rassistisches Glaubensbekenntnis: »Wir müssen die Existenz unseres Volkes und eine Zukunft für unsere weißen Kinder sichern.« Lane, einst führendes Mitglied in der rechtsterroristischen Organisation The Order, wurde wegen Mitbeteiligung beim Mord an dem antirassistischen Radiomoderator Alan Berg und weiteren Straftaten zu 190 Jahren Gefängnis verurteilt. 1998 veröffentlichte das Berliner Skingirlzine Victory ein Interview mit Lane. Dieser wird in dem Zine als »größter lebender, arischer Denker in der Welt« gelobt: »Er ist ein lebender Märtyrer, ein Genie von immenser Größe und eine lebende Legende, dessen Name in den Sternen geschrieben steht und mit Ehrerbietung ausgesprochen werden sollte.« Den Lesern des Interviews ruft Lane zu: »Ich hoffe, daß ihr Euch alle anschließen werdet, um die 14 Worte zum heiligen Schlachtruf der übriggebliebenen weißen Welt zu machen, damit das Wotansvolk wieder leben kann, geschützt und sicher in ihren eigenen Nationen.« Die Terrororganisation The Order wurde im September 1983 gegründet; Ziel: »der vollständige arische Sieg«. The Order verübte Banküberfälle, unter anderem den größten und erfolgreichsten Raubüberfall auf einen gepanzerten Geldtransporter in der Geschichte der USA sowie Bombenanschläge, unter anderem auf eine Synagoge in Idaho. 1985 wurde The Order vom FBI zerschlagen.

Das Verbot der Hammerskins Deutschland ist das 20. Verbot einer rechtsextremen Vereinigung durch das Bundesinnenministerium. Zuletzt waren 2020 Combat 18 Deutschland, Nordadler und Sturm-/Wolfsbrigade 44 verboten worden.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/rechtsextremistische-vereinigung-hammerskins-deutschland-verboten/> / eingesehen am 19. September 2023

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/09/verbot-hammerskins.html> / eingesehen am 19. September 2023

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Aktivitäten und Strukturen der neonazistischen »Hammerskins« in Deutschland vor ihrem Verbot, BT-Drs. 20/9269 vom 13.11.202: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/092/2009269.pdf> / eingesehen am 12. Januar 2024

Österreich / Bundesrepublik
Deutschland:
AfD-MdB bei der FPÖ

Am 19. September war die AfD-Politikerin Alice Weidel auf Einladung der FPÖ zu Gast in der österreichischen Hauptstadt Wien. Am Vormittag »rechnete« sie gemeinsam mit dem FPÖ-Obmann Herbert Kickl auf einer Pressekonferenz mit den »politischen Systemen in Deutschland und Österreich scharf ab«. Weidel und Kickl kündigten eine verstärkte Kooperation der beiden Parteien an. Am Abend hielt Weidel einen Vortrag zum Thema »Die deutsche ‚Ampel‘ als abschreckendes Beispiel für Österreich«. »Wir betrachten die FPÖ als unsere Schwesterpartei«, erklärte Weidel dort. Sie betonte, dass sich die AfD die Freiheitlichen zum Vorbild nehme. Sie hoffe, dass 2024 Kickl die Wiener Regierung anführen werde. Im Februar 2020 war Kickl Gast der AfD-Bundestagsfraktion gewesen. Der Pressekonferenz vorangegangen war ein exklusives Doppelinterview von Kickl und Weidel auf dem Online-TV-Sender Auf1 (»Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1«). Der Kanal ist besonders bei Querdenkern, Corona-Leugnern und Rechtsextremisten ein beliebtes Nachrichtenmedium. Gründer und Chefredakteur Stefan Magnet ist tief in der rechtsextremen Szene verankert. Er war Mitglied des neonazistischen Bundes freier Jugend (BfJ) in Österreich.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Blauer Schulterchluss in Wien, in: Freilich. Das Magazin für Selbstdenker, Oktober 2023, S.9

FPÖ Newsletter vom 20. September 2023

Bundesweit:
**Verbindungen zwischen
 rechtsextremer Szene und
 Rocker-Gruppierungen**

Der Bundesregierung ist bekannt, dass vereinzelt personelle Überschneidungen zwischen der rechtsextremen Szene und Rockerclubs feststellbar sind, wenn Rechtsextremisten zugleich Mitglieder in Motorradclubs (MCs) sind oder Kontakte zu deren Mitgliedern unterhalten, so die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Überwiegend handele es sich dabei um persönliche Kontakte, meist auf lokaler Ebene. Bedeutsam sind dabei vor allem Verbindungen zum Hells Angels MC, dem Bandidos MC und dem Gremium MC. Diese sind zugleich die mitgliederstärksten Rocker-Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Erkenntnislage belege in Einzelfällen punktuelles Zusammenwirken und personelle Überschneidungen, die zumeist auf geschäftliche Interessen oder persönliche Beziehungen zurückgehen. Eine grundlegende Politisierung der Rocker-Gruppierungen habe bisher nicht festgestellt werden können. Im Vordergrund stehen allgemein materielles Gewinnstreben oder Gewinnmaximierung. Einzelfallbezogen sind der Antwort zufolge rechtsextreme Tendenzen von Angehörigen von Rocker-Gruppierungen feststellbar, Hinweise auf eine Unterwanderung oder Verschmelzung mit dem rechtsextremen Milieu liegen laut Bundesregierung allerdings weiterhin nicht vor. Der Bundesregierung sind einzelne Fälle bekannt, in denen Clubräume von Motorradclubs aufgrund persönlicher Kennverhältnisse für rechtsextreme Musikveranstaltungen genutzt wurden; so fanden ca. 20 rechtsextreme Konzerte in den Jahren 2002 bis 2005 im Mannheimer Clubhaus der Rocker-Gruppierung Bandidos statt. Organisator war der örtliche Neonazi und NPD-Kader Christian Hehl. Zeitweilig gehörte der bayerische NPD-Funktionär Sascha Rossmüller der Führungsriege der Regensburger Bandidos an.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Verbindungen zwischen Angehörigen der neonazistischen Szene und Rockern bzw. Motorradclubs, BT-Drs. 20/8395 vom 19. September 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/083/2008395.pdf> / eingesehen am 12. Januar 2024

Bayern / Bundesweit:
Bischof Meier und die AfD

Auf die Frage der Augsburger Allgemeinen »Sollte ein AfD-Mitglied kirchliche Ämter wie das des Lektors oder das der Kommunionshelferin übernehmen dürfen?«, antwortete der seit 2020 amtierende Augsburger Bischof Bertram Meier am 20. September: »Eine Parteimitgliedschaft allein ist kein Kriterium, Menschen auszuschließen. In solchen Fällen geht es darum, das Gespräch zu suchen. Wenn wir anfangen würden, Menschen auszugrenzen, drängen wir sie doch erst recht in eine vielleicht extreme Ecke.« Der römisch-katholische Theologe und Kirchenrechtler Thomas Schüller von der Universität Münster zeigte sich »entsetzt« über die Einlassungen des Bischofs: »Wer der AfD angehört, verachtet die Demokratie, spricht Menschen mit Behinderung oder anderer Hautfarbe das Existenzrecht ab, kurz: verhöhnt die Grundaussagen des christlichen Glaubens wie die Ebenbildlichkeit des Menschen«, sagte Schüller der Deutschen Presse-Agentur. Schüller resümiert und warnt: »Bischof Meier stellt sich damit in die Tradition der deutschen Bischöfe in der NS-Zeit, die das menschenverachtende System nicht aktiv bekämpft haben. Er wird zum Steigbügelhalter für eine breiter werdende gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsradikalen.«

Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Irme Stetter-Karp, hatte im August erklärt: »Wer in der AfD ist, darf in der Kirche keine Macht bekommen.« Bereits 2019 hatte der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki festgestellt: »Selbstverliebte, nationalradikale Sprücheklopfer, die nationale Alleingänge planen und zwar viel vom Volk reden, ihm aber letztlich nicht dienen wollen, die sind für mich keine Alternative - nicht für Deutschland und nicht für Europa.«

<https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/interview-augsburger-bischof-meier-zum-zustand-der-demokratie-es-gibt-kippunkte-id67896781.html> / eingesehen am 21. September 2023

<https://www.zeit.de/news/2023-09/20/bischof-meier-fuer-differenzierten-umgang-mit-afd-mitgliedern/> / eingesehen am 21. September 2023

Italien / Bundesrepublik
 Deutschland:
**JF-Interviewpartner will Mehrheit
 im EP stürzen**

»Deutschland verfolgte schon 2015 eine schändliche Einwanderungspolitik, die Millionen Migranten die Tore Europas öffnete«, gibt der italienische Politiker Vincenzo Sofo in einem Interview mit der Jungen Freiheit im September kund. »Ein Teil dieser Immigration« ist seiner Ansicht nach »objektiv induziert. Sowohl von NGOs, also Nichtregierungsorganisationen, als auch von Regierungen sowie internationalen Organisationen. Die fungieren als Vermittler des Menschenhandels, indem sie einige Kilometer vor der Küste Nordafrikas stationiert, Schleuserschiffe veranlassen, abzulegen und ihre

Fracht an unsere Küste zu bringen.« Das Thema Einwanderung bezeichnet Sofo als »ein bezeichnendes Beispiel für das Scheitern der Europäischen Union in den letzten Jahren. Italien und Europa zahlen die Folgen der selbstmörderischen Migrationspolitik der Linken, und das gleiche sehen wir bei den Themen Ökologie und Ethik. Wir müssen daher unbedingt versuchen, die Mehrheit im Europäischen Parlament zu stürzen, indem wir eine konservative Gegenkraft schaffen – und zwei Länder sind dafür ausschlaggebend, Frankreich und Deutschland.«

Sofo ist Mitglied der Partei der italienischen Ministerpräsidentin Georgia Meloni und Abgeordneter des Europäischen Parlaments in der Fraktion der Europäischen Konservativen. 2019 rückte er für die Lega ins Parlament nach, 2021 wechselte er zu den Fratelli d'Italia. Sofo, 1986 in Mailand geboren, ist mit Marion Maréchal, Nichte Marine Le Pens und Vizechefin der Partei Reconquête des französischen Präsidentschaftskandidaten Éric Zemmour, verheiratet.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Interview mit Vincenzo Sofo, in: Junge Freiheit Nr. 39 vom 22. September 2023, S.3

**Bundesweit:
Zunehmend salonfähig:
extrem rechte Einstellungen**

Extrem rechte Einstellungen werden zunehmend salonfähig und kommen immer mehr in der Mitte der Gesellschaft an. Zwar lehnt noch immer die absolute Mehrheit Rechtsextremismus ab. Aber die Schnittmengen zwischen populistischen oder autoritären Einstellungen und Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder gar rechtsextremen Aussagen werden größer. Das dokumentiert die neue »Mitte-Studie« der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Die FES-Studie untersucht alle zwei Jahre die »demokratische Mitte« auf ihren Zustand. Jede zwölfte Person in der Bundesrepublik Deutschland teilt demnach ein rechtsextremes Weltbild. Mit 8 Prozent ist der Anteil von Befragten der Mitte-Studie 2022/23 mit klar rechtsextremer Orientierung gegenüber dem Niveau von knapp 2 bis 3 Prozent in den Vorjahren erheblich angestiegen. Dabei befürworteten mittlerweile über 6 Prozent eine Diktatur mit einer einzigen starken Partei und einem Führer für Deutschland (2014–2021: 2–4 Prozent). Über 16 Prozent behaupten eine nationale Überlegenheit Deutschlands, fordern »endlich wieder« Mut zu einem starken Nationalgefühl und eine Politik, deren oberstes Ziel es sein sollte, dem Land die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zustehe (2014–2021: 9–13 Prozent). Zudem vertreten die Befragten mit fast 6 Prozent vermehrt sozialdarwinistische Ansichten und stimmen zum Beispiel der Aussage zu: »Es gibt wertvolles und unwertes Leben.« (2014–2021: 2–3 Prozent). Auch der Graubereich zwischen Ablehnung und Zustimmung zu den rechtsextremen Einstellungen ist jeweils deutlich größer geworden. Die politische Selbstverortung von Befragten rechts der Mitte hat mit 15,5 Prozent ebenfalls deutlich zugenommen (zuvor knapp 10 Prozent). Laut Mitte-Studie stimmen die 18- bis 34-Jährigen häufiger rechtsextremen Positionen zu als alle anderen Alterskohorten.

Professor Andreas Zick, Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld, weist in einem Interview mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf die Korrelation zwischen Bildung und Rassismus hin: »Wir messen seit 21 Jahren, dass Menschen mit weniger formaler Bildung stärker zu Menschenfeindlichkeit und Rassismus neigen als höher Gebildete. Wie sieht also eine politische, reflexive Bildung in Schulformen aus, die über die 10. Klasse nicht hinausgehen? Ich höre dazu keine Debatte. Stattdessen scheint Konsens zu sein, Bildungsschwächere für dumm zu erklären. Damit wird nicht nur ein strukturelles Bildungsdefizit ignoriert. Das ist undemokratisch. Demokratie zeichnet sich durch Teilhabe für alle Menschen aus.« Zick bilanziert: »Länder, die weniger in soziale Unterstützung und Bildung investieren, bekommen in und nach Krisenzeiten größere Probleme als jene, die mehr investieren – auch was das Abgleiten in Populismus angeht.«

<https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> / eingesehen am 22. September 2023

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/praevention-wirkt> / eingesehen am 09. November 2023

Bundesweit:
KZ-Gedenkstätten berichten von Zunahme rechtsextremer Bedrohung

Die KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland sehen sich einer zunehmenden rechts-extremen Bedrohung ausgesetzt. Das berichtet das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) unter Berufung auf eine eigene Umfrage bei den Gedenkstätten Dachau, Buchenwald, Bergen-Belsen, Neuengamme und Sachsenhausen/Ravensbrück. »Es sind derzeit bundesweit gehäuft Fälle von Vandalismus, Schmierereien und anderen Vorfällen an deutschen Gedenkstätten festzustellen«, sagte die Sprecherin der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen, Clara Mansfeld. Der stellvertretende Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Rikola-Gunnar Lüttgenau, äußerte: »Handelte es sich vor zwei Jahren noch um Vorfälle, die circa einmal im Monat zu verzeichnen waren, waren sie dann alle 14 Tage festzustellen, nun sind von uns nahezu wöchentlich Taten zur Anzeige zu bringen.« Die kontinuierlich steigende Zahl entsprechender Vorfälle sei »ein Seismograf dafür, dass versucht wird, diese Grundfeste der heutigen Bundesrepublik ins Rutschen zu bringen«. Die Sprecherin der KZ-Gedenkstätte Dachau, Verena Bierl, stellte fest, dass sich die Vorfälle nicht nur auf die Gelände und Räumlichkeiten beschränken: »In den letzten Jahrzehnten kam es unter anderem zu einer Verlagerung von Angriffen und Störungen in den digitalen Raum.« Diesen Eindruck teilen auch andere Gedenkstätten: »Die Grenzen des Sagbaren werden seit einiger Zeit verschoben und demokratiefeindliche und rechtsradikale Ansichten erscheinen hoffähig geworden zu sein«, sagte eine Sprecherin der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-09/rechtsextremismus-kz-gedenkstaetten-deutschland-zunahme/> / eingesehen am 22. September 2023

Baden-Württemberg:
Landes-Antisemitismus-beauftragter Michael Blume nach Hakenkreuz-Schmiererei in Schule in Herrenberg vor Ort

Auf dem Hof der Jerg-Ratgeb-Realschule in Herrenberg wurden in der Nacht zum 26. September Exponate einer Ausstellung zur Erinnerung an Überlebende des Holocausts mit Hakenkreuzen und sogenannten »Hitler-Bärten« beschmiert. Täter war ein 12-jähriger Junge. Michael Blume, Antisemitismusbeauftragter des Landes Baden-Württemberg, und der international renommierte Fotograf und Künstler Luigi Toscano waren am Folgetag vor Ort. Auch wenn die antisemitischen Straftaten und die Hass-Kriminalität in Baden-Württemberg für ihn Arbeitsalltag sind, sei es doch etwas besonders »beklemmendes« gewesen, dass ein zwölfjähriges Kind die Tat wohl zu verantworten haben soll, betonte Blume. Für ihn zeige das, wie verbreitet Antisemitismus nach wie vor sei. Die Schule veröffentlichte ein Statement auf ihrer Homepage. Darin wird festgehalten: »Ob mit oder ohne politischem Motiv; egal ob gezielt oder unüberlegt, egal ob die Tat eines einzelnen oder einer Gruppe – die Tat hat die Schulgemeinschaft und insbesondere auch unsere Projektgruppe der Klasse 10, die mit der Ausstellung die Erinnerungskultur an den Holocaust wachhalten und ein Zeichen für Respekt, Freiheit und Demokratie setzen möchte, schockiert.« Die Ausstellung in Herrenberg geht auf eine Empfehlung im ersten Antisemitismus-Bericht von Blume aus dem Jahr 2019 zurück.

Schulen müssen seit April 2018 antisemitische und andere religiös oder ethnisch begründete diskriminierende Vorkommnisse im schulischen Kontext melden. 123 Meldungen gab es bisher laut Kultusministerium (Stand: Mitte Oktober).

Johanna Henkel-Waidhofer: Kampf gegen Antisemitismus. »Mehr Engagement geht nicht ohne mehr Geld«, in: Staatsanzeiger, 41/2023, S.31

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/herrenberg-nach-nazi-schmierereien-antisemitismusbeauftragter-besucht-schule-100.html> / eingesehen am 1. Oktober 2023

<https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/nazi-symbole-verbreitet-kripo-ermittelt-gegen-12-jaehrigen-85556602.bild.html> / eingesehen am 1. Oktober 2023

Kanada:
Ex-Waffen-SS-Recke im kanadischen Unterhaus bejubelt

Der 98-jährige Jaroslaw Hunka, ein ukrainischer Einwanderer, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Kanada eine neue Heimat fand, wurde anlässlich eines Auftritts des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vor dem Parlament in Ottawa am 22. September offiziell als Gast begrüßt. Anthony Rota, Sprecher des House of Commons, würdigte Hunka mit den Worten, dieser sei »ein ukrainisch-kanadischer Veteran aus dem Zweiten Weltkrieg«, der »für die ukrainische Unabhängigkeit gegen die Russen gekämpft« habe »und die Truppen heute weiterhin unterstützt«. Rota betonte: »Er ist ein ukrainischer Held, ein kanadischer Held, und wir danken ihm für all seinen Dienst.« Hunka wurde daraufhin vom kanadischen Parlament und von Premierminister Justin Trudeau, von Präsident Selenskyj und dessen Gattin mit stehenden Ovationen geehrt.

Hunka kämpfte ab 1943 als Freiwilliger für die Waffen-SS. Er gehörte zur im Juli 1943 aufgestellten 14. Waffen-Grenadier-Division der SS (Division Galizien). 12.000 Ukrainer kämpften in Reihen der

Waffen-SS. 1985 lebten mehr als 600 ehemalige ukrainische Kollaborateure der Division Galizien in Kanada. Nach Protesten jüdischer Organisationen trat Parlamentssprecher Rota am 26. September zurück.

Die neonazistische Partei Der III. Weg kommentierte: »Wieder einmal tanzen die Goy-Mariornetten der westlichen parlamentarischen Schwatzbuden genau nach dem Takt, die ihnen die an den Strippen ziehenden, ‚auserwählten‘ Puppenspieler vorgeben. Und dann sind auch plötzlich die vermeintlichen Erzfeinde in Moskau vergessen, die man bereits vor 80 Jahren schon als das ‚geringere Übel‘ betrachtete.« In der Deutschen Militärzeitschrift – Zeitgeschichte schrieb Chefredakteur Guido Kraus in seinem Editorial: »Ein neuer Skandal war geboren, und das Geschrei war groß. Die verantwortlichen Politiker taten überrascht und wollten von der Waffen-SS-Angehörigkeit des Veteranen nichts gewußt haben. Das wäre, wenn es denn stimmen sollte, nur mit geschichtlicher Unkenntnis zu erklären.«

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://der-dritte-weg.info/2023/10/kanada-ehrung-von-ukrainischem-galizien-veteranen-bei-selenskyj-besuch/> / eingesehen am 1. Oktober 2023

Guido Kraus: Editorial, in: *Deutsche Militärzeitschrift – Zeitgeschichte*, November – Dezember 2023, S. 3

Brandenburg:
**»Wer wählt rechtsaußen?«
 Strukturelle Erfolgsbedingungen
 der AfD bei Bundes- und Land-
 tagswahlen in Brandenburg**

2024 wird in Brandenburg gewählt. Neben den Europawahlen stehen im Bundesland auch Kommunalwahlen und die Landtagswahl an. Die zwölfte Ausgabe der Potsdamer »Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle« untersucht die Erfolgsbedingungen der AfD in Brandenburg bei Bundes- und Landtagswahlen. Titel der 16-seitigen Studie: »'Wer wählt rechtsaußen?' Strukturelle Erfolgsbedingungen der AfD bei Bundes- und Landtagswahlen in Brandenburg«. Der Brandenburger Verfassungsschutz beobachtet den AfD-Landesverband unter Vorsitz von Hans-Christoph Berndt als »Verdachtsfall«.

Der Jenaer Sozialwissenschaftler Christoph Richter setzt soziodemografische, sozioökonomische und politisch-kulturelle Faktoren mit den Wahlergebnissen der rechtsextremen AfD in Beziehung. Mit Blick auf die Brandenburger Wahlen 2024 kommt Richter zum Ergebnis: Insbesondere in den Regionen, in denen ungünstige ökonomische und demografische Bedingungen mit einer politischen Kultur zusammenfallen, in der sich Demokratieskepsis und teils offener Rechtsextremismus seit Langem stärker normalisieren konnten, muss auch weiterhin von einem hohen, möglicherweise steigenden Zuspruch zur AfD ausgegangen werden: »In ländlichen Regionen mit starken Strukturumbrüchen auf dem Arbeitsmarkt und in der Bevölkerungsentwicklung ließ sich eine ausgeprägtere Wahlpräferenz für die AfD bei den drei ostdeutschen Landtagswahlen 2019 beobachten. Internationale Studien weisen schon länger auf einen Zusammenhang zwischen der wachsenden sozialräumlichen Polarisierung zwischen prosperierenden, dynamischen und ärmeren, stagnierenden oder absteigenden beziehungsweise ‚abgehängten‘ Regionen hin.«

Die AfD profitiert von einer lokalen politischen Kultur der Vergangenheit, so die Studie: »Die weit zurückliegenden rechtsextremen Wahlergebnisse sind einer der besten Erklärungsfaktoren für den derzeitigen Erfolg der AfD. Überall dort, wo in der Vergangenheit eine politische Kultur existierte, die sich in Wahlergebnissen niederschlug, und wo sich der Rechtsextremismus in der Folge stärker normalisieren konnte, liegen die heutigen AfD-Ergebnisse überdurchschnittlich hoch.« Die Studie geht deshalb davon aus, »dass die NPD-, DVU-, Pro Deutschland- und Republikaner-Stimmenanteile der vorausgegangenen Wahlen auf bisher nicht politisch repräsentierte Einstellungspotenziale von Personen im Umfeld der Rechtsaußen-Wählerschaft verweisen, denen deren Auftreten bis dato unattraktiv erschien und die nun in der AfD eine Partei gefunden haben, die für sie passende Inhalte auf eine hinreichend akzeptable Art vertritt.«

Zu der gebetsmühlenartig immer wieder von Politik und Medien bemühten »Protestwahl« konstatiert die Studie: »Auch die häufig angeführte These der Protestwahl sollte im Lichte dieser Befunde betrachtet werden. Die öffentliche Debatte um die Protestwahlmotive offenbart dabei häufig eine Schiefelage. Nicht selten wird eine Unterteilung zwischen ideologisch-motivierter und lediglich von ‚Unzufriedenheit‘ getriebener Wahlmotivation suggeriert. Weder empirisch noch mit Blick auf die Lebensrealität der Wählenden erscheint dies haltbar und birgt zudem die Gefahr, die Debatte um die Wahlmotive zu entpolitisieren. Die Nachwahlbefragungen zeigen, dass sich der große gemeinsame Nenner der Wählerschaft in ideologischen Positionen wiederfindet, in denen sich Demokratieunzufriedenheit, Migrations skepsis, Islamfeindschaft und die Sorge um den Erhalt der deutschen Identität zu einem rechtsautoritären, nationalistischen und häufig xenophoben Weltbild verdichten,

wie es Ideologien der Ungleichwertigkeit beispielsweise im Rechtspopulismus eigen ist.«

Damit erscheint zumindest ein Teil der AfD-Wähler »auf absehbare Zeit für demokratische Wahlangebote nur noch schwer erreichbar zu sein«. Laut Gumbel Forschungsstelle bestätigen bundesweite Studien, »dass sich um die AfD ein fester Kern rechtspopulistischer bis rechtsextremer WählerInnen gebildet hat, die die Partei zumindest in relevanten Teilen nicht trotz, sondern wegen ihrer rechtsextremen Agenda unterstützen. Es spricht daher viel dafür, den Blick verstärkt auf das politische, soziale sowie zivilgesellschaftliche Feld abseits der AfD-Wählerschaft zu richten und durch gezielte politische Interventionen und die langfristige Förderung zivilgesellschaftlicher Demokratie- und Bildungsarbeit die demokratische Resilienz in der Breite zu stärken.« Fazit der Studie: »Derzeit hat die AfD große Chancen, ihr Wählerklientel umfänglich zu mobilisieren.«

<https://www.mmz-potsdam.de/forschung/emil-julius-gumbel-forschungsstelle/mitteilungen/wer-waehlt-rechtsausen-strukturelle-erfolgsbedingungen-der-afd/> / eingesehen am 29. September 2023

**Bundesweit:
Rassistische Artgemeinschaft
verboten**

Am 27. September wurde die 1951 gegründete germanisch-heidnische Gruppierung Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V. verboten. Rund 700 Polizisten durchsuchten 26 Wohnungen von 39 Mitgliedern in zwölf Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen). Im Rahmen der Durchsuchungen wurden Waffen und Munition sichergestellt.

Die rund 150 Mitglieder umfassende Artgemeinschaft propagierte antisemitisches, rassistisches, fremden- und demokratiefeindliches sowie völkisch-rassistisches Gedankengut und fungierte als Schnittstelle zwischen dem völkisch-religiösen Spektrum und der Neonaziszene. Zentrales Ziel der Artgemeinschaft war die Erhaltung und Förderung der eigenen »Art«, welche mit dem nationalsozialistischen Terminus der »Rasse« gleichzusetzen ist. Eigenbekunden zufolge wollte man als Glaubensbund »der Bewahrung, Erneuerung und Weiterentwicklung der Kultur der nordeuropäischen Menschenart« dienen und an die Wertvorstellungen der heidnischen Vorfahren anknüpfen. Dazu waren die Vereinsmitglieder angewiesen bei der »gleichgearteten Gattenwahl« innerhalb der nord- und mitteleuropäischen »Menschenart« zu bleiben, um der rassistischen Ideologie des Vereins entsprechend das »richtige« Erbgut weiterzugeben. Menschen anderer Herkunft wurden herabgewürdigt. Gefordert wurde »Wehrhaftigkeit bis zur Todesverachtung gegen jeden Feind von Familie, Sippe, Land, Volk, germanischer Art und germanischem Glauben«.

Das Anhänger- und Teilnehmerspektrum der Artgemeinschaft überschneidet sich seit seiner Gründung mit dem von neonazistischen Gruppierungen. Stephan Ernst, der Mörder des 2019 erschossenen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, war Mitglied der Artgemeinschaft, die Rechtsterroristin Beate Zschäpe und andere Personen aus dem NSU-Umfeld nahmen an Veranstaltungen der Gruppierung wie den »Hetendorfer Tagungswochen« teil. Die Artgemeinschaft war in den 1990er-Jahren Mitorganisator der »Hetendorfer Tagungswochen«. Im rechtsextremen Schulungszentrum Hetendorf bei Celle, ganz in der Nähe des einstigen KZ Bergen-Belsen gelegen, traf sich die bundesweite Neonazi-Szene. In Reden wurden dort von Referenten und Referentinnen wie Gertrud Herr der Nationalsozialismus verherrlicht und die Judenvernichtung geleugnet. Herr war von 1930 bis 1945 als »Führerin« im nationalsozialistischen Bund Deutscher Mädel (BDM), davon sieben Jahre als hauptamtliche Schulführerin einer Gebiets-Führerinnenschule, insbesondere für nationalsozialistische Weltanschauung und Politik, tätig.

Der vorherige Leiter der Artgemeinschaft, Jens Bauer, ein ehemaliger NPD-Funktionär, verkaufte im Rahmen einer Solidaritätskampagne T-Shirts mit dem Aufdruck »Freiheit für Wolle« für den verurteilten NSU-Waffenbeschaffer Ralf Wohlleben. Nach dessen Haftentlassung zog Wohlleben samt Familie auf Bauers Hof in Bornitz (Sachsen-Anhalt). Das Ausleben der rechtsextremen Weltanschauung, die Weitergabe ihrer Ideologien an Kinder und Jugendliche waren Zweck des Vereins. Dazu vertrieb die Artgemeinschaft einschlägige, zum Teil aus der NS-Zeit stammende Literatur. Durch das Betreiben eines vereinseigenen »Buchdienstes« (Postfachadresse im baden-württembergischen Kupferzell), einer Webseite und von Präsenzen in sozialen Medien wurden auch Nicht-Mitglieder mit rechtsextremem Gedankengut ideologisiert, radikalisiert und auch geworben. Maßgeblich geprägt wurde die Artgemeinschaft von ihrem langjährigen Vorsitzenden Jürgen Rieger, einem der engsten Vertrauten von Gertrud Herr. Der 2009 verstorbene Hamburger Szene-Rechtsanwalt und NPD-Funktionär war ein rassistischer Fanatiker. Rieger und die Artgemeinschaft standen für die Verbreitung einer der NS-Rassenideologie wesensverwandten Rassenlehre.

Nach dem Verbot der Artgemeinschaft führte die Neonazi-Postille NS.heute ein Interview mit dem »Schriftleiter« der Vereinspublikation Nordische Zeitung. Darin äußerte der langjährige Neonazi-Aktivist Jürgen Mosler offen, dass das Verbot »natürlich nicht« dazu führt, »dass man plötzlich eine andere Überzeugung hat«. Stattdessen sei es »im kleinen Rahmen [...] immer möglich, dass man sich zum Beispiel zu Wanderungen in der Natur trifft und sein Brauchtum auch ohne Verein pflegt«.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

www.belltower.news/recherche-voelkische-siedler-rechtsterrorismus-und-corona-proteste-114049/ / eingesehen am 1. Oktober 2023

www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/09/verbot-artgemeinschaft.html / eingesehen am 1. Oktober 2023

https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/653/hass-in-hesselbronn-9107.html?pk_kwd=Ausgabe-653 / eingesehen am 1. Oktober 2023

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Verbindungen und Aktivitäten der rechtsextremen »Artgemeinschaft« vor ihrem Verbot, BT-Drs. 20/9072 vom 2. November 2023:
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/090/2009072.pdf> / eingesehen am 12. Januar 2024

Interview mit Jürgen Mosler. in: NS.heute, Januar/Februar 2024, S.9f

Index

Institutionen, Parteien, Medien

- Alternative für Deutschland (AfD) ... 8, 10, 14, 23, 26, 29, 34, 38, 39, 41, 45, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 62, 63, 64, 67, 68, 69, 71, 72, 75
- Alter Orden von St. Georg (AOvStG) ... 39
- Amadeu Antonio Stiftung ... 33
- Amnesty International ... 65
- Ansgar Aryan ... 23
- Arbeitsgemeinschaft Körper & Geist ... 61
- Auf1 (Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1) ... 71
- Aufbruch Frieden-Souveränität-Gerechtigkeit ... 63
- Außenpolitisches Amt der NSDAP ... 66
- Auswärtiges Amt (AA) ... 44
- Bandidos MC ... 72
- Basisdemokratische Partei Deutschland (die-Basis) ... 62
- Beauftragter der Bundesregierung für Integration und Antirassismus ... 66
- Beauftragte*r der Landeregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus ... 74
- Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus ... 42
- Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung (OFEK e.V.) ... 51
- Berufsverband Freischreiber ... 13
- Bismarck-Gymnasium Karlsruhe ... 19
- Blood & Honour ... 22, 71
- Brothers of Honour ... 22
- Bund Deutscher Mädel (BDM) ... 76
- Bundesgerichtshof (BGH) ... 55
- Bundeskriminalamt (BKA) ... 38, 42, 70
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) ... 70
- Bundesnachrichtendienst (BND) ... 65
- Bundespräsident ... 19
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) ... 51
- Bund freier Jugend (Bfj) ... 71
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 41, 58, 64
- Bündnis Deutschland (BD) ... 51
- Bürgerinitiative Franken (BIF) ... 58
- Caritas ... 51
- Carl Friedrich von Siemens Stiftung ... 40
- Cato ... 39
- Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) ... 67
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) ... 23, 26, 28, 37, 39, 44, 49, 64, 65
- Christliche Volkspartei (CVP) ... 31
- Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) ... 40, 65
- Colonia Dignidad ... 65
- Combat 18 Deutschland ... 71
- COMPACT ... 42, 50, 52, 58
- Crew 38 ... 70
- Crisis ... 47
- Der Führer ... 19
- Der Große Wendig ... 53
- Der III. Weg ... 13, 22, 61, 68, 75
- Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) ... 13
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ... 42
- Deutsche Militärzeitschrift – Zeitgeschichte ... 75
- Deutsche National-Zeitung ... 58
- Deutscher Journalisten-Verband (DJV) ... 13
- Deutscher Kreis von 1972 e.V. ... 54
- Deutsches Schifffahrtsmuseum ... 60
- Deutsche Stimme ... 37, 40, 47
- Deutsches Zentrum Kulturgutverluste ... 10
- Deutsche Zentrumspartei ... 62
- Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG), Zeitschrift ... 53
- Deutschland-Kurier ... 28
- Deutschland-Stiftung ... 40
- Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V. ... 76
- Die Heimat ... 21, 37, 47, 61
- Die Lunikoff Verschwörung ... 22
- Die Mitte ... 31
- Die Rechte ... 61
- Die Republikaner (REP) ... 8, 40
- Dirección Nacional de Inteligencia (DINA) ... 65
- Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) ... 7, 43
- Edition Hagia Sophia ... 47
- Edmund Burke Foundation ... 29
- Edward Waters University ... 56
- Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) ... 31
- Ein Prozent e.V. ... 28, 46
- Emil Julius Gumbel Forschungsstelle ... 75
- Europäisches Parlament ... 49
- Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) ... 12
- European White Knights of the Ku Klux Klan (EWK KKK) ... 25
- Evangelischer Fachverband für Teilhabe ... 51
- Fachstelle mobirex ... 33
- Fidezs ... 32
- Flak ... 22
- Flieder Volkshaus ... 21
- Fraktion der Europäischen Konservativen ... 73
- Fränkische Aktionsfront (F.A.F.) ... 61

- Fratelli d'Italia (FdI) ... 28, 44, 73
- Freie Sachsen ... 37, 52
- Freie Wähler ... 56
- Freiheitliche Akademie ... 37
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ... 27, 37, 45, 65, 71
- Freiheitliches Bildungsinstitut ... 37
- Freikorps Deutschland ... 71
- Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) ... 31
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ... 73
- Fritz Bauer Institut ... 38
- Front National ... 27
- Gasthaus Goldener Löwe ... 23
- Gedenkstätte Bergen-Belsen ... 53, 74
- Gegen-Uni ... 55
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof ... 43
- Generallandesarchiv Karlsruhe ... 7, 43
- Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV) ... 54
- Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) ... 54
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ... 73
- Green Boyz Schweinfurt ... 18
- Gremium MC ... 72
- Grüne Partei Schweiz (GPS) ... 31
- Gruppe Reuß ... 43
- Hammerskins Deutschland ... 70
- Heidnischer Sturm Pforzheim ... 22
- Hells Angels MC ... 72
- Hohenrain-Verlag ... 53
- Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ... 26
- Identitäre Bewegung (IB) ... 45, 46
- Identität und Demokratie (ID) ... 27
- Infestus ... 22
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) ... 73
- Institut für Staatspolitik (IfS) ... 27, 41, 45, 54
- Internationales Auschwitz Komitee ... 44
- International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) ... 70
- Jerg-Ratgeb-Realschule, Herrenberg ... 74
- Jüdisches Museum Frankfurt ... 38
- Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) ... 56
- Junge Alternative (JA) ... 41, 45, 49, 69
- Junge Freiheit (JF) ... 47, 63, 69, 72
- Junge Revolution ... 18
- Junge Tat (Schweiz) ... 31, 45
- Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg ... 24
- Kameradschaft Rheinhessen ... 61
- Kanal Schnellroda ... 54
- Kategorie C ... 22
- Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) ... 51
- Königreich Preußen ... 54
- Königreich Sachsen ... 54
- Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ... 42, 49, 53
- Körber-Stiftung ... 19
- Kraftschlag ... 25
- Ku-Klux-Klan ... 23
- KZ-Gedenkstätte Dachau ... 74
- KZ-Gedenkstätte Moringen ... 52
- Landesarchiv Baden-Württemberg ... 7
- Landgericht (LG) Frankfurt/Oder ... 24
- Landgericht (LG) Schwerin ... 15
- Lederhosen-Revolution ... 45
- Lega ... 27, 29
- Lega dei Ticinesi ... 32
- Lega Nord ... 32
- Legitime Gläubiger der Tschechischen Republik ... 37
- Leibniz-Institut für Maritime Geschichte ... 60
- Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH ... 48
- Mass-Voll ... 31, 45
- MC Born To Be Wild ... 22
- Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) ... 69
- Mieter- und Bauverein Karlsruhe eG ... 19
- Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT) ... 21
- Mouvement Citoyen Genevois (MCG) ... 32
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ... 21, 23, 25, 26, 32, 37, 47, 54, 61, 72, 76
- Nationaler Sozialismus Heute ... 21
- National Socialist Knights of the Ku Klux Klan Deutschland (NSK KKK) ... 24
- Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ... 24, 43, 55, 61, 76
- NATO ... 51, 52, 63
- Netzwerk feministische Perspektiven und Intervention gegen die (extreme) Rechte (FemPi) ... 33
- Neue Stärke Gera ... 61
- Nordadler ... 71
- Nordische Zeitung ... 77
- Nord Württemberg Sturm ... 18
- NS.Heute ... 77
- Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main ... 55
- Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin ... 58
- Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster ... 26
- Open Society Foundations (OSF) ... 68
- Organisation Gehlen (OG) ... 66
- Österreichische Volkspartei (ÖVP) ... 38, 45

- Paritätischer Gesamtverband ... 51
- Patria y Libertad ... 65
- PEGIDA ... 14
- Pesquea Arauco ... 66
- Philosophia Eurasia ... 47
- Politically Incorrect ... 67
- Priesterbruderschaft St. Pius X. (FSSPX) ... 28
- Pro Köln ... 32
- Proud Boys ... 60, 61
- Querdenker ... 43, 51, 58, 62
- Rassemblement National (RN) ... 27, 28
- Reconquête ... 73
- Reichsbürger ... 37, 43, 54, 55
- Reichssicherheitshauptamt (RSHA) ... 65, 66
- Reporter ohne Grenzen (RSF) ... 12, 13, 37
- Republikanische Jugend ... 37
- Resistentia ... 22
- Schulungszentrum Hetendorf ... 76
- Schweinfurter FC ... 18
- Schweizer Bauernverband ... 31
- Sección para solución final ... 66
- Selbstverwalter ... 55
- Sezession ... 45, 54
- Sozialdemokratische Partei Schweiz (SPS) ... 31
- Sozialverband Deutschland ... 51
- Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main ... 44
- Staatsanwaltschaft Köln ... 44
- Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora ... 53, 63, 74
- Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen ... 74
- Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten ... 52, 53
- Stoppt die Rechten ... 67
- Sturm-/Wolfsbrigade 44 ... 71
- Sturmzeichen-Verlag ... 21
- The Order ... 71
- Thule-Gesellschaft ... 71
- Tree-of-Life-Synagoge ... 48
- TV Nova ... 37
- Unidad Popular ... 64
- Universität Hohenheim ... 57
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) ... 13, 16
- Verfassungsschutz Brandenburg ... 75
- Verfassungsschutz Bund ... 17, 26, 37, 69
- Verfassungsschutz Hessen ... 55
- Verlag Antaios ... 27, 54
- Verlagskomplex Grabert/Hohenrain ... 53
- Vernichtungslager Belzec (POL) ... 48
- Vernichtungslager Sobibor (POL) ... 48
- Vernichtungslager Treblinka (POL) ... 48
- Verwaltungsgericht Köln ... 26
- Victory ... 71
- Wackre Schwaben ... 45
- Weltwoche ... 32
- WerteUnion e.V. ... 64
- White Knights of the Ku Klux Klan (WKKKK) ... 24
- Wiener Akademikerbund ... 67
- Wiesel ... 22
- Wiking-Jugend (WJ) ... 21
- Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX) ... 7
- Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) ... 15
- Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ... 72
- Zentralrat der Juden in Deutschland ... 57
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ... 70
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ... 51
- Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin ... 56
- Zisterzienser-Stift Heiligenkreuz ... 39
- Zuerst! ... 28, 42, 48
- Zur Zeit (ZZ) ... 37, 65

- Orte**
- Aargau, Kanton (CHE) ... 32
 Afrika (AFR/Allgem.) ... 26, 28
 Aschaffenburg (DEU-BY) ... 58
 Athen (GRC) ... 53
 Augsburg (DEU-BY) ... 72
 Baden-Württemberg (DEU-BW) ... 22, 24, 25, 41, 42, 43, 45, 46, 52, 53, 54, 57, 62, 68, 70, 74, 76
 Baltimore (USA-MA) ... 61
 Bayern (DEU-BY) ... 24, 45, 55, 56, 58, 62, 70, 72, 76
 Beirut (LBN) ... 44
 Berlin (DEU-BE) ... 15, 22, 24, 41, 49, 51, 58, 62, 63, 70
 Böblingen (DEU-BW) ... 25
 Bonn (DEU-NW) ... 62
 Bornitz (DEU-ST) ... 76
 Brandenburg (DEU-BB) ... 49, 61, 62, 70, 75, 76
 Braunschweig (DEU-NI) ... 38
 Bremen (DEU-HB) ... 24, 60
 Bremerhaven (DEU-HB) ... 60
 Bundesrepublik Deutschland (DEU) ... 37, 38, 40, 41, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 50, 51, 55, 57, 58, 60, 61, 62, 63, 64, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 76
 Celle (DEU-NI) ... 52, 53
 Charkow (UKR) ... 29
 Chieming (DEU-BY) ... 58
 Chile (CHL) ... 64
 China (CHN) ... 27
 Christchurch (NZL) ... 26
 Częstochowa (POL) ... 48
 Damaskus (SYR) ... 44
 Dortmund (DEU-NW) ... 21
 Dresden (DEU-SN) ... 26
 Eisenach (DEU-TH) ... 21
 Esslingen (DEU-BW) ... 46
 Europa (EU) ... 49
 Frankfurt am Main (DEU-HE) ... 38
 Frankreich (FRA) ... 44, 68
 Georgien (GEO) ... 50
 Görlitz (DEU-SN) ... 46
 Griechenland (GRC) ... 44, 53
 Großbritannien (GBR) ... 52
 Gurs (FRA) ... 68
 Halle (DEU-ST) ... 43
 Hamburg (DEU-HH) ... 24, 60, 62
 Hanau (DEU-HE) ... 43
 Heidelberg (DEU-BW) ... 42
 Heilbronn (DEU-BW) ... 25
 Herrenberg (DEU-BW) ... 74
 Hessen (DEU-HE) ... 38, 55, 61, 70, 76
 Hilchenbach (DEU-NW) ... 61
 Hoyerswerda (DEU-SN) ... 43
 Hünxe (DEU-NW) ... 43
 Ingolstadt (DEU-BY) ... 58
 Israel (ISR) ... 48
 Italien (ITA) ... 39, 44, 72
 Jacksonville (USA-FL) ... 56
 Jena (DEU-TH) ... 24, 61
 Kaiserslautern (DEU-RP) ... 61
 Kanada (CAN) ... 50, 74
 Kassel (DEU-HE) ... 43
 Kieselbronn (DEU-BW) ... 22
 Kiew (UKR) ... 29
 Kirchheim (DEU-HE) ... 62
 Kitzingen (DEU-BY) ... 18
 Kloster Veßra (TH) ... 23
 Kupferzell (DEU-BW) ... 76
 Limassol (CYP) ... 60
 Magdeburg (DEU-ST) ... 26, 54
 Mallersdorf-Pfaffenberg (DEU-BY) ... 56
 Mannheim (DEU-BW) ... 41, 72
 Marienbad (CZE) ... 58
 Mecklenburg-Vorpommern (DEU-MV) ... 69, 70, 76
 Mölln (DEU-SH) ... 43
 Moringen (DEU-NI) ... 52
 München (DEU-BY) ... 34
 Niederlande (NLD) ... 50
 Niedersachsen (DEU-NI) ... 22, 24, 52, 53, 58, 62, 76
 Nordrhein-Westfalen (DEU-NW) ... 24, 61, 62, 70, 76
 Nürtingen (DEU-BW) ... 54
 Oberfranken (DEU-BY) ... 21
 Ohrdruf (DEU-TH) ... 61
 Opatów (POL) ... 48
 Oßmaritz (DEU-TH) ... 24
 Osterburken (DEU-BW) ... 18
 Österreich (AUT) ... 37, 38, 39, 44, 45, 64, 67, 71
 Ottawa (CAN) ... 74
 Paderborn (DEU-NW) ... 46
 Peutenhausen (DEU-BY) ... 45
 Pittsburgh (USA-PA) ... 48
 Plauen (DEU-SN) ... 61
 Polen (POL) ... 48, 49
 Raguhn-Jeßnitz (DEU-ST) ... 39
 Regensburg (DEU-BY) ... 72
 Rheinland-Pfalz (DEU-RP) ... 22, 24, 28, 61, 70, 76
 Riesa (DEU-SN) ... 37
 Rom (ITA) ... 28
 Rosdorf (DEU-NI) ... 16

- Rostock (DEU-MV) ... 15, 43
Russland (RUS) ... 47, 63
Saarland (DEU-SL) ... 70
Sachsen-Anhalt (DEU-ST) ... 24, 26, 39, 41, 51, 52, 54, 58, 62, 63, 76
Sachsen (DEU-SN) ... 24, 26, 37, 51, 76
Saloniki (GRC) ... 44
Salzburg (AUT) ... 45
San Antonio (CHI) ... 66
Santiago de Chile (CHI) ... 64
Schaffhausen, Kanton (CHE) ... 32
Schleswig-Holstein (DEU-SH) ... 62, 76
Schneeberg (DEU-SN) ... 37
Schnellroda (DEU-ST) ... 27, 28, 41, 54
Schwäbisch Hall (DEU-BW) ... 25
Schweinfurt (DEU-BY) ... 18, 61
Schweiz (CHE) ... 31, 45, 47, 54
Serbien (SRB) ... 50
Slowakei (SVK) ... 44
Solingen (DEU-NW) ... 43
Spanien (ESP) ... 69
Stauchitz (DEU-SN) ... 51
St. Georgen (DEU-BW) ... 22
Stößen (DEU-ST) ... 52
Stuttgart (DEU-BW) ... 45
Syrien (SYR) ... 44
Tessin, Kanton (CHE) ... 32
Thessaloniki (GRI) ... 53
Thüringen (DEU-TH) ... 23, 24, 26, 37, 49, 51, 54, 70, 76
Tschechien (CZE) ... 37, 58
Tschechoslowakei ... 58
Tübingen (DEU-BW) ... 53
Türkei (TUR) ... 62
Überlingen (DEU-BW) ... 42
Ukraine (UKR) ... 29, 50, 52, 63, 74
Ulm (DEU-BW) ... 42
United States of America (USA) ... 23, 28, 29, 48, 52, 56, 60, 61, 64, 71
Wallis, Kanton (CHE) ... 32
Warschau (POL) ... 48
Washington (USA-WA) ... 60, 61
Weinheim (DEU-BW) ... 41
Wien (AUT) ... 31, 34, 37, 38, 39, 45, 67, 71
Winterthur (CHE) ... 32
Wittingen (DEU-NI) ... 58
Zürich, Kanton (CHE) ... 31, 32
Zypern (CYP) ... 60

Personen

- Abascal, Santiago ... 28
 Abramidis, Alexander ... 62
 Addor, Jean-Luc ... 32
 Adorno, Theodor ... 54
 A., Franco ... 55
 Aiwanger, Hubert ... 19, 56
 Alabali-Radovan, Reem ... 66
 Alexis II. ... 47
 Allende, Salvador ... 64
 Altun, Cemal ... 58
 A., Martin ... 25
 Anderson, Christine ... 26, 29
 Arndt, Anja ... 29
 Ataman, Ferda ... 66
 Aust, Rene ... 26, 29
 Baerbock, Annalena ... 38
 Baron, Anton ... 52
 Bashaija, Michael ... 35
 Bauer, Fritz ... 38, 42
 Bauer, Jens ... 76
 Baumann, Inka ... 62
 Bausemer, Arno ... 29
 Beck, Gunnar ... 29
 Beckmann, Steffen ... 29
 Beer, Nicola ... 49
 Beisicht, Markus ... 63
 Beissner, Wilhelm ... 66
 Benz, Wolfgang ... 56
 Berg, Alan ... 71
 Berndt, Hans-Christoph ... 75
 Beuth, Peter ... 55
 Bey, Paul ... 9
 Bierl, Verena ... 74
 Biermann, Wolf ... 21
 Blocher, Christoph ... 32
 Blume, Michael ... 42, 74
 Blumenschein, Patrick ... 22
 Blum, Rebekka ... 33
 Bönnhardt, Uwe ... 24
 Bolz, Eugen ... 42
 Boßdorf, Irmhild ... 26, 29
 Bowers, Robert ... 48
 Bremer, Bernd ... 62
 Brettschneider, Frank ... 57
 Brousek, Antonin ... 49
 Brück, Michael ... 52
 Bruder, Franziska ... 16
 Brunner, Alois ... 44, 53
 Buchheit, Markus ... 29
 Büchner, Timo ... 18
 Buttiglione, Rocco ... 39
 Bystron, Petr ... 26, 28, 29, 67
 Camus, Renaud ... 26
 Carlo, Donato Di ... 44
 Chacón, Hernán ... 65
 Cheung, PM ... 13
 Chiesa, Marco ... 32
 Chmielewski, Pascal ... 61
 Chrupalla, Tino ... 39, 63, 68
 Clauss, Constanze ... 62
 Corchia, Manuel ... 32
 Daimagüler, Mehmet ... 66
 Dieckmann, Benjamin ... 62
 Ditges, Peter ... 29
 Diwald, Hellmut ... 40
 Dohm, Hedwig ... 33
 Droese, Siegbert ... 26, 29
 Dürnberger, Paul ... 45
 Dusel, Jürgen ... 66
 Eckert, David Christopher ... 29
 Eckert, Rudolf Max ... 58
 Eggers, Sven ... 58
 Eichmann, Adolf ... 38, 44
 Elsässer, Jürgen ... 27, 52
 Ernst, Hannes ... 29
 Ernst, Stephan ... 76
 Erzberger, Matthias ... 43
 E., Steve ... 24
 Eyb, Arnulf Freiherr von ... 43
 Faeser, Nancy ... 50
 Faki, Sermin ... 31
 Falk, Bernhard ... 63
 Fischer, Matthias ... 61
 Fiz, Arnold ... 29
 Flak, Julian ... 29
 Franco, Francisco ... 69
 Frank, Peter ... 43
 Frenck, Tommy ... 23
 Froelich, Thomasz ... 29
 Fromm, Erich ... 54
 Gates, Bill ... 26
 Gauland, Alexander ... 27, 63
 Gevisser, Mark ... 35
 Glarner, Andreas ... 32
 Gnauck, Hannes ... 69
 Göring-Eckardt, Katrin ... 58
 Grabowski, Florian ... 61
 Graf, Jürgen ... 48

- Habeck, Robert ... 38
 Haise, Lars ... 29
 Haldenwang, Thomas ... 26, 69
 Hanker, Mirco ... 29
 Hartung, Stefan ... 37
 Heck, Bruno ... 65
 Hehl, Christian Rolf ... 72
 Heidkamp, Erich ... 29
 Helferich, Matthias ... 41
 Helmert, Skadi ... 62
 Hemmelmayr, Silvio ... 45
 Heppe, Alexander ... 29
 Hepp, Marcel ... 40
 Hepp, Robert ... 40
 Herr, Gertrud ... 76
 Herrmann, Joachim ... 55
 Heß, Rudolf ... 61
 Heubner, Christoph ... 44
 Hildenbrand, Oliver ... 43
 Hitler, Adolf ... 24, 26, 41, 47
 Höcke, Björn ... 26, 41, 50, 51, 54
 Hoewer, John ... 46
 Högl, Eva ... 66
 Hohmann, Martin ... 39
 Hönl, Karl ... 58
 Hoyer, Jessica ... 9
 H., Timo ... 25
 Hunka, Jaroslaw ... 74
 Iguácel, Ana María ... 69
 Iljin, Iwan ... 47
 Jansen, Frank ... 15
 Jara, Victor ... 65
 Jaschke, Hans-Gerd ... 8
 Jongen, Marc ... 29
 Jungbluth, Alexander ... 29
 Junge, Barbara ... 7
 Jünger, Ernst ... 40
 Karner, Gerhard ... 38
 Kastner, Marie-Theres ... 51
 Khan-Hohloch, Mary ... 29
 Kestner, Jens ... 29
 Kickl, Herbert ... 71
 Kiesewetter, Michèle ... 25
 Kissinger, Henry ... 64
 Kleffner, Heike ... 15
 Klein, Felix ... 66
 Kleinwächter, Norbert ... 27
 Kober, Pascal ... 66
 Kolbasnikova, Elena ... 63
 Köppel, Roger ... 32
 Kosiek, Rolf (ak Rudolf Künast) ... 53
 Kositzka, Ellen ... 54
 Kraus, Maximilian ... 26, 29
 Kraus, Guido ... 75
 Krolzig, Sascha ... 21
 Kubitschek, Götz ... 27, 47, 54
 Kujath, Sanny ... 18
 Lane, David ... 71
 Langer, Monika ... 62
 Lang, Ricarda ... 58
 Lehmann, Sven ... 66
 Leisten, Anna ... 45
 Le Pen, Jean-Marie ... 28
 Le Pen, Marine ... 27, 73
 Lessing, Theodor ... 58
 Liechtenstein, Prinz Gundakar von und zu ... 39
 Lindenschmid, Daniel ... 41
 Lingg, Tobias ... 32
 Lingreen, Sven ... 62
 Loghis, Jeremias ... 19
 Loth, Hannes ... 39
 Lübcke, Walter ... 76
 Lüttgenau, Rikola-Gunnar ... 74
 Maaßen, Hans-Georg ... 17, 23, 37, 48, 64
 Magnet, Stefan ... 71
 Mahon, Dennis ... 24
 Mahrer, Karl ... 45
 Maier, Dieter ... 65
 Maier, Gerald ... 7, 11, 43
 Mai, Paul ... 19
 Mansfeld, Clara ... 74
 Marcuse, Herbert ... 54
 Maréchal, Marion ... 28, 73
 Markowitsch, Tobias ... 19
 Mattogno, Carlo ... 48
 Mayer, Andreas ... 29
 Medvechuk, Wiktor ... 29
 Meier, Bertram ... 72
 Meisner, Matthias ... 17
 Meloni, Giorgia ... 28, 44, 73
 Metzger, Michael ... 62
 Meuthen, Jörg ... 62
 Mey, Reinhard ... 21
 Minder, Thomas ... 32
 Mohler, Armin ... 40
 Mölzer, Andreas ... 37
 Moser, Tiana Angelina ... 31
 Mosler, Jürgen ... 77
 Mrosek, Andreas ... 29
 Müller, Ann-Katrin ... 8, 10

- Mundlos, Uwe ... 61
Munier, Dietmar ... 48
Mussolini, Benito ... 41, 47
Naumann, Nils ... 39
Neuhoff, Hans ... 29
Neumann, Bernd ... 55
Neumann, Philipp ... 22
Nixon, Richard ... 64
Nordean, Ethan ... 60
Orbán, Viktor ... 26, 29, 32
Ostendorf, Hannes ... 22
Özdemir, Cem ... 58
Pawlik, Natalie ... 66
Peterková, Jana ... 37
Pezzola, Dominic ... 60
Pinochet, Augusto ... 64
Poggenburg, André ... 52, 63
Pradoura, Guillaume ... 28
Prophet, Jörg ... 52
Pund, Manuela ... 62
Puschkin, Alexander Sergejewitsch ... 47
Putin, Wladimir ... 29, 32, 47, 52, 63
Raabe, Jan ... 21
Rafael, Simone ... 9
Rathenau, Walther ... 43
Rauff, Walther ... 65
Regener, Michael ... 22
Reimann, Barbara ... 16
Rennicke, Frank ... 21
Restle, Georg ... 9, 11
Reusch, Roman ... 49
Richter, Christoph ... 75
Rieger, Jürgen ... 76
Rimoldi, Nicolas ... 31, 45
Rinck, Frank ... 52
Rivera, José Antonio Primo de ... 41
R., Marc ... 18
Rommel, Erwin ... 68
Rose, Romani ... 70
Rossmüller, Sascha ... 72
Rota, Anthony ... 74
Roth, Claudia ... 26, 49
Roth, Nico ... 22
Ruiz, Guillermo ... 69
Rundstedt, Gerd von ... 68
Sager, Sven ... 29
Salvini, Matteo ... 29
Sanchez Friedrich, Nathalie ... 62
Schäfer, Paul ... 65
Scheil, Stefan ... 28
Schily, Otto ... 16
Schleyer, Hanns Martin ... 46
Schlösser, Sascha ... 29
Schmid, Achim ... 25
Schmincke, Imke ... 34
Schnurrbusch, Volker ... 29
Scholz, Olaf ... 38
Schreiber, Peter ... 37
Schröder, Patrick ... 23
Schroeder, Christian ... 58
Schüller, Thomas ... 72
Schultz, Tanjev ... 9
Schulze, Katharina ... 58
Schumann, Michael ... 29
Schuster, Josef ... 57
Schwabe, Frank ... 66
Schwarzbach, Lennart ... 61
Selchow, Alexander ... 16
Seledec, Walter ... 37
Selenskyj, Wolodymyr ... 74
Sell, Alexander ... 29
Sellner, Martin ... 31, 45, 50
Serrano, Miguel ... 66
Sesselmann, Robert ... 39
Singer, Uli ... 29
Snyder, Timothy ... 47
Sofo, Vincenzo ... 72, 73
Solschenizyn, Alexander Issajewitsch ... 47
Soros, George ... 26
Spielberg, Steven ... 17
Stark, Holger ... 9, 10
Stein, Luise ... 62
Stein, Philip ... 46
Stetter-Karp, Irme ... 72
Stiefel, Susanne ... 9, 11
Storch, Beatrix von ... 28
Strasser, Benjamin ... 43
Strauß, Franz Josef ... 40, 65
Stuht, Kai ... 62
Szczepanski, Carsten ... 24
Tarrant, Brenton ... 26
Tarrío, Enrique ... 61
Teidelbaum, Lucius ... 7
Thaler, Philip ... 46
Toscano, Luigi ... 74
Trudeau, Justin ... 74
Trump, Donald ... 61
Tuncer, Fadime ... 41
Ulrich Meyer, Christoph ... 62
Veiler, Hanna ... 56

- Vogel, Rudolf ... 44
Vollmer, Elias ... 19
Wader, Hannes ... 21
Waffenschmidt, Fritz ... 19
Wagenknecht, Sahra ... 35, 36
Wagner, Jens-Christian ... 49, 53, 63
Walser, Martin ... 42
Walter, Caroline ... 7, 43
Wegelin, Maria ... 32
Weidel, Alice ... 50, 63, 68, 71
Weinmann, Nico ... 43
Weirauch, Boris ... 43
Weißmann, Karlheinz ... 63
Weizsäcker, Richard von ... 63
Westphal, Claudia ... 62
Wiesner, Alexander ... 29
Willenberg, Samuel ... 48
Williamson, Richard ... 28
Wisliceny, Dieter ... 53
Woelki, Rainer Maria ... 72
Wohlleben, Ralf ... 76
Worch, Christian ... 61
W., Tobias ... 18
Wulff, Christian ... 27
Wulff, Thomas ... 61
Würdig, Peter ... 29
Yepes, Julio Pacheco ... 69
Zemmour, Éric ... 27, 73
Zick, Andreas ... 73
Zimmermann, Jan ... 21
Zimmermann, Wolfgang ... 43
Zischka, Rudolf ... 58
Zschäpe, Beate ... 24, 61, 76
Zschoke, Dirk ... 51
Zühlke, Norman ... 24

Erscheinungsdatum:

Februar 2024

Impressum:

Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
www.rechts-geschehen.de

Text / Redaktion:

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung:

Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Ältere Ausgaben finden sie als PDF-Datei unter www.rechts-geschehen.de.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de

